Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht März 2017

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion
PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:
28. Februar 2017

Druck
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis
Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Susie Knoll (S. 2), photoinstyleat – Fotolia (S. 5), robynmac – Fotolia (S. 6), bluemoon1981 – Fotolia (S. 7), BGR/Photothek (S. 8, 9, 10), Michael Rosskothen – Fotolia (S. 15), Nataliya Hora – Fotolia (S. 16), Eisenhans – Fotolia (S. 17, 34), peshkova – Fotolia (S. 24), Stockr – Fotolia (S. 26), stockWERK – Fotolia (S. 30), Kzenon – Fotolia (S. 31), REDPIXEL – Fotolia (S. 33)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

Zertifikat seit 2002
audit berufundfamilie

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
Paper from responsible sources
FSC® C003425

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial 2

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen 4

Auf einen Blick 5

Überblick über die wirtschaftliche Lage 13

Zur Diskussion 15

Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland 24

Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO_2-Mindestpreis zum Ziel haben 30

Stärkere Fokussierung beim Ökodesign 33

II. Wirtschaftliche Lage 37

Internationale Wirtschaftsentwicklung 38

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 40

III. Übersichten und Grafiken 51

1. Gesamtwirtschaft 52
2. Produzierendes Gewerbe 60
3. Privater Konsum 68
4. Außenwirtschaft 70
5. Arbeitsmarkt 72
6. Preise 74
7. Monetäre Entwicklung 78

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse 80

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben 82

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Weltweit ist zu spüren, dass protektionistische Ideen auf dem Vormarsch sind – sei es bei der Brexit-Entscheidung oder in den Äußerungen des neuen amerikanischen Präsidenten. Dahinter stehen oft Ängste vor einer ungewissen Zukunft. Viele Menschen sind verunsichert, welche Veränderungen durch die fortschreitende Globalisierung, den rasanten digitalen Wandel und die Zuwanderung auf sie zukommen. Das müssen wir sehr ernst nehmen.

Aber Isolation und Abschottung sind die falschen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Als offenes und weltweit verflochtenes Land braucht Deutschland offene Märkte und freien Handel. Strafzölle, Einfuhrsteuern und andere Handelsschranken machen langfristig alle ärmer.

Entscheidend ist aber, dass Offenheit nicht nur einigen wenigen zugutekommt, sondern allen Menschen im Land. Hier muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Unser Ziel ist es, die Globalisierung gerecht und inklusiv zu gestalten. In nationalen Alleingängen ist das kaum möglich, sondern nur in länderübergreifender Kooperation.

Das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) ist in diesem Geist geschlossen worden. Es verbessert nicht nur die Marktchancen für deutsche Unternehmen, sondern stärkt eben auch gezielt soziale und ökologische Standards. CETA stellt die Bedeutung von menschenwürdiger Arbeit und von Sozialpartnerschaft heraus. Dass das Europäische Parlament am 15. Februar dem Abkommen zugestimmt hat, war ein wichtiger Meilenstein. Nun kann der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten beginnen.

Gemeinsame Aufgaben gemeinsam angehen – das steht auch im Kern der Arbeit der G20, der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Deutschland hat hier im Dezember 2016 die Präsidentschaft übernommen. Nachhaltiges, inklusives Wachstum und die Chancenregion Afrika sind dabei zwei Schwerpunktthemen. Auch deshalb ging meine erste Delegationsreise nach Afrika, wo ich am 08. Februar in Nairobi den deutsch-afrikanischen Wirtschaftsgipfel eröffnet habe. Der Gipfel zeigte: Der Investitionsbedarf in Afrika ist enorm. Deutsches Know-how ist dort sehr gefragt. Viele deutsche Unternehmen sind bereit, in die jungen Menschen in Afrika zu investieren und mit einem technologischen Wissenstransfer die Staaten Afrikas wirtschaftlich zu stärken.

Zu den Schwerpunkten der deutschen G20-Präsidentschaft gehört auch die Digitalisierung. Integrierte Wertschöpfungsketten, Industrie 4.0, digitaler Handel und soziale Netzwerke – all dies lässt die Welt immer enger zusammenrücken. Dabei stehen die Industrie- und Schwellenländer der G20 vor der großen Aufgabe, den digitalen Wandel so zu gestalten, dass er zu einem starken und gleichzeitig inklusiven Wachstum der Weltwirtschaft beiträgt. Erstmals in der Geschichte der G20 wird es daher ein Treffen der Digitalminister geben, zu dem ich die Minister der G20-Staaten für den 06. und 07. April nach Düsseldorf eingeladen habe. Ein Bericht in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ widmet sich den vielfältigen Aktivitäten im Vorfeld der Konferenz und den Themen, die wir bei der Konferenz in den Mittelpunkt stellen werden.

Bereits seit Beginn der G20-Treffen setzt sich Deutschland dafür ein, den Klimaschutz fest auf der G20-Agenda zu verankern. In seinem jüngsten Gutachten hat der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums die gemeinsame internationale Klimapolitik in den Blick genommen und eigene Vorschläge eingebracht, die unter anderem auf mehr Gegenseitigkeit bei der Emissionsreduzierung und auf konkrete Verpflichtungen setzen. Auch hierüber sowie über weitere wichtige aktuelle wirtschaftspolitische Themen berichtet die vorliegende Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihre

Brigitte Zypries
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

I.
Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Neue Unterschwellenvergabeordnung entlastet Unternehmen und Verwaltung

Die öffentliche Hand vergibt in Deutschland pro Jahr Aufträge im Umfang zwischen 280 und 360 Milliarden Euro. Die weitaus meisten Ausschreibungen finden dabei unterhalb der Schwellenwerte statt, ab denen die EU-Vergaberichtlinien zu beachten sind. Nach der Reform des deutschen Vergaberechts vom April 2016, die öffentliche Aufträge oberhalb der Schwellenwerte betraf, wurde nun auch der Rechtsrahmen für die Auftragsvergabe darunter neu gestaltet.

Das Vergaberecht

Immer dann, wenn beispielsweise eine Bundes- oder Landesbehörde Papier oder Büromöbel beschaffen oder ein neues Bürogebäude errichten lassen will, muss sie das Vergaberecht beachten. Das Vergaberecht umfasst alle Regeln und Vorschriften, die die öffentliche Hand beim Einkauf von Gütern und Leistungen befolgen muss. Dabei ist zu unterscheiden, ob die Vergabe ober- oder unterhalb der EU-Schwellenwerte erfolgen soll. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass Aufträge im Oberschwellenbereich europaweit bekannt gemacht werden müssen.

Die Oberschwelle als Vorbild

Die umfassende Reform der öffentlichen Auftragsvergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte ist im April 2016 in Kraft getreten und hat zu einer Reihe von Vereinfachungen, Klarstellungen und flexibleren Vorschriften geführt. Von dem modernen Vergaberecht profitieren beide Seiten eines Vergabeverfahrens – sowohl die öffentlichen Auftraggeber als auch die Unternehmen.

Diese Verbesserungen sollen nun auch auf das Vergaberecht unterhalb dieser Schwellenwerte (bei Liefer- und Dienstleistungen in der Regel 209.000 Euro, siehe Übersicht) übertragen werden. Geschätzt über 90 Prozent der Vergabeverfahren finden unterhalb der Schwellenwerte statt. Der Anteil dieser Vergabeverfahren am gesamten finanziellen Vergabevolumen liegt bei rund 75 Prozent.

Übersicht: Die wichtigsten EU-Schwellenwerte für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Auftragsart	Schwellenwert
Liefer- und Dienstleistungsaufträge von öffentlichen Auftraggebern (nur oberste, obere Bundesbehörden und vergleichbare Bundeseinrichtungen)	135.000 Euro
Liefer- und Dienstleistungsaufträge für alle anderen öffentlichen Auftraggeber	209.000 Euro
Bauaufträge von öffentlichen Auftraggebern	5.225.000 Euro
Soziale und andere besondere Dienstleistungen von öffentlichen Auftraggebern	750.000 Euro

Die neue Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)

In den vergangenen Monaten hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unter Einbeziehung der Bundesressorts und der Länder nach intensiven Beratungen einen neuen Regelungstext für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen entwickelt, die „Verfahrensordnung für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte“ oder einfach kurz: Unterschwellenvergabeordnung (UVgO). Ein zentrales Element der neuen Unterschwellenvergabeordnung ist die umfassende Digitalisierung (E-Vergabe). Aufträge müssen künftig immer im Internet bekannt gemacht werden. Auch müssen die Vergabeunterlagen den Unternehmen kostenfrei und direkt abrufbar über das Internet zur Verfügung gestellt werden. Nach einer Übergangszeit bis Ende 2019 dürfen die Angebote von den Bietern grundsätzlich nur noch elektronisch eingereicht werden. Nur in bestimmten Fällen wird hiervon eine Ausnahme gemacht, wie insbesondere bei kleineren Vergaben bis 25.000 Euro. Die bisherige papiergebundene Vorgehensweise entfällt nahezu vollständig, Druck- und Versandkosten somit ebenfalls. Durch die Einführung der E-Vergabe werden Verwaltungsprozesse verschlankt und beschleunigt.

Erhebliche Entlastungen für Wirtschaft und Verwaltung

Nach ersten Schätzungen des BMWi werden sich insbesondere durch die Digitalisierung ein ersparter Erfüllungsaufwand und damit eine deutliche Entlastung für Wirtschaft und Verwaltung im Umfang von rund 5,7 Milliarden Euro ergeben. Dabei entfallen geschätzt ca. 3,9 Milliarden Euro auf Entlastungen für die Wirtschaft und rund 1,8 Milliarden Euro auf ersparten Aufwand auf Seiten der Verwaltung.

Die E-Vergabe stärkt zudem den Wettbewerb um öffentliche Aufträge, denn aufgrund der allgemeinen Verfügbarkeit des Internets können künftig deutlich mehr Unternehmen von Ausschreibungen Kenntnis erlangen als zum Beispiel bei Bekanntmachungen in der regionalen Presse und sich daher häufiger an Vergabeverfahren beteiligen.

Startschuss im Frühjahr 2017

Die Unterschwellenvergabeordnung ist am 7. Februar 2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht worden (Fundstelle: UVgO vom 02.02.2017, BAnz AT 07.02.2017 B1, erhältlich unter http://bit.ly/TextUVgO). Die Vergabeordnung gilt damit allerdings nicht unmittelbar. Weil es sich um Haushaltsrecht handelt, für das Bund und Länder eigenverantwortlich zuständig sind, muss sie durch gesonderte Vorschriften im Haushaltsrecht für den Bund und die Länder jeweils separat in Kraft gesetzt werden. Für den Bund wird damit im späten Frühjahr 2017 gerechnet.

Kontakt: Andreas Rüger
Referat: Öffentliche Aufträge; Vergabeprüfstelle; Immobilienwirtschaft

G20-Digitalministertreffen am 06. und 07. April 2017 in Düsseldorf

Erstmals in der bald 20-jährigen Geschichte der G20, dem Forum der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, findet ein Treffen der Digitalminister statt. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries lädt die Minister für Digitalisierung in den G20-Ländern nach Düsseldorf ein. Anlass ist die rasant zunehmende Digitalisierung mit ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Im Jahr 2020 soll Prognosen zufolge die Zahl der Geräte mit Internetanschluss dreimal so groß sein wie die Weltbevölkerung. Fernsehen, Heizung, Automobile – in allen Lebensbereichen, ob in Produktion, Handel oder Verwaltung, werden Informationen zunehmend digitalisiert und in globalen Netzwerken verknüpft. Dieser digitale Wandel erfordert möglichst kohärente Rahmenbedingungen. Dazu gehört einerseits die internationale Harmonisierung von Normen und Standards, etwa in den Schlüsselbereichen Industrie 4.0, IT-Sicherheit, Smart Cities und Smart Mobility. Andererseits gehört dazu aber auch, fundamentale Prinzipien wie den freien Informationsfluss, den Schutz der Privatsphäre, den Datenschutz und die Datensicherheit zu beachten. Nur wenn sich diese Prinzipien auch durchsetzen, entsteht Vertrauen in das Netz, können neue Geschäftsmodelle erfolgreich entwickelt, individuelle Kundenbedürfnisse passgenau berücksichtigt und insgesamt Wachstum und Beschäftigung gestärkt werden. Darüber, wie dies erreicht werden kann, diskutieren die G20-Digitalminister im April.

G20 GERMANY 2017

Kasten: G20

Deutschland hat seit dem 01. Dezember 2016 die G20-Präsidentschaft inne. Die G20 ist das zentrale Forum zur internationalen Zusammenarbeit in Finanz- und Wirtschaftsfragen. Das erste Treffen fand im April 1998 in Washington statt. Den Kern der G20 bilden die 19 führenden Industrie- und Schwellenländer Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei und die USA sowie die EU. Dazu gehören ebenfalls internationale Organisationen wie die WTO und Weltbank sowie Gastländer. Deutschland hat als Gastländer Spanien, Norwegen, die Niederlande und Singapur eingeladen.

Der Digitalministerprozess wurde am 12. Januar 2017 mit einer G20-OECD-Konferenz gestartet. Die OECD präsentierte dort eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebene Studie zu zehn zentralen Feldern der Digitalisierung. Die Studie betont die Bedeutung von Politiken, die einen fairen Wettbewerb sowie Vertrauen in die digitale Wirtschaft fördern und gleichzeitig den Zugang zu Technologien und das Wissen um ihre Anwendung sicherstellen. Diese Studie mit dem Titel „Key Issues for Digital Transformation in the G20“ kann hier (http://bit.ly/digitale_Transformation) abgerufen werden.

Zur Vorbereitung des Treffens der G20-Digitalminister im April gehört darüber hinaus eine G20-Konferenz zum Erfahrungsaustausch im Bereich Industrie 4.0, die am 16. und 17. März 2017 in Berlin stattfinden wird. Unmittelbar vor der Ministerkonferenz wird es am 06. April 2017 in Düsseldorf zudem eine G20-Fachkonferenz geben, auf der Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und technischer Community über Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung diskutieren werden. Ausführliche Informationen zum gesamten Vorbereitungsprozess der Digitalministerkonferenz sind unter www.de.digital zu finden.

Kontakt: Dr. Gunther Grathwohl und Bernd Neujahr
Referat: Internationale Digital- und Postpolitik, Internet Governance

Deutscher Rohstoffeffizien -Preis für das Jahr 2016 verliehen: Effiziente Lösungen für den Materialeinsatz

Die Gewinner des Deutschen Rohstoffeffizienz-Preises 2016 wurden am 16. Februar 2017 im Rahmen der Fachkonferenz „Rohstoffe effizient nutzen – erfolgreich am Markt“ durch den Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie (BMWi), Uwe Beckmeyer, ausgezeichnet.

Seit 2011 würdigt das BMWi rohstoffeffizientes Wirtschaften mit dem Deutschen Rohstoffeffizienz-Preis. Ausgezeichnet werden herausragende Beispiele im Bereich rohstoff- und materialeffiziente Produkte, Prozesse oder Dienstleistungen sowie anwendungsorientierte Forschungsergebnisse.

Rohstoffeffizienz aus ökonomischer und ökologischer Sicht

Natürliche Ressourcen sind essenzielle Produktionsfaktoren und bilden die Grundlage für unseren Wohlstand. Bevölkerungswachstum, Industrialisierung in sich entwickelnden Ländern und rasante Fortschritte in Zukunfts-

Prof. Dr. Ralph Watzel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und Vorsitzender der Jury des Deutschen Rohstoffeffizienz-Preises

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie (BMWi), Uwe Beckmeyer

technologien führen zu einer steigenden Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen. Ein effizienter Rohstoffeinsatz in der Industrie wirkt sich dabei nicht nur positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus, da Kosten eingespart und Rohstoffrisiken abgemildert werden. Rohstoff- und Materialeffizienz haben zudem auch einen positiven Effekt aus ökologischer Sicht, um natürliche Ressourcen zu schonen. „Deshalb lohnt sich die intelligente Nutzung von Ressourcen nicht nur aus unternehmerischer Perspektive – Ressourceneffizienz ist ein Win-win-Thema für Wirtschaft und Umwelt“, so Prof. Dr. Watzel, der Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und Juryvorsitzender des Deutschen Rohstoffeffizienz-Preises, bei der Preisverleihung.

Branchenübergreifende Auszeichnung in den Kategorien Unternehmen und Forschung

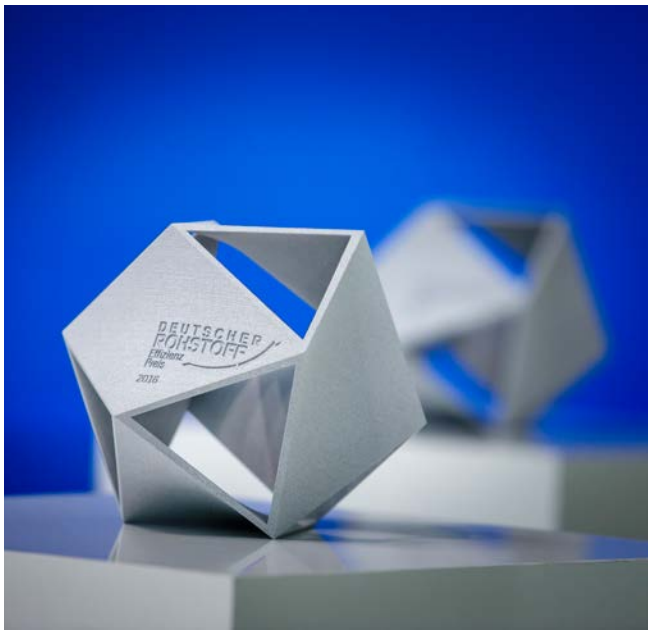
Der Wettbewerb um den Deutschen Rohstoffeffizienz-Preis steht allen Branchen aus der gesamten Wertschöpfungskette offen, so dass verschiedenste Technologien mit unterschiedlichen Maßnahmen für Rohstoffeffizienz ausgezeichnet werden. Substitution kann hier ebenso eine wichtige Rolle spielen wie internes Recycling oder einfachere Lösungen mit Leuchtturmcharakter. Unter der fachlichen Leitung der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) in der BGR wird der Preis vom BMWi jährlich in den Kategorien „Unternehmen“ (bis 1.000 Mitarbeiter) und „Forschungseinrichtung“ vergeben.

Dem Aufruf zur Teilnahme am Wettbewerb folgten 2016 über 40 innovative Bewerber. Zehn von ihnen wurden von einer 14-köpfigen Wettbewerbsjury nominiert, fünf Preisträger wurden ausgezeichnet. Die hohe Qualität der eingereichten Bewerbungen unterstreicht eindrucksvoll die Innovationskraft der Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Deutschland. Als Kriterien für die Jury zählen neben der messbaren Rohstoffeffizienz sowohl die Vermarktbarkeit und Übertragbarkeit der Prozesse als auch der Innovationsgrad und Beispielcharakter.

Die Gewinner des Deutschen Rohstoffeffizienz-Preises 2016

Kategorie Unternehmen

- **Die BHS Sonthofen GmbH**
  erhielt den Preis für die innovative Aufarbeitung von verunreinigtem Gestein in einem modifizierten Doppelwellenmischer. Durch das innovative Verfahren mit dem Zusatz einer geringen Menge von Weißfeinkalk kann in einem kontinuierlichen Prozess Gestein, z. B. Kalkstein, derart sauber von Lehm getrennt werden, dass die Ausbeute einer Lagerstätte des MSW Mineralstoffwerks Südwest in Stuttgart um rund 25 Prozent erhöht wurde. Die Rohstoffeffizienz wurde damit von bisher 65 bis 70 Prozent auf etwa 93 Prozent gesteigert und zudem zugleich Wasser, Energie und Materialien gespart.



- **Die Rausch Therm-Stein GmbH**
  wurde für ein nachhaltiges Dämmsystem von Außenwänden von Häusern ausgezeichnet. Im Gegensatz zu den meist aus Erdöl produzierten Wärmedämmverbundsystemen bringt das Unternehmen mit Mineralschaum gefülltes Vulkangestein, sogenannten Bimsstein, erfolgreich zum Einsatz.

- **Die ERK Eckrohrkessel GmbH**
  wurde Preisträger für ihre „ERK Tube technology“: Glattrohre, die als Wärmeüberträger zum Einsatz kommen, werden mit einer neuen Rohrgeometrie mit strukturierter Oberfläche versehen. Das Ergebnis ist eine etwa doppelt so große Wärmeübertragung als bei handelsüblichen Rohren. Dies führt zu Materialeinsparungen von bis zu 50 Prozent oder signifikanten Leistungssteigerungen bei gleicher Baugröße in verschiedenen Industrieanlagen.

- **Die Rosswag GmbH**
  überzeugte im Bereich der Schmiedeindustrie mit einem innovativen Recyclingverfahren für Schmiedereste. In einem ersten Schritt werden die Schmiedereste dabei zu feinkörnigem Metallpulver verarbeitet und im zweiten Schritt – mittels Metall-3D-Druck (Selektives Laserschmelzen, SLM) – wieder auf bereits geschmiedete Bauteile gedruckt. Die potenziellen Einsatzbereiche in Luft- und Raumfahrt, Medizintechnik oder Fahrzeug-, Maschinen- und Anlagenbau sind vielfältig.

Kategorie Forschung

- **Das Institut für Textilmaschinen und Textile Hochleistungswerkstofftechnik (ITM) der Technischen Universität Dresden**
  wurde für eine weltweit einzigartige Verfahrensentwicklung, die es erlaubt, Carbonfasern zu recyceln und zu neuartigen Hochleistungshybridgarnen zu verarbeiten, ausgezeichnet. Mit diesen Garnen lassen sich Bauteile bei höchster Materialeffizienz und Nachhaltigkeit in komplexer Geometrie für Leichtbauanwendungen kostengünstig fertigen.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, unterstrich bei der Preisverleihung: „Ein schonender und gleichzeitig effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen ist eine der Schlüsselkompetenzen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft. Die ausgezeichneten Praxisbeispiele haben Leuchtturmcharakter und stehen für eine innovative und wettbewerbsfähige Industrie in Deutschland. Sie zeigen zudem auch, wie wir unsere Abhängigkeit von Rohstoffimporten reduzieren können.“

Die Preisverleihung wurde von einer Fachkonferenz und Ausstellung zum Thema „Rohstoffe effizient nutzen – erfolgreich am Markt“ begleitet. An der Konferenz nahmen insgesamt mehr als 180 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft teil. Dabei wurden weitere Maßnahmen und Praxisbeispiele eines effizienten Rohstoff- und Materialeinsatzes entlang der gesamten Wertschöpfungskette branchenübergreifend vorgestellt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.deutscher-rohstoffeffizienz-preis.de

Ansprechpartner: Dr. Peer Hoth
Referat: Mineralische Rohstoffe und Geowissenschaften; Fachaufsicht BGR

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

März 2017	
07.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
08.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
09./10.03.	Europäischer Rat
15.03.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
20./21.03.	Eurogruppe und ECOFIN
Ende März 2017	BMWi-Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf BMWi-Website)
April 2017	
06.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
07.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
07./08.04.	Informeller ECOFIN
12.04.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
25.04.	Kohäsionsrat
Ende April 2017	BMWi-Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf BMWi-Website)
Mai 2017	
08.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
09.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
11.05.	Handelsrat
15.05.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
18./19.05.	Informeller Energierat
22./23.05.	Eurogruppe und ECOFIN
29.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Mai 2017	BMWi-Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf BMWi-Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service

Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
www.bmwi.de/schlaglichter

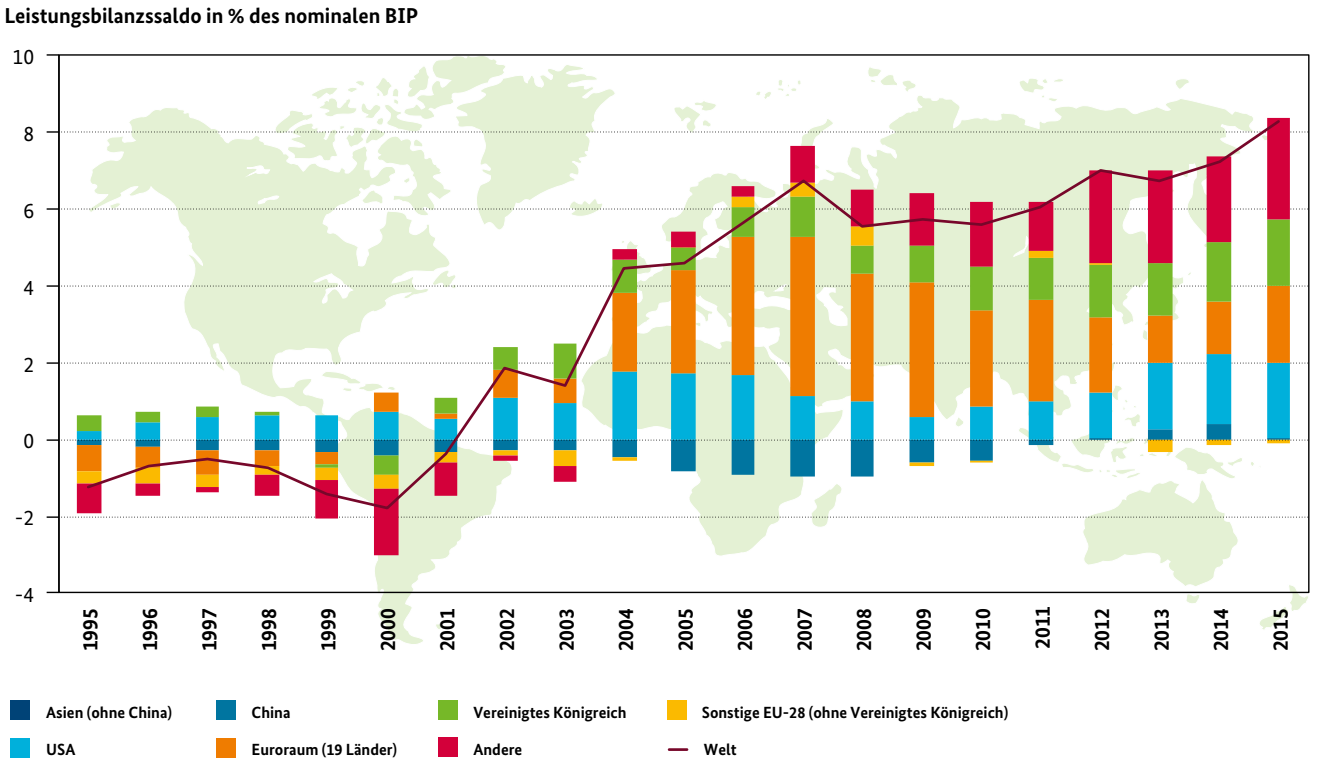
Grafik des Monats

Die Leistungsbilanz* ...

... weist in Deutschland seit dem Jahr 2002 deutliche Überschüsse auf. Diese liegen mittlerweile bei über acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Leistungsbilanzüberschuss geht vor allem auf Überschüsse im Warenhandel zurück, d.h. Deutschland exportiert deutlich mehr Waren als es importiert. Gegenüber vielen Volkwirtschaften, insbesondere den Ländern Europas – mit Ausnahme beispielsweise des Vereinigten Königreichs – war die Leistungsbilanz noch in den 1990er defizitär. Heute erwirtschaftet Deutschland gegenüber diesen Ländern zumeist Überschüsse. Die Überschüsse gegenüber den Ländern des Euroraums sind seit Mitte des letzten Jahrzehnts aber wieder merklich zurückgegangen. Gegenüber den USA wies Deutschland über den gesamten betrachteten Zeitraum deutliche Überschüsse auf.

Der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss steht häufig in der Kritik. Die Hintergründe der Kritik und die Ursachen für den Überschuss werden ausführlich in einem Artikel in der Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vom März 2016 erläutert. Demnach sind die Überschüsse zu einem großen Teil auf wirtschaftspolitisch kaum beeinflussbare, „fundamentale“ Faktoren wie den demografischen Wandel oder das spezielle Produktsortiment deutscher Exporteure (viele Vorleistungs- und Investitionsgüter) zurückzuführen. Gleichwohl können aber auch höhere Investitionen in Deutschland in Teilen zu einem Abbau des Leistungsbilanzüberschusses beitragen.

Entwicklung der regionalen Zusammensetzung der deutschen Leistungsbilanz
(1995 bis 2015)



* Die Leistungsbilanz ist Teil der Zahlungsbilanz, in der die wirtschaftlichen Transaktionen Deutschlands mit der übrigen Welt für eine bestimmte Periode systematisch zusammengefasst werden. In der Leistungsbilanz werden der Handel mit Waren- und Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen erfasst.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Berechnung und Darstellung des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- Die Konjunktur in Deutschland hat sich im vierten Quartal 2016 belebt. Das Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,4 % zu.
- Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde im Dezember spürbar zurückgenommen, was aber auch auf die ruhende Produktion zwischen den Jahren zurückzuführen sein dürfte. Auftragseingänge und Stimmungsindikatoren signalisieren einen guten Start in das Jahr 2017.
- Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzen sich 2017 fort.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresschlussquartal 2016 belebt.[1] Nach dem schwächeren Wachstum im Sommerquartal um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,1 % nahm ihre Wirtschaftsleistung im vierten Quartal wieder beschleunigt um 0,4 % zu.[2 3] Die maßgeblichen Impulse kamen erneut von der Binnenwirtschaft. Neben den privaten und staatlichen Konsumausgaben trugen die Bauinvestitionen zum Wachstum bei. Die Investitionen in Ausrüstungen blieben demgegenüber weiter verhalten. Die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen beschleunigten sich im Schlussquartal spürbar, allerdings weniger stark als die Einfuhren. Der Außenhandel dämpfte daher per Saldo rechnerisch das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Insgesamt blieb es bei einem sehr ordentlichen Wachstum des BIP im Jahr 2016 von preisbereinigt 1,9 %.

Die Konjunkturindikatoren sprechen für einen soliden Start in das Wirtschaftsjahr 2017. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft ist gut und die Beschäftigung nimmt, wenn auch etwas verhaltener, weiter zu. Die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe haben im Jahresschlussquartal 2016 einen deutlichen Schub erhalten. Alles in allem dürfte dies zu einer weiteren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung im ersten Quartal 2017 sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungsbereichen führen. Allerdings bleiben Unsicherheiten insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld bestehen.

Die Aussichten für die Weltwirtschaft bleiben verhalten. Nach der leichten Abschwächung im vergangenen Jahr dürfte ihre Dynamik in diesem Jahr etwas zunehmen. So wurde die weltweite Industrieproduktion zuletzt etwas stärker ausgeweitet. Der globale Einkaufsmanager-Index von Markit verharrt auf hohem Niveau. In den Vereinigten Staaten hat sich das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal nach einem starken Vorquartal allerdings wieder etwas abgeschwächt. Im Euroraum konnte die Wirtschaft demgegenüber ihr Expansionstempo beibehalten. Das bestätigt auch die jüngste Prognose der EU-Kommission. Die Wachstumsaussichten für Japan bleiben moderater. Von den Schwellenländern verzeichnete China wieder ein konstanteres Wachstum. Mit den anziehenden Rohstoffpreisen dürften Russland und Brasilien ihre Rezession verlassen. Der Internationale Währungsfonds erwartet in seiner Prognose vom Januar ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,4 % für dieses Jahr, nach 3,1 % im vergangenen Jahr.

Nach den vorläufigen Ergebnissen aus der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank wurden im Jahr 2016 von Deutschland Waren und Dienstleistungen im neuen Rekordwert von 1.442,4 Mrd. Euro exportiert (+1,9 %). Dem standen nominale Importe in Höhe von 1.199,2 Mrd. Euro (+1,0 %) gegenüber. Der Leistungsbilanzsaldo erhöhte sich um rund 13 Mrd. Euro auf 266 Mrd. Euro. Trotz des Rückgangs der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Dezember um saisonbereinigt 5,8 % ergab sich für das Schlussquartal 2016 mit +1,9 % dennoch eine Beschleunigung der nominalen Ausfuhren. Bei einem vergleichsweise leichten Rückgang der nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im Dezember um 1,0 % nahmen die Einfuhren im Schlussquartal mit +4,0 % erneut deutlich stärker zu als die Ausfuhren. Die nationalen Konjunkturindikatoren für den Außenhandel deuten neben der Einschätzung der Weltkonjunktur auf eine weiterhin moderate Expansion der Exporte hin.

Das Produzierende Gewerbe produzierte im Dezember deutlich weniger als im Vormonat (-3,0 %). Hierbei könnte eine Rolle spielen, dass es diesmal überdurchschnittlich viele Arbeitstage zwischen den Jahren gab, an denen die Produktion erfahrungsgemäß eingeschränkt wird. Die Industrieproduktion wurde daher nach den vorläufigen

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Februar 2017 vorlagen.
2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2016 vom 14. Februar 2017.
3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

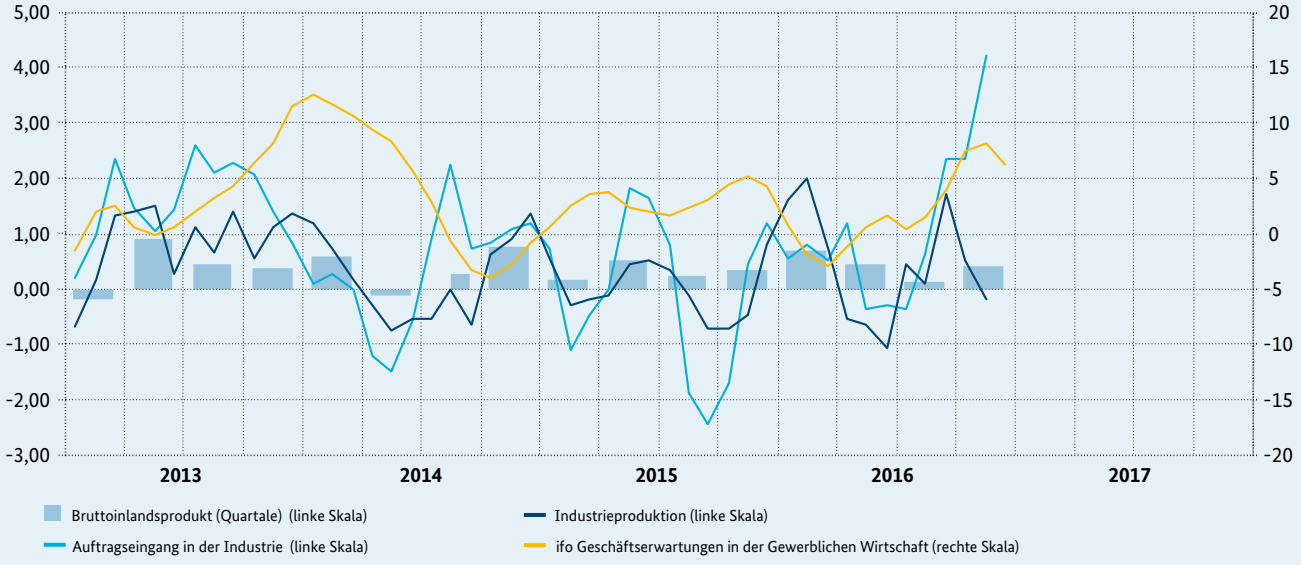
Ergebnissen um 3,4 % etwas stärker zurückgefahren. Der Trend der Industrieproduktion dürfte dennoch leicht aufwärtsgerichtet bleiben, da trotz der Sondereffekte zum Jahresende im vierten Quartal kaum weniger (-0,2 %) als im dritten Quartal 2016 produziert wurde. Auch dürften die Produktionseinbußen zu Beginn des neuen Jahres zumindest teilweise wettgemacht werden. Vor allem sprechen die industriellen Auftragseingänge für eine Belebung der Industriekonjunktur. Im vierten Quartal nahmen die Bestellungen in der Industrie um 4,2 % zu. Dabei zogen die Bestellungen aus dem Inland um 6,1 % sowie dem Ausland (außerhalb des Euroraums +3,2 %, Euroraum +2,5 %) kräftig an. Auch die Stimmungsindikatoren lassen ein solides Produktionswachstum in den kommenden Monaten erwarten. Die Erzeugung im Bauhauptgewerbe sank im Dezember gegenüber November um 1,7 %, im vierten Vierteljahr wurde dennoch ein merkliches Produktionsplus von 1,6 % zum Vorquartal erreicht. Die starke Baukonjunktur dürfte sich fortsetzen.

Der private Konsum nahm im Jahr 2016 preisbereinigt um 2,0 % kräftig zu. Auch im Jahresschlussquartal dürfte er spürbar zugenommen haben. Trotz einer eher schwachen Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) im November und Dezember legten die Umsätze im Durchschnitt des vierten Quartals insgesamt zu (+0,6 %). Die Umsätze und die Neuzulassungen im Kfz-Handel entwickelten sich zum Jahresende demgegenüber verhalten. Die Stimmung sowohl unter den Einzelhändlern als auch unter den Verbrauchern blieb aber sehr positiv.

Der Arbeitsmarkt befindet sich zur Jahreswende in guter Verfassung. Die Erwerbstätigkeit nahm saisonbereinigt weiter zu. Sie lag im Dezember bei 43,6 Mio. Personen, 0,5 % über Vorjahresniveau (Ursprungszahlen). Die Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist etwas weniger dynamisch, wobei auch im November der Vorjahresstand deutlich um 1,1 % überschritten wurde. Die Frühindikatoren deuten weiterhin auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin, wobei es schwieriger wird, das knappe Angebot und die Nachfrage zusammenzuführen. Die Arbeitslosigkeit sank im Januar saisonbereinigt um 26.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen waren 2,78 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Bei Flüchtlingen, die Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nahm die Arbeitslosigkeit schrittweise zu, obwohl gleichzeitig viele Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen qualifiziert wurden. Der Ausblick für den Arbeitsmarkt bleibt insgesamt positiv.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quelle: StBA, BBk, ifo Institut

Zur Diskussion

Stabilisierung im Euroraum durch expansive Fiskalpolitik in Deutschland?

Ausstrahlungswirkung öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaftsleistung in anderen Mitgliedstaaten des Euroraums

Die Notwendigkeit einer Stabilisierung im Euroraum, also einer Stärkung der Nachfrage und einer Entlastung der Geldpolitik, ist unbestritten. Die Europäische Kommission sieht eine deutliche fiskalische Lockerung – vor allem eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland – als geeignetes Instrument an, um über positive Spillover-Effekte die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum insgesamt anzukurbeln. Aus binnenwirtschaftlicher Sicht sind höhere öffentliche Investitionen in Deutschland dringend geboten. Wegen der begrenzten Ausstrahlungswirkung auf andere Staaten kann damit allein allerdings keine ausreichende Stabilisierung der Eurozone erreicht werden. Daher ist für die Mitgliedstaaten eine stärkere Koordination und Ausrichtung ihrer nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken auf die Anforderungen der Währungsunion erforderlich.

Entlastung der Geldpolitik notwendig

Die Europäische Zentralbank (EZB) versucht seit mehreren Jahren, mit einer sehr expansiven Geldpolitik die Eurozone als Ganzes zu stabilisieren. Seit geraumer Zeit befindet sich der Leitzins an der Nullzinsgrenze, wodurch die Geldpolitik die Grenze ihrer konventionellen Mittel erreicht hat. Die EZB greift daher auch zu unkonventionellen Mitteln der Geldpolitik wie negativen Einlagezinsen oder Aufkäufen von Staats- und Unternehmensanleihen. Trotz der sehr expansiven Geldpolitik weisen jedoch einige Mitgliedstaaten der Währungsunion weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und unterausgelastete Kapazitäten auf. Zwar setzt sich die wirtschaftliche Erholung in der Eurozone fort, eine vollständige wirtschaftliche Erholung ist jedoch noch nicht erreicht. Gleichzeitig nimmt die Kritik an den geldpolitischen Maßnahmen der EZB in vielen Mitgliedstaaten, darunter auch in Deutschland, zu. Um die Geldpolitik zu entlasten und die Nachfrage in der Währungsunion anzukurbeln, ist daher eine stärkere Koordination und Ausrichtung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Mitgliedschaft in der Währungsunion erforderlich. Im Rahmen des bestehenden vertraglichen Umfelds gehört dazu insbesondere eine Belebung der Investitionstätigkeit der Mitgliedstaaten, aber auch die Vollendung der Bankenunion und eine Ausweitung fiskalpolitischer Mittel auf Eurozonen-Ebene, beispielsweise über eine Erhöhung des Garantierahmens für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Perspektivisch sollte darüber hinaus auch das Konzept einer eigenen Fiskalkapazität auf Eurozonen-Ebene dafür herangezogen werden.

Die Forderung nach einer Ausweitung öffentlicher Investitionen

In diesen Zusammenhang sind auch die Forderungen der Europäischen Kommission nach einer fiskalischen Lockerung von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der

Eurozone (ca. 50 Milliarden Euro) für 2017 einzuordnen.[1] Dieser fiskalische Impuls würde aus Sicht der Kommission idealerweise auf Ebene der Eurozone erfolgen. Da der gemeinsame Währungsraum aber über keine zentrale fiskalische Kapazität verfüge, müsse der fiskalische Stimulus im Wesentlichen von Ländern getragen werden, die keinen Konsolidierungsbedarf aufweisen. Hierzu zähle auch Deutschland.[2] Eine expansivere Fiskalpolitik, insbesondere eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland, führe über positive Spillover-Effekte auch zu einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung in anderen Mitgliedstaaten der Eurozone.

Unterscheidung zwischen Zielen und Instrumenten

Die Notwendigkeit einer Stabilisierung des Euroraums sowie einer Ausweitung öffentlicher Investitionen in Deutschland ist unbestritten. Eine expansivere Fiskalpolitik in Deutschland ist sinnvoll, weil sie – richtig eingesetzt – langfristig das Produktionspotenzial erhöht und ein politisches Vertrauenssignal aussendet. Dabei müssen aber zwei Dinge beachtet werden: Zum einen kann Deutschland nur im Rahmen seiner nationalen Möglichkeiten (im Hinblick auf ausreichend sinnvolle Investitionsprojekte und Umsetzungskapazitäten) und seiner verfassungsrechtlichen Spielräume eine expansivere Fiskalpolitik leisten. Zum anderen kann damit allein keine ausreichende Stabilisierung des Euroraums erreicht werden. Vorliegende Forschungsstudien und eigene Analysen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zeigen, dass die Ausstrahlungswirkung expansiver Fiskalpolitik in Deutschland auf andere Staaten eher begrenzt ist.

Wirkungskanäle expansiver Fiskalpolitik

Die wesentlichen Kanäle zur Übertragung der Wirkung höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf andere Länder der Eurozone laufen über die Handelsverflechtungen:

Direkter Nachfragekanal – Eine höhere Investitionsnachfrage im Inland wird teilweise über Importe aus dem Ausland bedient, ein Teil davon aus der Eurozone. Damit steigt die Exporttätigkeit und somit das BIP der Handelspartner. Der Kanal wirkt umso stärker, je intensiver die Handelsbeziehungen sind oder je höher der Importgehalt der zusätzlichen Investitionsnachfrage in Deutschland ist. In der kurzen Frist ist dieser Wirkungskanal von besonderer Bedeutung (vgl. BMWi, 2015).

Indirekter Nachfragekanal – Darüber hinaus kann der fiskalische Impuls über sogenannte Zweitrundeneffekte im Zeitablauf weitere positive Nachfrageimpulse in Deutschland auslösen (zum Beispiel höhere private Investitionsnachfrage oder steigenden Konsum). Diese zusätzliche Nachfrage strahlt über die Handelsverflechtungen auf das Ausland aus.

Mittelfristiger Wettbewerbskanal – Mittelfristig wirkt sich der fiskalische Impuls positiv auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der übrigen Eurozone außerhalb Deutschlands aus. Zunächst steigt die Kapazitätsauslastung aufgrund der zusätzlichen Investitionsnachfrage in Deutschland. Die damit einhergehenden Preis- und Lohnsteigerungen ver-

1 Im November 2016 hat die Europäische Kommission zum Start ins neue Europäische Semester 2017 mit ihrem Vorschlag für „Empfehlungen für die Eurozone als Ganzes“ erstmals eine eigenständige Mitteilung zu der fiskalischen Position der Eurozone vorgelegt. Die Mitgliedstaaten haben sich diese Forderung im Rat nicht zu eigen gemacht.

2 Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts können Länder nicht zu höheren Staatsausgaben verpflichtet werden. Deutschland und die Niederlande – auf die die Forderung der Kommission hauptsächlich abzielt – wurden allerdings auch im Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte aufgefordert, mit einem fiskalischen Impuls zur Stärkung der Binnennachfrage und damit zu einem Abbau der hohen Leistungsbilanzüberschüsse beizutragen. Das zuletzt genannte Verfahren ist ebenfalls Teil des Europäischen Semesters.

bessern die Wettbewerbsfähigkeit der übrigen Eurozone relativ zu Deutschland. Es werden vermehrt Produkte aus der (übrigen) Eurozone nachgefragt. Die expansive Wirkung des Fiskalstimulus schwächt sich folglich in Deutschland ab, in der Eurozone verstärkt sie sich.

Langfristiger Wettbewerbskanal – Langfristig verbessern öffentliche Investitionen in erster Linie die Produktionsbedingungen deutscher Unternehmen. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigen. Das stimuliert den deutschen Export und wirkt dem mittelfristigen Wettbewerbsfähigkeitskanal entgegen.

Neben diesen Handelskanälen wirkt vor allem der **geldpolitische Kanal**. Mit einer Erhöhung der Investitionsnachfrage steigen tendenziell die Preise in Deutschland. In „normalen" Zeiten würde die Geldpolitik mit einem Zinsanstieg reagieren, der für sich genommen dämpfend auf die Investitionstätigkeit in allen Ländern der Eurozone wirken würde. Dies wirkt den expansiven Impulsen der oben beschriebenen Kanäle entgegen. In der aktuellen Situation, in der viele Mitgliedstaaten noch deutlich unterausgelastete Produktionskapazitäten aufweisen, ist jedoch kurz- bis mittelfristig nicht zu erwarten, dass die EZB mit restriktiven geldpolitischen Maßnahmen auf einen fiskalischen Impuls (in Deutschland) reagieren würde.[3] Die Geldpolitik ist derzeit akkommodierend, so dass der geldpolitische Kanal weitgehend entfällt.

Diese Wirkungskanäle sind in den meisten vorliegenden Studien berücksichtigt. Daneben existieren weitere Kanäle, die teilweise schwer abzubilden und zu quantifizieren sind und daher in Modellsimulationen häufig ausgeblendet werden. Hierzu gehört beispielsweise der **Vertrauens- oder Informationskanal**. So könnten umfangreiche fiskalische Maßnahmen in Deutschland als Signal interpretiert werden, dass die europäische Konjunkturschwäche entschieden adressiert wird. Allein das steigende Vertrauen und die geringere Unsicherheit könnten Wachstumsbremsen bei Unternehmensinvestitionen oder bei der Konsumentennachfrage lösen, sofern die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen hierdurch nicht infrage gestellt wird (z. B. durch erwartete spätere Steuererhöhungen).

Daneben können fiskalische Maßnahmen auch über einen **Finanzmarktkanal** wirken. Öffentliche Investitionen in Deutschland können durch eine – wenn auch geringe – Reduktion von Leistungsbilanzdefiziten in Eurostaaten das Vertrauen an die Nachhaltigkeit bzw. an die Fähigkeit zur Rückzahlung der Schulden dieser Defizitstaaten erhöhen. Eine mögliche Senkung der Risikoaufschläge für die Finanzierung an den Finanzmärkten für diese Staaten wäre die Folge. Gleichzeitig können beispielsweise aufgrund höherer Verschuldung Risikoaufschläge für die Kreditaufnahme steigen. Das scheint aber aufgrund der aktuell günstigen Lage der öffentlichen Haushalte für Deutschland kein relevanter Kanal zu sein.

3 Der Grund dafür ist die Ausrichtung der EZB auf die gesamte Währungsunion und die derzeitige Divergenz der Kapazitätsauslastungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Das heißt, dass für die geldpolitische Steuerung der EZB die wirtschaftliche (Preis-)Entwicklung der Eurozone als Ganzes relevant ist – und nicht die einzelner Mitgliedstaaten.

Analyse von Spillover-Effekten

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse

Die jüngsten Zahlen der Europäischen Kommission zur Größe von Spillover-Effekten basieren auf einer Studie von Jan in't Veld (2016). Dort werden auf Grundlage des QUEST-Modells – eines globalen makroökonomischen Simulationsmodells der Europäischen Kommission – zwei Szenarien untersucht: Spillover-Effekte eines kreditfinanzierten Investitionsprogramms in Deutschland und den Niederlanden mit und ohne geldpolitischer Reaktion der EZB. Es wird ein fiskalischer Impuls in Höhe von einem Prozent des jeweiligen BIP für die Dauer von zehn Jahren unterstellt. Reagiert die EZB auf den Finanzimpuls mit steigenden Leitzinsen, werden nur sehr geringe Spillover-Effekte auf andere Staaten der Eurozone erreicht. Reagiert die EZB unter akkommodierender Geldpolitik zuerst gar nicht und später nur sehr zögerlich[4] auf den Fiskalimpuls, werden Spillover-Effekte in übrigen Eurozonen-Ländern in einer Größenordnung von 0,3 bis 0,5 Prozent des BIP erreicht. Die hohen Effekte bedürfen aber der Annahme einer sehr hohen Output-Elastizität[5] öffentlicher Investitionen. Diese ist allerdings für Deutschland – als hochentwickelte Volkswirtschaft – und bei einem so starken Fiskalimpuls schwer zu rechtfertigen.

Ein Vergleich mit anderen wissenschaftlichen Studien zeigt, dass die von der Europäischen Kommission berechneten Spillover-Effekte unter akkommodierender Geldpolitik deutlich am oberen Rand möglicher Ergebnisse liegen (vgl. Tabelle 1).[6]

Ergebnisse von BMWi-Analysen

Die für die Simulation von Spillover-Effekten verwendeten makroökonomischen Modelle sind komplex. Die einzelnen Wirkungskanäle können schwer voneinander abgegrenzt werden, die Plausibilität und Abhängigkeit der Ergebnisse von kritischen Annahmen ist schwer zu überprüfen. Das BMWi hat daher auf Basis einfacher Überlegungen einen Plausibilitätscheck für die sehr kurzfristigen Wirkungen von öffentlichen Investitionen entwickelt (vgl. Kasten 1). Demnach wären selbst unter sehr optimistischen Annahmen im ersten Jahr nach Ausweitung der öffentlichen Investitionen Spillover-Effekte von unter 0,1 Prozent des Eurozonen-BIP zu erwarten – deutlich weniger als beispielsweise in der aktuellen Studie der Europäischen Kommission.

Tabelle 1: Überblick über Spillover-Effekte in unterschiedlichen Studien

Studie	Fiskalischer Impuls in Deutschland	Modell	BIP-Effekte in %* (Eurozone ohne Deutschland)	
			akkomodierende Geldpolitik	normale Zinsreaktion
In't Veld (2016) (aktuelle Studie der Europäischen Kommission)	1 % des BIP, 10 Jahre**	QUEST	+0,3 bis +0,5	<+0,1
Elekdag & Muir (2014)	1 % des BIP, 2 Jahre	GIMF	+0,2 bis +0,3	<0 bis +0,2
Kollmann et al. (2015)	1 % des BIP	n.s.***	+0,1	<+0,05
Bundesbank (2016)	1 % des BIP, 2 Jahre	NIGEM	+0,1 bis +0,2	<+0,1
EZB (2016)	1 % des BIP, 5 Jahre	EAGLE	+0,1 bis +0,5	<+0,1
BMWi (2015)	1 % des BIP, 4 Jahre	GEM	+0,09 bis +0,14	+0,02

* Abweichung vom Basisszenario im Mittel der ersten beiden Jahre in Prozent.
** Simultaner Impuls in Höhe von 1 % des BIP auch in den Niederlanden.
*** Kollmann et al. (2015) verwenden ein nicht näher spezifiziertes 3-Regionen-DSGE-Modell.

Quelle: Eigene Darstellung.

4 Die Studie unterstellt keine geldpolitische Reaktion für zwei Jahre und danach eine graduelle Anpassung des Leitzinses an die Zinssetzung entsprechend der Taylor-Regel.

5 Die (partielle) Output-Elastizität der öffentlichen Investitionen gibt an, wie stark die gesamtwirtschaftliche Produktion auf einen Anstieg der öffentlichen Investitionen reagiert (ohne Anpassung weiterer Produktionsfaktoren). Sie hängt damit unter anderem von der Art der Investitionsprojekte und der Effizienz der Umsetzung öffentlicher Investitionsprojekte ab.

6 Alle Studien, auch die der Europäischen Kommission, kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass bei normaler geldpolitischer Reaktion keine nennenswerten positiven Spillover-Effekte zu erwarten sind.

Kasten 1: Ein einfacher Plausibilitätscheck

Eine ungefähre Größenordnung der Spillover-Effekte steigender öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Eurozone in der kurzen Frist lässt sich anhand folgender Überlegungen ableiten: Im ersten Jahr der Investitionsausweitung dürfte der direkte Nachfragekanal als Wirkungsmechanismus dominant sein. Zweitrundeneffekte beispielsweise über private Investitionen, Beschäftigung, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit dürften noch zu vernachlässigen sein. Dann kann man den Spillover-Effekt (ohne Vertrauenseffekte) einer 1-prozentigen Investitionsausweitung folgendermaßen approximieren:

- Der BIP-Anstieg in der Eurozone entspricht kurzfristig dem Anstieg der Importe Deutschlands aus diesen Ländern.
- Der gesamte Importanstieg in Deutschland ergibt sich aus dem Investitionsimpuls (ca. 30 Milliarden Euro) und dem Importgehalt öffentlicher Anlageinvestitionen (ca. 23 Prozent), d.h. ca. sieben Milliarden Euro.
- Von den sieben Milliarden Euro werden aber etwa nur 45 Prozent aus der Eurozone importiert, das entspricht drei Milliarden Euro.
- Dieser kurzfristige Spillover-Effekt entspricht 0,04 Prozent des BIP der Eurozone (ohne Deutschland).

Dieser Spillover-Effekt ist im Vergleich zu den in anderen Studien auch für das erste Jahr gefundenen Effekten recht gering (siehe unten). Würde unterstellt, dass neu angestoßene Investitionsprojekte einen höheren Importgehalt aufweisen oder ein größerer Anteil der zusätzlichen Importe aus dem Euroraum kommt, fallen die Wirkungen etwas höher aus. Selbst unter der sehr extremen Annahme, dass vollständig aus der Eurozone importiert wird und der Importanteil immense 60 Prozent beträgt (wie im Durchschnitt der Unternehmensinvestitionen), wäre der Spillover-Effekt aber mit 0,25 Prozent deutlich geringer, als ihn die Europäische Kommission in optimistischen Szenarien im ersten Jahr findet (0,5 Prozent). Nachfolgende Tabelle stellt unterschiedliche Annahmen und deren Wirkung auf die kurzfristigen Effekte im Überblick dar.

Tabelle 2: Direkte Handelseffekte von öffentlichen Investitionen

Impuls: öffentliche Investitionen von 1 % des BIP in Deutschland	Basis	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4
Fiskalimpuls (Mrd. Euro)	+30,33	+30,33	+30,33	+30,33	+30,33
Importe (Mrd. Euro)	+6,98	+8,97	+8,97	+8,97	+18,29
Importe aus EWU (Mrd. Euro)	+3,14	+4,04	+6,06	+8,97	+18,29
BIP-Effekt EWU (ohne Deutschland in %)	**+0,04**	**+0,05**	**+0,08**	**+0,12**	**+0,25**
Annahmen:					
Importanteil der öffentlichen Investitionen	23 %	30 %	30 %	30 %	60 %
Anteil der Importe aus Eurozone	45 %	45 %	67 %	100 %	100 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des BMWi

BMWi hat darüber hinaus selbst mehrere quantitative Analysen zu Spillover-Effekten öffentlicher Investitionen mit verschiedenen Modellen durchgeführt, um ein breites Bild über die Wirkungskanäle und die Größenordnung von Effekten unter verschiedenen Annahmen zu erhalten. Eine Analyse basiert auf dem internationalen Modell von Oxford Economics (Global Economic Model, GEM).[7] Dieses hat den Vorteil, dass es im Detail die internationalen Verflechtungen abbildet und daher gut geeignet ist, die kurzfristigen Wirkungen über den Handelskanal zu quantifizieren – auch für einzelne Länder. Dadurch sind Aussagen zur Verteilung der Spillover-Effekte über die Eurozone möglich. Schwachpunkt ist dagegen die fehlende Modellierung von Produktivitätseffekten beispielsweise auf der Unternehmensebene. Daher wurden in einer zweiten Analyse die Spillover-Effekte mit dem QUEST-Modell der Europäischen Kommission simuliert.

7 Vgl. BMWi (2015) für eine detaillierte Beschreibung.

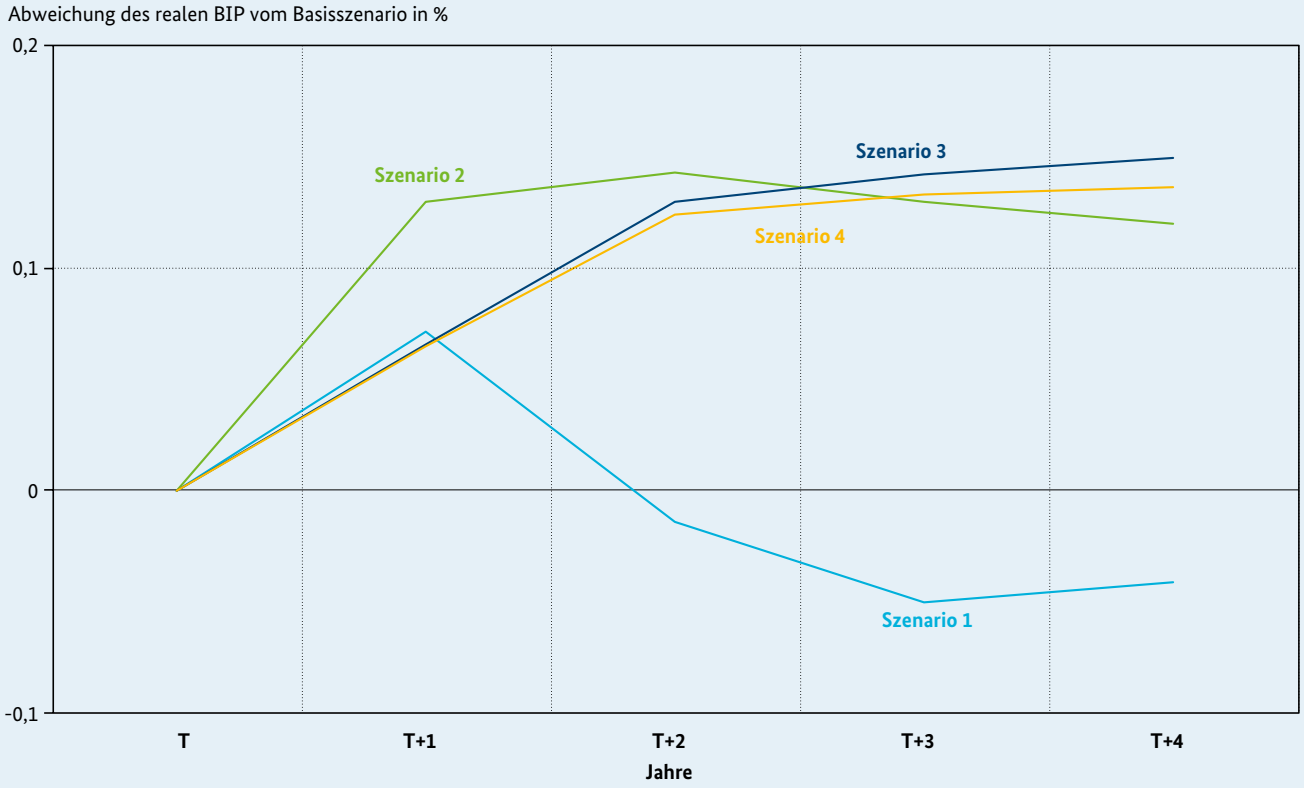
Makroökonomische Modellsimulation (GEM)

Simuliert wurde eine Erhöhung öffentlicher Investitionen in Deutschland um ein Prozent des BIP über vier Jahre. Beim GEM handelt es sich vordergründig um ein Konjunkturmodell, d.h. die kurz- und mittelfristigen Wirkungen stehen im Vordergrund. Diese sind gut mit anderen Studien vergleichbar, auch wenn in diesen Studien ein fiskalischer Impuls über einen längeren Zeitraum betrachtet wird. Vier Szenarien wurden modelliert:

- *Szenario 1:* Normale Zinsreaktion der EZB
- *Szenario 2:* Keine Zinsreaktion der EZB (akkommodierende Geldpolitik)
- *Szenario 3:* Keine Zinsreaktion der EZB und Berücksichtigung der Tatsache, dass öffentliche Investitionen geringere Importanteile aufweisen als andere Aggregate des BIP
- *Szenario 4:* Keine Zinsreaktion der EZB und Berücksichtigung einer höheren „Investitions-Effizienz", d.h. die öffentlichen Investitionen beeinflussen in stärkerem Maß das Produktionspotenzial als in Szenario 1 bis 3

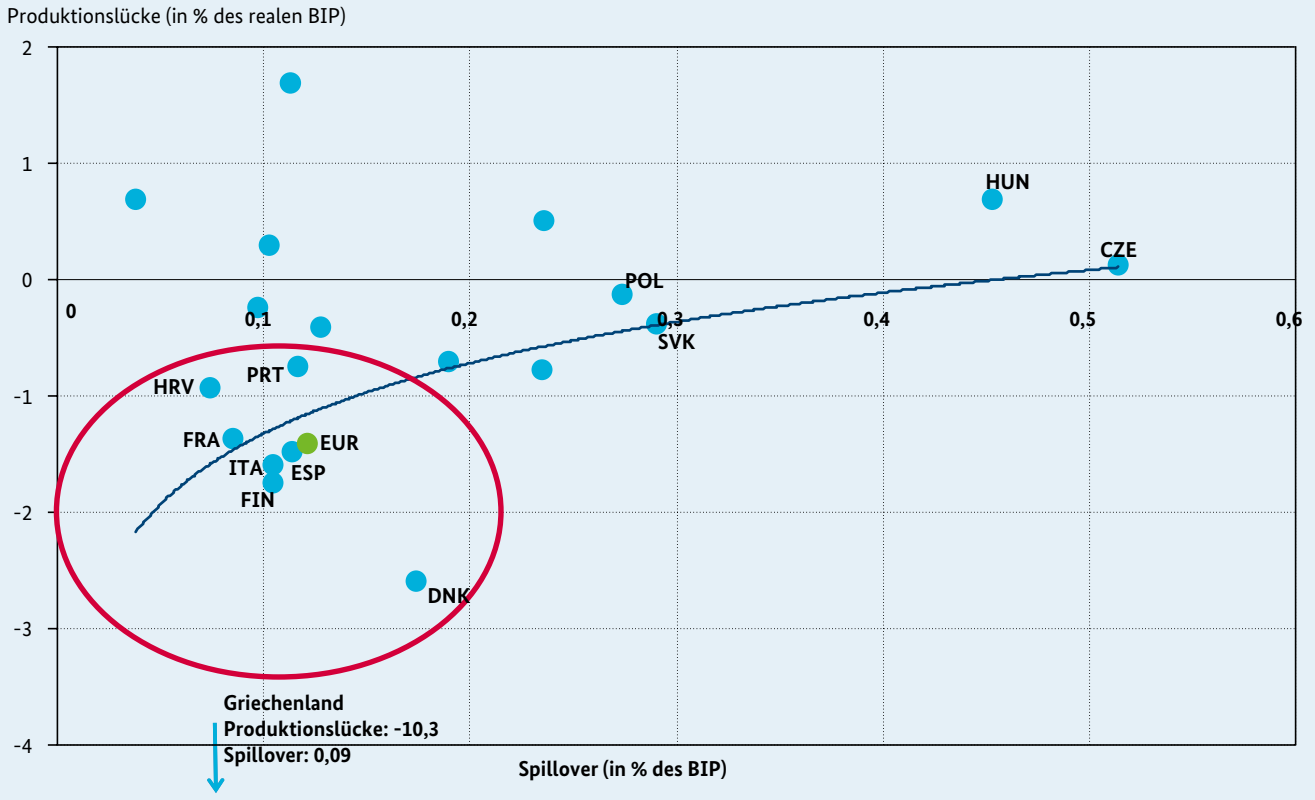
Bei nicht-akkommodierender Geldpolitik (Szenario 1) ist der Spillover-Effekt im Durchschnitt null. Durch dämpfende Effekte aufgrund eines Zinsanstiegs fällt der Effekt mittelfristig tendenziell sogar negativ aus. Unter akkommodierender Geldpolitik (Szenarien 2 bis 4) fallen unabhängig von den sonstigen Annahmen die Spillover-Effekte mit 0,1 bis 0,2 Prozent zwar positiv, aber dennoch gering aus.

Abbildung 1: Spillover-Effekte öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die übrige Eurozone



Quelle: Global Economic Model von Oxford Economics, Berechnungen des BMWi

Abbildung 2: Spillover-Effekte und Kapazitätsauslastung im Ländervergleich



Quelle: EU-Kommission (AMECO-Datenbank, Output Gap), Berechnungen des BMWi (Spillover-Effekte)

Eine Stärkung der Nachfrage ist vor allem in den Ländern notwendig, in denen die Produktionskapazitäten stark unterausgelastet sind. Die Simulationen zeigen, dass die Spillover-Effekte zwischen den einzelnen Eurozonen-Staaten sehr unterschiedlich ausfallen. Gerade die Länder mit hohem „Stabilisierungsbedarf", das heißt einer stark negativen Produktionslücke (Output Gap), weisen tendenziell unterdurchschnittliche Spillover-Effekte auf (vgl. Abbildung 2). Dies gilt insbesondere für die Länder in der europäischen Peripherie: Italien, Spanien, Griechenland und zum Teil auch Portugal. Die zu erreichende Nachfragestärkung ist demnach noch geringer, als es die ohnehin auch im Durchschnitt recht niedrigen Spillover-Effekte vermuten lassen. Hintergrund ist, dass vor allem der direkte Handelskanal für die kurzfristigen Wirkungen entscheidend ist. Der Handel mit Deutschland ist aber vor allem für kleine offene Volkswirtschaften in der unmittelbaren Nachbarschaft relevant, weniger für die Peripherieländer Europas. Diese Länder exportieren, insbesondere aufgrund ihrer geografischen Entfernung, relativ zum BIP nur wenig nach Deutschland. Sie profitieren daher nur in geringem Ausmaß von der höheren Importnachfrage aus Deutschland.

QUEST-Simulation

Auf Basis des von der Kommission verwendeten QUEST-Modells[8] und der Annahme einer dauerhaften Erhöhung der öffentlichen Investitionen um ein Prozent des BIP kommt das BMWi zu deutlich geringeren Spillover-Effekten als die Europäische Kommission in ihren Analysen (vgl. Tabelle 3). Angenommen sind hier ebenfalls eine kurzfristig akkommodierende Geldpolitik und eine Kreditfinanzierung der Investitionen.

8 Mit einer etwas anderen Modellspezifikation als in oben zitierten Analysen der Kommission.

Tabelle 3: Ergebnisse Quest-Simulation

Veränderungen in %	Dauerhafte Erhöhung der öffentlichen Investitionen um 1 % des BIP			
Effekt nach:	1 Jahr	5 Jahren	10 Jahren	20 Jahren
Reales BIP	+0,65	+0,83	+1,51	+2,49
Handelsbilanz*	-0,75	+0,13	+0,08	+0,70
Eurozonen-BIP	+0,19	+0,00	+0,01	+0,03

* in Prozentpunkten.

Quelle: Berechnungen des BMWi

Eine dauerhafte Erhöhung der öffentlichen Investitionen – insbesondere, wenn diese nicht durch geld- und fiskalpolitische Reaktionen abgedämpft wird – hat mittelfristig hohe BIP-Wirkungen in Deutschland zur Folge. Durch steigende Importe nimmt kurzfristig der Handelsbilanzüberschuss ab. Davon profitieren kurzfristig Länder der Eurozone (Spillover-Effekte ca. 0,2 Prozent des Eurozonen-BIP). Mittelfristig verschwindet der Spillover-Effekt aber, da positive Produktivitätseffekte infolge der inländischen Kapitalakkumulation zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und einer höheren Exportdynamik führen. Die hier gefundenen Ausstrahlungswirkungen liegen unter denen in der aktuellen Studie der Europäischen Kommission, obwohl hier sogar eine dauerhafte Ausweitung der Investitionen simuliert wird, wohingegen die Kommission eine Ausweitung für zehn Jahre betrachtet.

Gesamtbewertung

Spillover-Effekte begrenzt

In den betrachteten makroökonomischen Simulationsmodellen werden nennenswerte Spillover-Effekte nur bei akkommodierender Geldpolitik erreicht, da ansonsten der Zinsanstieg den positiven Übertragungseffekten entgegenwirkt. Darüber hinaus ist die Größenordnung der Spillover-Effekte stark von den getroffenen Annahmen abhängig, insbesondere von der Output-Elastizität und dem Importgehalt öffentlicher Nachfrage.

Mit Blick auf die Gesamtheit der vorliegenden Studien und die eigenen Analysen erscheinen Spillover-Effekte auf die Eurozone in einer Größenordnung von bis zu 0,2 Prozent des BIP der Eurozone bei einem kreditfinanzierten Anstieg der öffentlichen Investitionen von einem Prozent des BIP in Deutschland über einen mehrjährigen Zeitraum plausibel, aber noch immer optimistisch.

Starke regionale Heterogenität bei den Effekten

Aufgrund der Handelsverflechtung treten spürbare Spillover-Effekte vor allem in kleinen Volkswirtschaften in unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland auf. Länder mit starker Unterauslastung der Kapazitäten profitieren dagegen kaum. Der Fiskalimpuls wirkt also vor allem dort, wo bereits mit Normalauslastung produziert wird. Eine Stabilisierungswirkung ist daher selbst bei hohen durchschnittlichen Spillover-Effekten auf die Eurozone insgesamt kaum zu erwarten.

Zeitliche Wirkung

Positive Spillover-Effekte wirken vor allem kurzfristig. Mittelfristig erhöhen öffentliche Investitionen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands relativ zu den anderen Ländern und konterkarieren die Spillover-Effekte zum Teil.

Höhe des Fiskalimpulses

Im Hinblick auf den unterstellten sehr hohen Fiskalimpuls von einem Prozent des BIP für zehn Jahre ist zu prüfen, inwiefern dieser überhaupt mit den Spielräumen der Schuldenbremse im Grundgesetz sowie den europäischen Schuldenregeln im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts vereinbar wäre. Es wäre zudem fraglich, ob ausreichend geeignete Investitionsprojekte für einen solchen Anstieg der öffentlichen Investitionen existieren und ob sich diese – angesichts begrenzter Planungskapazitäten – überhaupt in dem unterstellten Zeitrahmen realisieren ließen.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass eine Ausweitung öffentlicher Investitionen in Deutschland nur begrenzt zu einer Stabilisierung des Euroraums beitragen kann. Umso wichtiger ist daher eine Diskussion, mit welchen Instrumenten

eine Stabilisierung der Währungsunion weiter vorangetrieben werden kann und welche alternativen Maßnahmen geeignet wären, um die gemeinsame Geldpolitik zu entlasten.

Ungeachtet der begrenzten unmittelbaren Ausstrahlungswirkung auf andere Eurozonen-Mitgliedstaaten gehört eine Ausweitung öffentlicher Investitionen in Deutschland zu den Prioritäten der Bundesregierung. Denn eine Stärkung des Wachstumspotenzials ist nicht nur binnenwirtschaftlich geboten, sondern sendet zugleich ein politisches Vertrauenssignal, das – wenn auch begrenzt – positiv auf andere Mitgliedstaaten wirken kann.

Kontakt: Dr. Kai Hielscher
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse
und Sybille Lehwald
Referat: Europäische Wirtschafts- und Währungsfragen

Literaturverzeichnis

Blanchard, O., Erceg, C., und Linde, J. (2016), "Jump starting the euro area recovery: would a rise in core fiscal spending help the periphery?", Working Paper.

Bundesbank (2016), „Zu den internationalen Ausstrahlwirkungen einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland", Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 68/8, August 2016.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), „Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums", Monatsbericht 7-2015.

Elekdag S., Muir, D., 2014, "Das Public Kapital: how much would higher German public investment help Germany and the Euro Area?", IMF Working Paper 14/227.

EZB (2016), "Public investment in Europe", Economic Bulletin, Nr. 2/2016.

in't Veld, Jan (2016), "Public Investment Stimulus in Surplus Countries and their Euro Area Spillovers", European Commission, European Economy, Economic Brief 016, August 2016.

Robert Kollmann, Marco Ratto, Werner Roeger, Jan in't Veld und Lukas Vogel (2015), "What drives the German current account? And how does it affect other EU member states?", Economic Policy, 30, p. 47 – 93.

Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland

Preis „Innovation schafft Vorsprung“ zeichnet innovative Lösungen in der öffentlichen Auftragsvergabe aus

Die Vergaberechtsreform 2016 hat den Weg geebnet, um das große Potenzial der innovativen Beschaffung für mehr Innovationen in Deutschland noch stärker zu nutzen als bisher. Hierzu bietet das Kompetenzzentrum Innovative Beschaffung (KOINNO) allen öffentlichen Beschaffungsstellen umfangreiche Unterstützungsangebote.

Das Leistungsvermögen der öffentlichen Beschaffung besser nutzen

Mit der am 16. April 2016 in Kraft getretenen Reform wurde die öffentliche Auftragsvergabe in Deutschland auf Grundlage des neuen EU-Vergaberechts umfassend modernisiert. Sie verfolgt das Ziel, die Vergabeverfahren effizienter, einfacher und flexibler zu gestalten. Darüber hinaus sollen Vergabestellen bei Auftragsvergaben verstärkt auch strategische Ziele berücksichtigen. Hierzu gehört neben sozialen und ökologischen Kriterien auch die Förderung von Innovationen. Denn das Potenzial von innovativen Beschaffungen wird in Deutschland noch unterschätzt.

Eine **Innovation** ist die Umsetzung eines neuen oder signifikant verbesserten Produktes oder Verfahrens, einer neuen Marketing-Methode oder einer neuen Organisationsmethode in Geschäftspraktiken, Arbeitsplatzgestaltung oder Außenbeziehungen.

Innovative öffentliche Beschaffung orientiert sich hier an dem Begriff „innovative Beschaffung“ (innovative procurement) der Europäischen Kommission (2006) und der „innovationsfreundlichen Beschaffung“ (innovation-friendly public procurement) von Uyarra & Flanagan (2010) sowie Knutsson & Thomasson (2013). Innovative öffentliche Beschaffung beinhaltet zum einen das Ziel der Beschaffung von innovativen Produkten und Dienstleistungen, um dadurch sowohl Innovationen als auch effiziente öffentliche Aufgabenerfüllung zu fördern. Zum anderen soll der Beschaffungsprozess selbst innovativ ausgestaltet sein, z. B. durch den Einsatz verschiedener Technologien, Management-Tools und organisatorischer Maßnahmen.

Quelle: Konzeption einer „innovativen öffentlichen Beschaffung“, S. 8 u. 20; http://bit.ly/Konzept_ioeb)

Studie zum innovationsrelevanten Beschaffungsvolumen des öffentlichen Sektors

Bisher konnte das Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand, das für die Förderung von Innovationen zur Verfügung stehen könnte, kaum verlässlich geschätzt werden. Es fehlten ausreichend amtliche Statistiken. Die bisherigen Schätzungen waren unzureichend und variierten sehr stark.[1]

Im Jahre 2016 analysierten das Kompetenzzentrum Innovative Beschaffung (KOINNO) und die Universität der Bundeswehr München, Forschungszentrum für Recht und Management öffentlicher Beschaffung (FoRMöb), in einer Studie die Bedeutung des öffentlichen Einkaufs für die Förderung von Innovationen.

Die Studie ermittelt ein gesamtes Beschaffungsvolumen der öffentlichen Stellen in Deutschland von ca. 350 Milliarden Euro. Dabei kann der potenzielle Anteil innovativer Produkte je nach Vergabestelle variieren; er liegt gemittelt jedoch bei 12 bis 15 Prozent des Beschaffungsvolumens. Damit ergibt sich – konservativ geschätzt – ein innovationsrelevantes Beschaffungsvolumen von ca. 40 bis 50 Milliarden Euro pro Jahr, das für die Innovationsförderung strategisch eingesetzt werden könnte.[2]

Eine kostenneutrale Umsteuerung des Einkaufs von herkömmlichen Produkten und Dienstleistungen in innovative Produkte und Dienstleistungen von nur einem Prozent (des gesamten Beschaffungsvolumens) würde demnach eine zusätzliche innovationsrelevante Nachfrage von ca. 3,5 Milliarden Euro nach sich ziehen – mehr als die jährlichen Fördermittel des Bundes an die gewerbliche Wirtschaft für Forschungs- und Innovationsleistungen.[3]

Indem öffentliche Stellen durch die Beschaffung innovativer Produkte und Dienstleistungen gewissermaßen als „early adopter“ auftreten, können sie zudem Referenzen

Abbildung 1: Vorgehensmethodik im Rahmen der Studie zum innovationsrelevanten Beschaffungsvolumen

Quelle: Studie „Ermittlung des innovationsrelevanten Beschaffungsvolumens des öffentlichen Sektors“

1 Beispielsweise schwanken die Angaben zum Gesamtbeschaffungsvolumen der öffentlichen Hand zwischen 116 Milliarden Euro für 2005 bis 450 Milliarden Euro für 2008 (vgl. Studie „Ermittlung des innovationsrelevanten Beschaffungsvolumens des öffentlichen Sektors“ von KOINNO und der Universität der Bundeswehr München vom Oktober 2016; S. 8; http://bit.ly/Studie_Beschaffung).

2 Studie „Ermittlung des innovationsrelevanten Beschaffungsvolumens des öffentlichen Sektors“; S. 7.

3 Die FuE-Ausgaben des Bundes an die gewerbliche Wirtschaft betrugen ca. 2,22 Milliarden Euro im Jahre 2014; Quelle: Bundesbericht für Forschung und Innovation (BUFI) (2016).

schaffen und so die Vermarktung des Produktes an Dritte unterstützen. Damit ergeben sich Multiplikatoreffekte: Innovationen können sich schneller ausbreiten.

Ein wichtiges Instrument, um in der öffentlichen Auftragsvergabe Raum für innovative Lösungen zu schaffen, sind funktionale Leistungsbeschreibungen. Sie eröffnen dem Bieter mehr Spielraum für die Angebotsgestaltung. Werden zum Beispiel neue Straßenbeleuchtungen über funktionale Leistungsbeschreibungen ausgeschrieben, werden gegebenenfalls Energie- oder Beschaffungskosten eingespart. So werden Straßen ausgeschrieben, die in einem Zeitraum von x Stunden pro Tag mit einer gewissen Beleuchtungsstärke illuminiert werden sollen. Wie das geschieht, wird dem Anbieter überlassen. Ebenso können Ausschreibungen für innovative, vorher nicht geplante Angebote offengehalten werden, indem z. B. Nebenangebote zugelassen werden.

Eine stärker auf Innovationen ausgerichtete staatliche Nachfrage ist daher auch wichtiger Bestandteil der Hightech-Strategie und der Digitalen Agenda der Bundesregierung.

KOINNO
KOMPETENZZENTRUM
INNOVATIVE BESCHAFFUNG

Kompetenzzentrum Innovative Beschaffung (KOINNO)

Das BMWi hat den Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) bereits 2013 damit beauftragt, KOINNO aufzubauen und zu betreiben. Mit Unterstützung von KOINNO werden öffentliche Auftraggeber durch Informationen, nutzergerechte Veranstaltungen, gute Beispiele und Einzelberatungen dazu angehalten, verstärkt innovative Produkte und Dienstleistungen zu beschaffen.

Bei der Neubeauftragung von KOINNO ab dem 01. Januar 2017 wurden die Anregungen der vorangegangenen Evaluation[4] berücksichtigt. Zukünftig werden die Anzahl und die Effektivität der Veranstaltungen erhöht und die Einzelberatungen intensiviert. Auch werden künftig die strategischen Entscheider wie Bürgermeister, Stadtdirektoren, Behördenleiter, Leiter kommunaler Unternehmen etc. direkt angesprochen. Durch die Einbeziehung der strategischen Entscheider soll der Mentalitäts- und Kulturwandel in den Beschaffungsstellen unterstützt bzw. überhaupt erst ermöglicht werden. Denn die strategischen Entscheider legen fest, was eingekauft wird bzw. wie der Beschaffungsprozess organisiert ist. Es ist wichtig, dass der Einkauf als strategische Funktion wahrgenommen wird.

Um Synergieeffekte zusammen mit dem strategischen Ziel „Nachhaltigkeit“ zu erzielen, wird die Zusammenarbeit mit der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung, die beim Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Inneren (BeschA) angesiedelt ist, verstärkt.

Die KOINNO-Aktivitäten werden zukünftig auch international ausgerichtet. So soll den Beschaffern geholfen werden, EU-Fördermittel für Forschungs- und Entwicklungsprojekte einzuwerben. Außerdem wird KOINNO zusammen mit einigen anderen Kompetenzzentren ein europäisches Netzwerk aufbauen. Damit sollen z. B. grenzüberschreitende Beschaffungen ermöglicht und so Kosten gesenkt werden.

4 http://bit.ly/Evaluation_KOINNO

Der Blick über den Tellerrand – Lernen von anderen

Es gibt bereits gute innovative Beschaffungsprozesse und viele Beispiele für die Beschaffung von innovativen Produkten und Dienstleistungen. Fast alle haben eins gemein: Jede Institution hat ihren Fahrplan zur Umsetzung ihrer Idee individuell erarbeitet. Oftmals mussten die Beteiligten allein die Hürden überwinden lernen – ohne sich mit anderen Beschaffern mit mehr Erfahrungen in Verbindung zu setzen. Hier möchte KOINNO ansetzen, damit die Erfahrungen Einzelner von anderen genutzt werden können.

Ausgezeichnete innovative Beschaffungen 2017

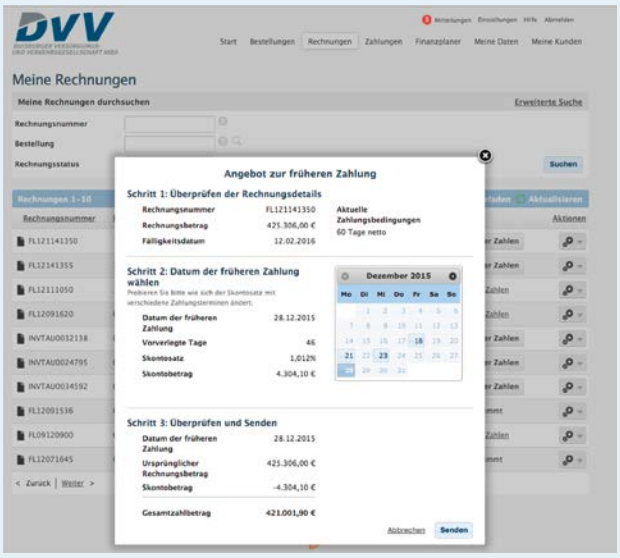
Ausgezeichnete Lösungen werden unter dem Motto „Innovation schafft Vorsprung“ seit nunmehr zwölf Jahren durch den BME prämiert. Das BMWi hat 2013 die Schirmherrschaft über diesen Preis übernommen.

In diesem Jahr werden drei Institutionen für herausragende neue Beschaffungen bzw. Beschaffungsprozesse ausgezeichnet. Dabei wird Beschaffung ganzheitlich von der Konzeption des Einkaufs bis zur Rechnungslegung betrachtet.

Der erste Preisträger ist die **Duisburger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH (DVV)**, die für eine Innovation im Beschaffungsprozess ausgezeichnet wird. Diese Innovation betrifft das Rechnungs- und Liquiditätsmanagement und bringt sowohl für das öffentliche Unternehmen als auch für seine Lieferanten Vorteile und stärkt damit die regionale Wirtschaft.

Die DVV ist ein lokaler Energiedienstleister. Unter seinen mehr als 2.800 Lieferanten sind viele kleine und mittelständische Betriebe aus der Region. Der Zugang zu Liquidität und Kapital zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes ist für die DVV und ihre Zulieferer sehr wichtig, denn die Region befindet sich in einer wirtschaftlich angespannten Lage. So hat die DVV ein Lieferantenportal eingeführt, auf dem täglich ein Betrag von 500.000 Euro an Liquidität zur Verfügung gestellt wird. Die Teilnahme an der Plattform ist für die Lieferanten freiwillig und kostenfrei. Über die Plattform bietet die DVV nach Prüfung und Freigabe dem Lieferanten die Rechnung für eine frühe Bezahlung an. Als Gegenleistung verringert sich der Rechnungsbetrag um einen abgestimmten Zinssatz (Skonto). Der Lieferant kann

Abbildung 2: Lieferantenansicht zur Anforderung einer Rechnung



Quelle: Bewerbung der DVV zum Preis „Innovation schafft Vorsprung“, Stand 27.06.2016

das Angebot annehmen und dadurch schneller liquide Mittel erhalten. Der Vorteil für die DVV besteht in einem zusätzlichen Skontoertrag (vgl. Abbildung 2).

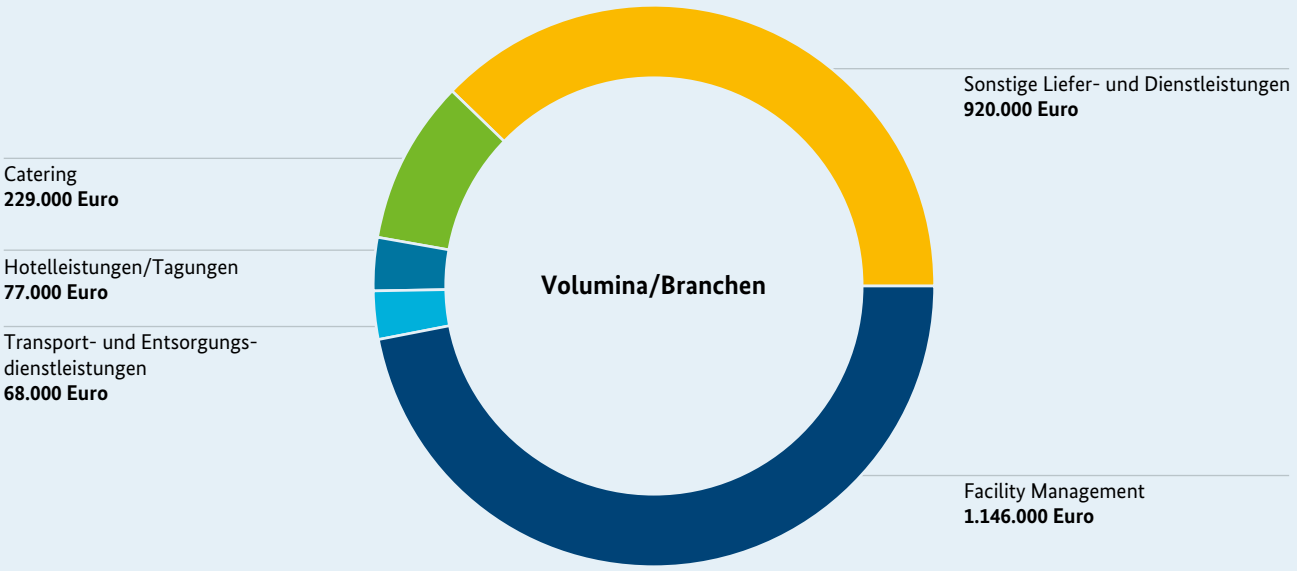
Dadurch kann die DVV ihre Unternehmensergebnisse verbessern und gleichzeitig erhalten die Lieferanten Unterstützung bei Liquiditätsengpässen. Ebenso konnten durch den verbesserten Purchase-to-Pay-Prozess[5] die Lieferkette gestärkt und Anfragen der Lieferanten zum Rechnungsstatus reduziert werden.

Des Weiteren wurde das Konzept „Inklusiver Einkauf“ des **Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL)** prämiert. Dabei handelt es sich um mehr als nur einen innovativen Beschaffungsprozess, nämlich um die Umsetzung des gesetzgeberischen Willens zur Berücksichtigung des Ziels der Inklusion bei der öffentlichen Beschaffung. Darüber hinaus ist es auch wirtschaftlich sinnvoll.

Der LWL ist ein Kommunalverband und setzt sich u. a. für die Belange von Menschen mit Behinderungen ein. Die Beschäftigung von Abgängern aus Förderschulen und Wechslern aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt gelingt vor allem in Integrationsunternehmen. Diese schaffen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Menschen mit einer

5 Wörtlich: Einkauf-bis-Bezahlung-Prozess.

Abbildung 3: Aufträge an Integrationsunternehmen nach Branchen im Zeitraum 01.01.2014 bis 30.06.2016 mit einem Gesamtvolumen von 2,44 Millionen Euro



Quelle: Bewerbung des LWL zum Preis „Innovation schafft Vorsprung", Stand 24.10.2016

Schwerbehinderung, oftmals als dauerhaften Arbeitsplatz. Als rechtlich und wirtschaftlich selbständige Unternehmen müssen sich Integrationsunternehmen auch auf dem freien Markt behaupten. In der Regel sind es kleine und mittelständische, regional agierende Unternehmen.

Da das novellierte Vergaberecht ausdrücklich die Berücksichtigung sozialer Belange vorsieht, hat der LWL eine Beschaffungsstrategie entwickelt, um Integrationsunternehmen verstärkt zu berücksichtigen. Von der Bedarfsdefinition und der Marktrecherche über die Wahl der Vergabeart und die Festlegung der Eignungs- und Zuschlagskriterien bis hin zur Formulierung vertraglicher Ausführungsbestimmungen[6] werden die Möglichkeiten zur direkten und indirekten Bevorzugung von Integrationsunternehmen bei jedem Auftrag des LWL genutzt.

Mit seiner neuen Beschaffungsstrategie konnte der LWL die Inklusion signifikant vorantreiben: Seit 2008 ist die Anzahl der Integrationsunternehmen in Westfalen-Lippe von 57 auf 158 gestiegen. Durch die verstärkte Beauftragung von Integrationsunternehmen trägt der LWL zur Entwicklung eines funktionierenden inklusiven Arbeitsmarktes bei. Die Integrationsunternehmen werden motiviert, sich bedarfs- und wettbewerbsorientiert weiterzuentwickeln. Innovativ ist auch der ganzheitliche Ansatz der Beschaffungsstrategie: Der Anreiz für Integrationsunternehmen, durch stärkere Berücksichtigung bei öffentlichen Aufträgen mehr behinderte Menschen zu beschäftigen, spart Kosten bei den Sozialausgaben. Gleichzeitig steigt die Zufriedenheit der behinderten Menschen durch die Teilnahme am ersten Arbeitsmarkt und die Anerkennung als sozialversicherungspflichtige Tätigkeit.

Dem dritten Preisträger, der **Polizei Sachsen**, ist es gelungen, durch die Integration von Elektrofahrzeugen in den traditionellen Fuhrpark die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu unterstützen. Elektrofahrzeuge werden vor allem als Funkstreifenwagen eingesetzt, die in der Öffentlichkeit sichtbar sind.

In einer ersten Projektphase erfolgte die Erprobung durch den Testbetrieb mit zehn geleasten Smart Fortwo Electric Drive (Smart ED) Fahrzeugen. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden führte die Begleitforschung durch. Mit Hilfe von Energiemengenzählern konnten u. a. das Routenprofil, der Energieverbrauch während des Ladevorganges und der Fahrten erfasst und somit Energiebilanzen

6 Z. B. Einsatz von Menschen mit Behinderung bei der Auftragsdurchführung mindestens 25 Prozent.

Abbildung 4

Quelle: Bewerbung der Polizei Sachsen zum Preis „Innovation schafft Vorsprung“ , Stand 17.10.2016

sowie die Wirtschaftlichkeit ermittelt werden. Testnutzer waren Bürgerpolizisten und Stabsmitarbeiter der Polizeidirektionen in der Tagesschicht.

Im nächsten Schritt wurde ein erweiterter Probebetrieb initiiert. Die Projektgruppe „Elektromobilität Polizei Sachsen“ wurde damit beauftragt, Elektrofahrzeuge zu beschaffen, diese in den Landesfuhrpark der sächsischen Polizei zu integrieren und den Aufbau nötiger Ladeinfrastruktur vorzubereiten. Dazu zählten auch die Auswahl eines geeigneten Nutzerkreises, die Auswahl geeigneter Elektrofahrzeuge und die Durchführung einer Standortanalyse zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur. Unterstützt wurde die Polizei Sachsen mit Fördermitteln der Sächsischen Energieagentur GmbH.

Als Nutzergruppen wurden die im Tagdienst eingesetzten Bürgerpolizisten, der Kurierdienst und der Kriminaldienst der Polizeireviere ausgewählt. Diese erfüllten die vorher definierte Voraussetzung: Ein-Schicht-Betrieb mit planbaren Strecken bis zu ca. 100 Kilometern/Tag. Die Fahrzeuge haben eine Reichweite von mindestens 140 Kilometern, Lademöglichkeiten nach DIN EN 62196 Typ 2 und verfügen über eine Haushaltssteckdose. Die Fahrzeuge wurden polizeitypisch ausgerüstet und beschriftet. Entsprechend den Fahrzeugstandorten erfolgte der Bau der Ladeinfrastruktur in Form von 44 Ladesäulen. An den Ladestationen wird der Energiemengenverbrauch der einzelnen Fahrzeuge erhoben. Alle Mitarbeiter, die die Elektrofahrzeuge führen oder Dienstleistungen am Fahrzeug erbringen, müssen eine entsprechende Zertifizierungsstufe erhalten. Im Projektzeitraum wird das Nutzungsverhalten durch Interviews, die Laufleistung der Elektrofahrzeuge durch das Führen eines speziellen Fahrtenbuches und die Wirtschaftlichkeit anhand verschiedener Faktoren untersucht. Ein weiterer Projektauftrag besteht in der Schaffung eines Abrechnungssystems für den Betrieb von Elektrofahrzeugen in der öffentlichen Verwaltung (Ermittlung einer Kilometerpauschale). Mit Ergebnissen ist bis Mitte 2018 zu rechnen.

Diese Beispiele der Preisträger der vergangenen Jahre zeigen, dass es öffentliche Beschaffer gibt, die ihr Beschaffungsvolumen zur Innovationsförderung nutzen und sich damit gleichzeitig für die Zukunft besser aufstellen. Es ist zu wünschen, dass ihre Anstöße Nachahmer finden und andere innovative Vorhaben inspirieren.

Kontakt: Cindy Lauke
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik

Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO_2-Mindestpreis zum Ziel haben

In seinem jüngsten Gutachten nimmt der Wissenschaftliche Beirat des BMWi die internationale Klimapolitik in den Blick. Im Interesse einer effektiven Klimapolitik empfiehlt das Gremium, einen CO_2-Mindestpreis zum Ziel internationaler Verhandlungen zu machen, statt auf national definierte und weitgehend unkoordinierte Klimaschutzbeiträge zu setzen. Das Klimaabkommen von Paris kann aus Sicht des Beirats das Klimaproblem nicht lösen. Bei künftigen Vereinbarungen gelte es zudem, stärker auf Reziprozität zu setzen: Ziel sollte ein Abkommen sein, das auf gemeinsame Verpflichtungen setzt und nicht bei unkoordinierten freiwilligen Selbstverpflichtungen stehenbleibt.

Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi hat am 06. Februar 2017 sein jüngstes Gutachten mit dem Titel „Die essenzielle Rolle des CO_2-Preises für eine effektive Klimapolitik“ veröffentlicht. Im Zentrum des Gutachtens steht die Forderung, eine gemeinsame Verpflichtung zur Einhaltung eines Mindestpreises für CO_2-Emissionen als Ziel internationaler Klimapolitik anzustreben. Dies erleichtere ein kooperatives Vorgehen im Sinne eines effektiven globalen Klimaschutzes; verbleibende Interessengegensätze könnten durch ein reziprok ausgestaltetes Abkommen ausgeglichen werden.

Paris als Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen

Auf der internationalen Klimakonferenz in Paris 2015 einigte sich die Staatengemeinschaft darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die einzelnen Staaten zu nationalen Klimaschutzbeiträgen verpflichtet, die regelmäßig überprüft und gesteigert werden müssen.

Die Gutachter stellen nun infrage, ob die bestehenden Übereinkünfte hinreichend sind, um das genannte Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Hoffnungen, wonach die Ambitionen der einzelnen Staaten, beim Klimaschutz voranzugehen, zu einer globalen Aufwärtsspirale der Klimaschutzanstrengungen führten, teilt der Beirat nicht. Gegen eine solche Hoffnung auf eine sich selbst verstärkende, positive Dynamik sprächen die Erkenntnisse der Kooperationsforschung, die das Gegenteil befürchten ließen: Kooperation sei ohne eine reziproke, gemeinsame Verpflichtung instabil. Auch sei es riskant, darauf zu „wetten“, dass erneuerbare Energien so günstig werden, dass der Einsatz fossiler Energieträger größtenteils unrentabel werde. Stattdessen sind die Experten überzeugt, dass effektiver Klimaschutz nur im Rahmen einer kooperativen und auf Gegenseitigkeit beruhenden internationalen Vereinbarung gelingen kann. Als Ausgangspunkt für eine entsprechende Weiterentwicklung der weltweiten Klimaarchitektur könnten die G20 dienen, bei der Deutschland 2017 die Präsidentschaft innehat.

Was für einen internationalen CO_2-Mindestpreis spricht

Kernbestandteil eines künftigen Abkommens sollte nach Auffassung des Beirats eine gemeinsame Verpflichtung der Staatengemeinschaft sein, einen Mindestpreis für CO_2-Emissionen einzuführen. Ein solcher globaler Mindestpreis für CO_2 würde einheitliche Voraussetzungen für eine effiziente Internalisierung der externen Effekte von Treibhausgasemissionen schaffen. Er würde zudem in allen Ländern die gleichen „marginalen" Anreize zur Emissionsvermeidung setzen, so dass die Emissionen tendenziell dort vermieden würden, wo die Einsparungen am kostengünstigsten sind.

Aus Sicht des Beirats liegen die Vorteile eines CO_2-Mindestpreises jedoch nach den Erkenntnissen der Kooperationsforschung vor allem darin begründet, dass hierdurch eine stabile internationale Kooperation wahrscheinlicher wäre. Hierzu werden insbesondere folgende Argumente angeführt:

- Während bei der Festsetzung nationaler Emissionsmengen alle Staaten ökonomische Anreize haben, möglichst wenige Einsparungen vorzunehmen bzw. möglichst viele Verschmutzungsrechte zu erhalten, fiele die Interessenlage bei der Vereinbarung eines CO_2-Mindestpreises deutlich homogener aus. Eine Einigung zur Aufteilung einer globalen Emissionsmenge auf nationale Verpflichtungen wäre nicht mehr erforderlich.

- Eine (relative) Vereinheitlichung der CO_2-Preise würde zu einem wettbewerbsneutralen Klimaschutz führen, was das Konfliktpotenzial ebenfalls reduzieren würde.

- Auf welche Weise der CO_2-Mindestpreis durchgesetzt wird, bliebe den jeweiligen Staaten bzw. Regionen überlassen, was für zusätzliche Flexibilität sorge. Eine globale Preisverpflichtung sei mit einer Reihe von nationalen und lokalen Instrumenten vereinbar. Neben Emissionshandelssystemen und Steuern auf fossile Brennstoffe bestünde dabei auch die Option, beide Instrumente zum Beispiel mit Blick auf unterschiedliche Sektoren zu kombinieren.

- Die öffentlichen Einnahmen aus einer CO_2-Bepreisung würden dem jeweiligen Staat zur Verfügung stehen. Internationale Verteilungskonflikte über Emissionsrechte könnten so vermieden werden. Die Erlöse aus der Bepreisung von CO_2 könnten genutzt werden, um zum Beispiel verzerrende Steuern abzubauen oder in Infrastruktur zu investieren.

Die Einhaltung des CO_2-Mindestpreises könnte nach Ansicht des Beirats anhand des Verhältnisses von öffentlichen Einnahmen aus der Veräußerung von Emissionsrechten bzw. bestehender CO_2-Steuern und der gesamten Menge an CO_2-Emissionen in einem Land gemessen werden.

Klimapolitik und G20*-Präsidentschaft Deutschlands

Seit Beginn der G20-Treffen setzt sich Deutschland dafür ein, dass der Dialog über den Klimaschutz und über die Herausforderungen einer nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung fest auf der G20-Agenda etabliert ist. In der Energieexpertengruppe mit mehreren Untergruppen befasst sich die G20 u. a. mit dem Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Energien. Der geplante Subventionsabbau soll zu einheitlicheren und höheren CO_2-Preisen und somit zu einer effizienten Vermeidung von Treibhausgasemissionen führen. Die Bundesregierung hat das Thema „Carbon-Pricing" zu einem wichtigen Element ihrer G20-Präsidentschaft gemacht.

* vgl. Kasten „G20", S. 7

Reziprozität als mögliches Grundprinzip

Um das Einhalten von Klimaschutzzusagen sicherzustellen, spricht sich der Beirat zudem für ein Mehr an Reziprozität aus. Sofern die klimapolitischen Bemühungen einzelner Staaten sich auf das Verhalten anderer teilnehmenden Staaten auswirken, reduziert dies das „Gemeinschaftsgutproblem“ des Klimaschutzes. Um verbleibende Interessengegensätze auszugleichen, könnten entsprechende Belohnungs- und im Zweifel auch Bestrafungsmechanismen Anwendung finden. Hierbei könnten etwa der Green Climate Fund oder Strafzölle eine Rolle spielen.

Muss ein globaler CO_2-Mindestpreis ein Gegensatz zum Paris-Abkommen sein?

Das Beiratsgutachten enthält wichtige Überlegungen zur Fortführung der internationalen Klimapolitik. Das Paris-Abkommen, das der Beirat eher kritisch bewertet, hat die Grundlage für eine weltweite Kooperation geschaffen und ein klimapolitisches Ziel implementiert. Insofern kann es auch als ein Ausgangspunkt für die Verbreitung von Carbon-Pricing-Systemen gesehen werden. Das Pariser Abkommen ist für kooperative Ansätze der Staaten offen. Dies betrifft sowohl den Handel von Emissionsminderungen als auch den Zusammenschluss von verschiedenen Emissionshandelssystemen. Solche bi- oder multilateralen Vereinbarungen – zum Beispiel im Rahmen der G20 – könnten das Paris-Abkommen sinnvoll um Preisinstrumente ergänzen.

Kontakt: Dr. Johannes Vatter
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Stärkere Fokussierung beim Ökodesign

Europäische Kommission setzt im Arbeitsplan 2016 – 2019 auf Produktgruppen mit großem Energieeinsparpotenzial

Die Europäische Kommission hat am 30. November 2016 als Teil des sogenannten Winterpakets zur Energiepolitik auch den lang erwarteten Arbeitsplan für Ökodesign 2016 – 2019 veröffentlicht. Der Arbeitsplan umfasst Arbeiten zum Ökodesign und zum Energie-Label. Der Fokus soll dabei auf Produktgruppen liegen, die ein erhebliches Energieeinsparpotenzial aufweisen, wie z. B. Automatisierungs- und Kontrollsysteme von Gebäuden.

Ökodesign und Energie-Label als Erfolgsgeschichte

Ökodesign regelt die umweltgerechte Gestaltung von Produkten. Für einzelne Produktgruppen werden Mindeststandards, insbesondere zur Energieeffizienz, festgelegt. Nur wenn diese Anforderungen erfüllt sind, dürfen energieverbrauchsrelevante Produkte auf dem europäischen Binnenmarkt in Verkehr gebracht werden. Derzeit bestehen 28 EU-Durchführungsverordnungen, die produktspezifische Anforderungen auf Grundlage der Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG festlegen. Ziel von Ökodesign ist es, durch die Harmonisierung umweltbezogener Produktanforderungen das Funktionieren des Binnenmarktes für diese Produkte zu gewährleisten. Dies stellt ein „level playing field“ für deutsche Hersteller sicher, die sich bereits selbst der Entwicklung energieeffizienter Produkte verschrieben haben. Das bei Haushaltsgeräten bekannte Energie-Label macht die Energieeffizienz der Produkte über die Ökodesign-Anforderungen hinaus für den Verbraucher sichtbar. Dadurch wird für mehr Wettbewerb zwischen den Herstellern gesorgt. Ein harmonisierter und kompetitiver Binnenmarkt stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie langfristig und sichert somit Investitionen und Arbeitsplätze.

Darüber hinaus können die Regelungen zu Ökodesign und Energie-Label einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der europäischen Klima- und Energieziele leisten. Laut der EU-Kommission soll durch beide Instrumente bis 2020 eine jährliche Energieeinsparung erreicht werden, die 175 Millionen Tonnen Öleinheiten entspricht. Das übertrifft den jährlichen Primärenergieverbrauch Italiens. Die Einsparungen werden gegenüber einem „Business-as-usual“-Szenario ermittelt, welches extrapoliert, wie sich der Energieverbrauch ohne Maßnahmen im Ökodesign und Energie-Label entwickelt hätte. Durch den sinkenden Energieverbrauch würde ein durchschnittlicher europäischer Haushalt laut Kommission im Jahr 2020 490 Euro pro Jahr sparen. Eine alternative Bottom-Up-Abschätzung von Verbraucherschutzorganisationen kommt auf einen ähnlichen Betrag.[1]

1 ANEC und BEUC ermitteln für einen 3-Personen-Haushalt eine jährliche Einsparung von 454 Euro durch Ökodesign und Energie-Label.

Kritische Stimmen: vom Glühbirnenverbot bis zum Brexit

Trotz dieser Vorteile stehen manche Verbraucher dem Ökodesign ablehnend gegenüber. Bereits 2009 löste das „Verbot" der konventionellen Glühbirne eine starke Protestwelle unter Verbrauchern aus. Die Kritiker fühlten sich von den „europäischen Technokraten" in ihren Kaufentscheidungen eingeschränkt. Einwände gab es auch gegen die Regelung von Energieeffizienzanforderungen für Staubsauger. Schließlich wurde dem im Herbst 2015 vorgelegten Entwurf eines neuen Arbeitsplans der Kommission sogar eine Mitschuld am Brexit angelastet. Denn der Arbeitsplan sollte ursprünglich auch Toaster und Föne erfassen: Produkte, die traditionell auch im Vereinigten Königreich gefertigt werden.

Die Kritik in der Presse und der Bevölkerung an der angeblichen europäischen Regulierungswut führte 2016 schließlich zu einem weitgehenden Stillstand in der EU-Kommission in Sachen Ökodesign und Energie-Label. Der Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, hatte bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft angekündigt, sich auf die wichtigen Dinge zu konzentrieren („big on big things and small on small things", Antrittsrede am 10. September 2014). Im Hinblick auf Ökodesign heißt das, dass nur noch die Produkte auf Ökodesignanforderungen untersucht werden sollen, die auch ein erhebliches Einsparpotenzial aufweisen, wie z. B. Automatisierungs- und Kontrollsysteme von Gebäuden, die durch eine genaue und effektive Steuerung von Heizungen und Gebäudetechnik für Energieeinsparungen sorgen können. Produkte, die ein geringeres Einsparpotenzial bieten, aber deren Regulierung für Unmut bei den Verbrauchern sorgt, sollen dagegen nicht geregelt werden. Hierzu zählen z. B. wassersparende Duschköpfe sowie Toaster und Föne.

Arbeitsplan Ökodesign

Die Kommission erstellt einen Arbeitsplan für drei Jahre, der die Produktgruppen benennt, die auf Möglichkeiten der Steigerung der Energieeffizienz untersucht werden sollen. Zur Erstellung eines Arbeitsplans ist die Kommission gemäß Artikel 16 der Ökodesign-Richtlinie verpflichtet. Der Arbeitsplan Ökodesign dient auch der Planung der Arbeiten beim Energie-Label. Um mögliche Produktgruppen zu identifizieren, die Energieeinsparpotenzial aufweisen, gibt die Kommission zunächst eine Studie in Auftrag. Bei der Festlegung der Produktgruppen hört die Kommission Stakeholder (Verbände, Mitgliedstaaten) an, ist jedoch nicht an deren Stellungnahmen gebunden.

Tabelle 1: Geschätzte Energieeinsparungen der neuen Produktgruppen aus dem Arbeitsplan 2016 – 2019

Produktgruppe	Geschätzte jährliche Energieeinsparungen ggü. „business-as-usual“ 2030 in TWh
Automatisierungs- und Kontrollsysteme von Gebäuden	30
Elektrische Wasserkocher	12
Handtrockner	12
Aufzüge	8
Solarpaneele und Solarwechselrichter	6
Kühlcontainer	6
Hochdruckreiniger	3

Quelle: interne Mitteilung der EU-Kommission vom 21. Oktober 2016, SEC(2016) 446, OJ 2187

Neuausrichtung im Arbeitsplan 2016 – 2019

Der dritte und aktuelle Arbeitsplan der Kommission sieht sieben neue Produktgruppen vor, die auf Energieeffizienzanforderungen untersucht werden sollen.

Außerdem werden Produktgruppen aus dem letzten Arbeitsplan aufgenommen, zu denen es noch keine Regelungen gibt, wie z. B. gewerbliche Kühlgeräte und Waschmaschinen. Zudem stehen bis einschließlich 2019 die Revisionen von 22 bestehenden Verordnungen an. So haben Überprüfungsstudien bedeutende zusätzliche Einsparpotenziale z. B. bei Fernsehgeräten und Beleuchtungsprodukten identifiziert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird sich dafür einsetzen, dass auch bei laufenden Studien und Überarbeitungen eine Konzentration auf wesentliche Aspekte, wie hohe Energieeinsparungen, stattfindet und realistische Produktanforderungen gewählt werden.

Damit Ökodesign und Energie-Label auch bei Verbrauchern eine Imageaufwertung erfahren, wollen die EU-Kommissare in Zukunft die „politische Verantwortung“ für die Regelungen übernehmen. Wenn das Kollegium der EU-Kommissare selbst nur noch im Jahresrhythmus entscheidet, bedeutet dies allerdings eine erhebliche Verzögerung. Bisher wurden Entscheidungen zu Ökodesign und Energie-Label über das Jahr verteilt auf der Arbeitsebene der Kommission getroffen. Noch sind die praktischen Auswirkungen des neuen Vorgehens nicht klar. Aber das BMWi wird einen Stillstand bei der Weiterentwicklung des Ökodesigns und des Energie-Labels wie schon im letzten Jahr nicht hinnehmen. Damals hatte sich Wirtschaftsminister Gabriel persönlich für eine zügige Veröffentlichung des Arbeitsplans eingesetzt.

Ökodesign soll laut dem Arbeitsplan zukünftig einen größeren Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten und an die entsprechenden Ratsschlussfolgerungen anknüpfen. Die Festlegung von Anforderungen an die Materialeffizienz, wie z. B. die Wiederverwendbarkeit und die Reparierbarkeit, ist auf Grundlage der Ökodesign-Richtlinie bereits möglich, wird derzeit aber noch wenig genutzt. Grund hierfür ist unter anderem das Fehlen geeigneter Messnormen.

Des Weiteren sieht der Arbeitsplan vor, dass die Zusammenarbeit der Marktüberwachungsbehörden der Mitgliedstaaten – in Deutschland sind die Bundesländer zuständig – durch effektiveren, internationalen Austausch gestärkt werden soll. Dadurch soll der Anteil von Produkten im Binnenmarkt, die gegen Anforderungen von Ökodesign und Energie-Label verstoßen, reduziert werden. Verschiedene Studien bemessen den Anteil der Produkte, die die Anforderungen nicht einhalten, auf durchschnittlich zehn bis 25 Prozent.

Nachdem mit den bisher umgesetzten Regelungen bis 2020 bereits Einsparungen in Höhe des Primärenergieverbrauchs von Italien avisiert sind, sollen die im Arbeitsplan 2016 – 2019 zusätzlich vorgesehenen jährlichen Einsparungen bis 2030 dem jährlichen Verbrauch von Schweden entsprechen. Mit der Veröffentlichung des Arbeitsplans hat die Kommission einen wichtigen Schritt zur Fortsetzung der Arbeiten bei Ökodesign und Energie-Label gemacht. So können gemäß dem Motto „Big on big things“ mit dem richtigen Augenmaß auch zukünftig erhebliche Energieeinsparungen erzielt werden. Für eine genaue Bewertung – auch hinsichtlich der tatsächlichen Einsparpotenziale und der Effizienz der Regelungen – bleiben allerdings die Produktstudien der Kommission abzuwarten.

Kontakt: Olga Milanin und Jens Pohlmann
Referat: Industriepolitische Aspekte der Energieversorgung, Energiebesteuerung

II.
Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: abwartende Haltung.

Die Aussichten für die Weltwirtschaft bleiben verhalten.[1] Nach der leichten Abschwächung im vergangenen Jahr dürfte die Dynamik in diesem Jahr etwas zunehmen. In den Vereinigten Staaten hat sich das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal nach einem guten Vorquartal etwas abgeschwächt. Im Euroraum hat die Wirtschaft ihr Expansionstempo stabilisiert. Die Wachstumsaussichten für Japan bleiben etwas moderater. Von den Schwellenländern verzeichnete China zuletzt wieder ein eher konstantes Wachstum. Die immer noch relativ schwachen chinesischen Importe dämpfen den Welthandel. Die Wachstumsaussichten für Indien haben sich vorübergehend etwas verschlechtert. Mit den anziehenden Rohstoffpreisen dürften Russland und Brasilien ihre Rezession verlassen.

Die monatlichen Indikatoren zur Lage der Weltwirtschaft deuten auf eine moderate Dynamik hin. Die weltweite Industrieproduktion wurde zuletzt etwas stärker ausgeweitet. Der weltweite Einkaufsmanager Index von Markit verbesserte sich zu Beginn des neuen Jahres leicht auf gutem Niveau. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima hat sich im ersten Quartal erneut aufgehellt. Insgesamt deuten die Indikatoren auf ein leicht anziehendes Expansionstempo der Weltwirtschaft hin.

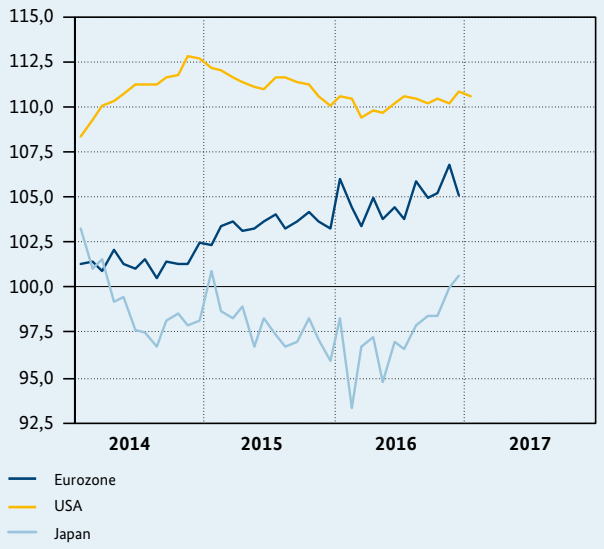
Der Internationale Währungsfonds erwartet in seiner Prognose vom Januar ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,4 % für dieses Jahr, nach 3,1 % im vergangenen Jahr. Die Risiken für die globale Wirtschaft bleiben allerdings beachtlich. Die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich stellen Neuland für die Europäische Union dar und die Ausrichtung der Politik in den Vereinigten Staaten ist noch nicht festgelegt. Die realwirtschaftlichen Akteure verharren daher in einer eher abwartenden Haltung.

USA: hohe Erwartungen an den Märkten.

Das Wachstumstempo in den Vereinigten Staaten hat sich im vierten Quartal auf saison- und kalenderbereinigt 0,5 % im Vergleich zum Vorquartal etwas verlangsamt. Insbesondere der Außenhandel belastete die wirtschaftliche Dynamik. Positiv sind dagegen die steigenden Ausrüstungsinvestitionen. Im Gesamtjahr nahm das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 % zu.

Die Industrieproduktion enttäuschte zuletzt. Sie wurde im Januar etwas eingeschränkt. Die Frühindikatoren insgesamt deuten aber auf eine positive weitere Entwicklung hin. Der zusammengesetzte Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen stieg im Januar auf 55,8

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)					
	2015 Q4	**2016 Q1**	**2016 Q2**	**2016 Q3**	**2016 Q4**
Euroraum	0,5	0,5	0,3	0,4	0,4
USA	0,2	0,2	0,4	0,9	0,5
Japan	-0,3	0,6	0,4	0,3	0,2
Arbeitslosenquote Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)					
	Sept.	**Okt.**	**Nov.**	**Dez.**	**Jan.**
Euroraum	9,8	9,7	9,7	9,6	-
USA	4,9	4,8	4,6	4,7	4,8
Japan	3,0	3,0	3,1	3,1	-
Verbraucherpreise Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)					
	Sept.	**Okt.**	**Nov.**	**Dez.**	**Jan.**
Euroraum	0,4	0,5	0,6	1,1	1,8
USA	1,5	1,6	1,7	2,1	-
Japan	-0,5	0,2	0,5	0,3	-

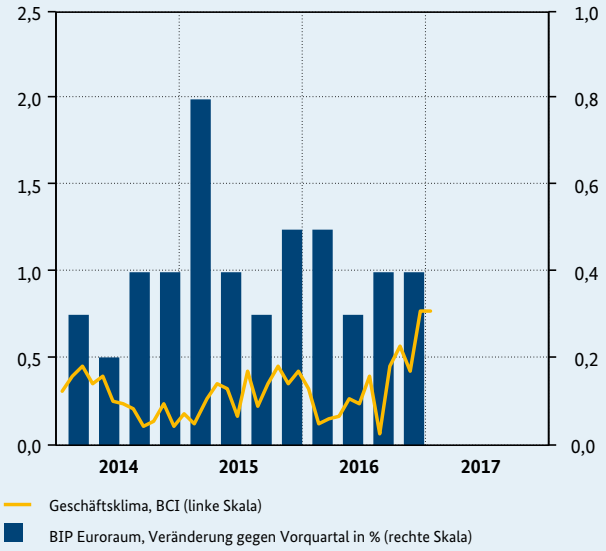
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Februar 2017 vorlagen.

Punkte. Auch der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe erhöhte sich im Januar leicht auf 56,0 Punkte. Die Beschäftigung nahm im Januar um 227.000 Personen kräftig zu. Die insgesamt niedrige Arbeitslosenquote erhöhte sich hingegen leicht von 4,7 % auf 4,8 %.

Der gute Arbeitsmarkt, die verstärkte Investitionstätigkeit der Unternehmen und die hohen Stimmungswerte deuten auf eine anhaltende wirtschaftliche Dynamik hin. Die Erwartungen an den Finanzmärkten und die politischen Risiken sind jedoch derzeit hoch. Da die Ausrichtung der Politik in den Vereinigten Staaten noch nicht offengelegt ist, bleibt unklar, in welche Richtung die Realwirtschaft genau steuern wird. Der Internationale Währungsfonds geht in seiner Prognose vom Januar von einer beschleunigten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,3 % in diesem Jahr aus.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Japan: mit moderatem Wachstum.

Im vierten Quartal 2016 ist das BIP in Japan mit 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal gestiegen. Damit war die Zuwachsrate vier Quartale in Folge positiv, allerdings mit stetig rückläufiger Tendenz. Die privaten Konsumausgaben stagnierten. Die Unternehmensinvestitionen sowie die Exporte wurden kräftig ausgeweitet.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wurde im Dezember erhöht. Die Bestellungen fielen im Jahresschlussquartal stärker aus. Der Markit-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe konnte im Januar einen Zuwachs verzeichnen. Er befindet sich seit September durchgehend oberhalb der Wachstumsschwelle. Der Tankan-Index zeigt für das erste Quartal 2017 zum zweiten Mal in Folge eine stabile Entwicklung an.

Der Internationale Währungsfonds hat im Januar seine Prognose für das Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte auf 0,8 % nach oben korrigiert. Die Wachstumsaussichten bleiben damit moderat.

Euroraum und EU: stabile Aussichten.

Das Wirtschaftswachstum im Euroraum ist mit 0,4 % im vierten Quartal stabil geblieben. Die Schnellmeldung für das Eurogebiet musste allerdings um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert werden. Die moderate Erholung dürfte sich fortsetzen.

Auch in der Europäischen Union insgesamt blieben die Zuwachsraten im vierten Quartal mit 0,5 % stetig. Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich nahm zum dritten Mal in Folge mit 0,6 % stabil zu. Ein deutlicher direkter Brexit-Einschnitt ist von daher bislang nicht erkennbar.

Die Industrieproduktion im Euroraum ist im Dezember im Vergleich zum November um 1,6 % gesunken. Die Stimmungsindikatoren befinden sich aber mehrheitlich auf einem sehr hohen Niveau. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission verharrte im Januar auf seinem positiven Stand. Der Einkaufsmanagerindex von Markit konnte im Januar erneut zulegen und befindet sich oberhalb der Wachstumsschwelle. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote sank im Dezember leicht auf 9,6 %.

Der Internationale Währungsfonds hat im Januar seine Prognose für das Wirtschaftswachstum im Eurogebiet um 0,1 Prozentpunkte auf 1,6 % nach oben korrigiert. Dies entspricht auch der jüngsten Prognose der Europäischen Kommission. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie stark der Brexit-Prozess die Wirtschaftsaktivität in Europa unmittelbar beeinträchtigen wird.

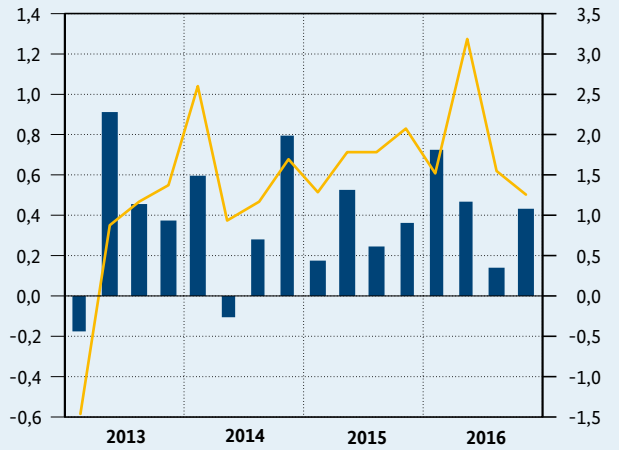
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die wirtschaftliche Aktivität hat sich zum Jahresende 2016 beschleunigt.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresschlussquartal belebt.[2] Nach dem schwächeren Wachstum im Sommerquartal um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,1 % nahm ihre Wirtschaftsleistung im vierten Quartal wieder beschleunigt um 0,4 % zu.[3 4] Die maßgeblichen Impulse kamen erneut von der Binnenwirtschaft. Die Konjunkturindikatoren sprechen für einen soliden Start in das Wirtschaftsjahr 2017. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft ist gut und die Beschäftigung nimmt, wenn auch etwas verhaltener, weiter zu. Die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe haben im Jahresschlussquartal 2016 einen deutlichen Schub erhalten. Alles in allem dürfte dies zu einer weiteren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung im ersten Quartal 2017 sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungsbereichen führen. Allerdings bleiben Unsicherheiten insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld bestehen.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA

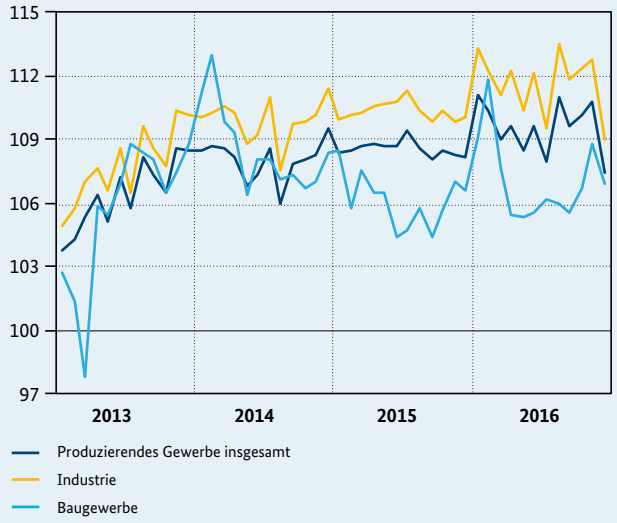
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion belebt sich, wenn auch Sondereffekte im Dezember das Ergebnis drückten.

Auftragseingänge und Stimmung in den Unternehmen deuten auf einen guten Start in das Jahr 2017 hin.

Im vierten Quartal 2016 blieb die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe gegenüber dem dritten Quartal 2016 mit -0,1 % nahezu unverändert. Die Produktion sank im Dezember im Vergleich zum Vormonat deutlich um 3,0 %, nach moderaten Zuwächsen in den beiden Vormonaten. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass zwischen den Jahren überdurchschnittlich viele Arbeitstage lagen und damit die kurzurlaubsbedingten Produktionsausfälle stärker ins Gewicht fielen als üblich. Das Produktionsergebnis des Januars sollte schon aus diesem Grund kräftig anziehen.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Februar 2017 vorlagen.
3 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2016 vom 14. Februar 2017.
4 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Dieser Sondereffekt gilt auch und gerade für die Industrie. Nach zwei Monaten mit leichtem Wachstum nahm die Industrieproduktion im Dezember um 3,4 % ab. Besonders stark sank die Produktion von Investitionsgütern (-5,4 %). Aber auch Konsum- und Vorleistungsgüter verzeichneten im Dezember spürbare Produktionsrückgänge (-3,1 % und -1,1 %). Auffällig war der kräftige Produktionsrückgang im Wirtschaftsbereich Maschinenbau, der allerdings im Vormonat deutlich expandierte. Im vierten Quartal erzeugte die Industrie damit letztlich 0,2 % weniger als im dritten Quartal.

Industrie

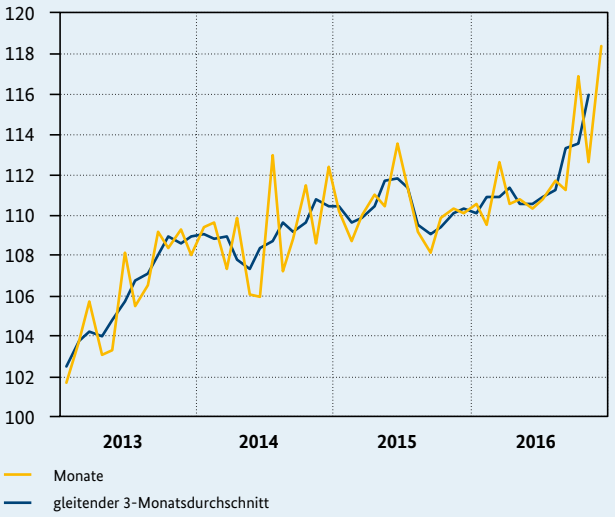
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Produktion					
Insgesamt	0,1	-0,2	0,4	0,4	-3,4
Vorleistungsgüter	0,0	0,7	-0,1	0,9	-1,1
Investitionsgüter	0,3	-0,8	1,0	0,0	-5,4
Konsumgüter	-0,1	-0,7	0,1	0,6	-3,1
Umsätze					
Insgesamt	-0,2	0,4	0,2	0,8	-3,0
Inland	-0,7	0,7	0,0	0,8	-1,3
Ausland	0,3	0,0	0,3	0,9	-4,7
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,6	4,2	5,0	-3,6	5,2
Inland	-2,0	6,1	5,7	-2,8	6,7
Ausland	2,5	2,9	4,6	-4,2	3,9
Vorleistungsgüter	0,3	3,2	1,9	0,9	-0,6
Investitionsgüter	1,2	4,9	7,3	-6,8	9,7
Konsumgüter	-2,3	3,8	1,8	2,1	-1,8

Quellen: StBA, BBk

Synchron zur Produktion verringerten sich die Industrieumsätze im Dezember. Die Umsätze im Inland nahmen um 1,3 % ab, die Auslandsumsätze um 4,7 %. Im vierten Quartal legten die Industrieumsätze aber leicht um 0,4 % zu.

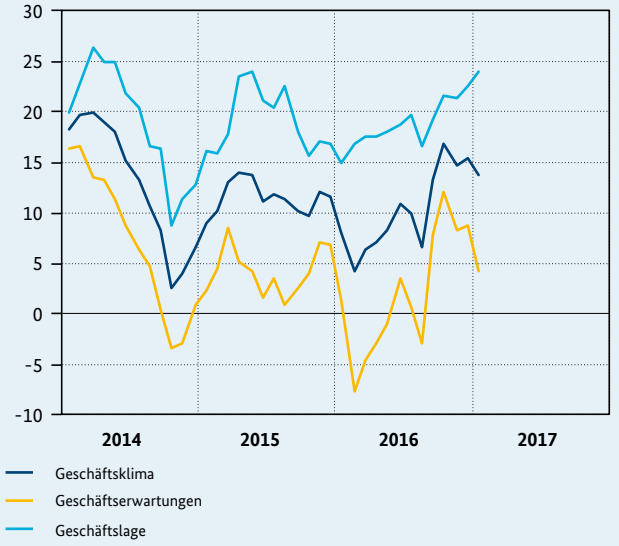
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge stiegen im Dezember 2016 kräftig um 5,2 % und haben damit den merklichen Rückgang im November (-3,6 %) mehr als wettgemacht. Allerdings war darin auch ein weit überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen enthalten, die nicht kurzfristig zu einem Produktionsanstieg führen. Die Entwicklung im vierten Quartal insgesamt war, bei starker monatlicher Volatilität, spürbar aufwärtsgerichtet (+4,2 %). Die Bestellungen sowohl aus dem Inland (+6,1 %) als auch dem Ausland (+2,9 %) nahmen kräftig zu. Die Nachfrage nach Investitionsgütern stieg mit einer Rate von 4,9 % noch stärker als die nach Konsum- und Vorleistungsgütern (+3,8 % bzw. +3,2 %). Die weiterhin lange Reichweite des Auftragsbestands von 5,1 Monaten zeigt, dass die Auftragsbücher im Verarbeitenden Gewerbe gut gefüllt sind.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Auch die vorausschauenden umfragebasierten Konjunkturindikatoren deuten auf positive Aussichten für das Verarbeitende Gewerbe hin. Das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe ist im Januar zwar vom Zwei-Jahres-Höchstwert im Oktober noch etwas zurückgefallen. Der Markit/BME-Einkaufsmanagerindex erreichte hingegen ein Drei-Jahres-Hoch. Insgesamt sprechen die vorausschauenden Indikatoren und auch die Auftragseingänge für eine gewisse Belebung der Industriekonjunktur in den kommenden Monaten.

Die Produktion im Baugewerbe sank im Dezember ebenfalls (-1,7 %) nach einem deutlicheren Zuwachs im November. Während das Ausbaugewerbe die Produktion geringfügig erhöhen konnte, schränkte das Bauhauptgewerbe die Aktivität um 3,3 % ein. Insgesamt konnte die Bauwirtschaft im Jahresschlussquartal 2016 die Produktion aber um 1,6 % ausweiten.

Baugewerbe

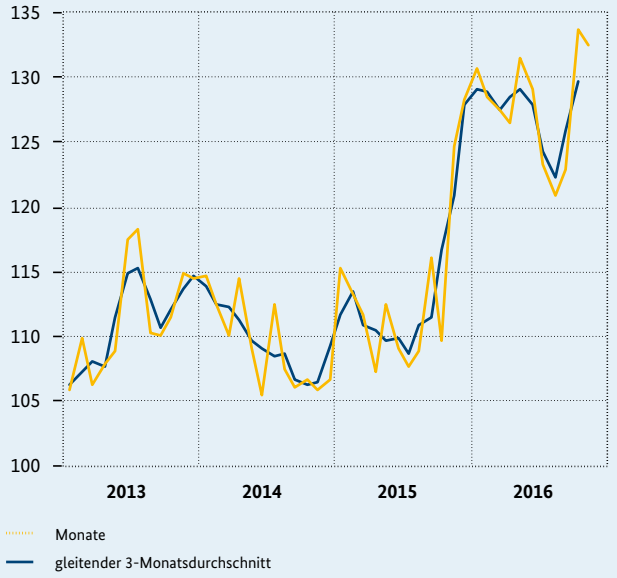
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion					
	Q3	**Q4**	**Okt.**	**Nov.**	**Dez.**
Insgesamt	0,4	1,6	1,1	2,0	-1,7
Bauhauptgewerbe	2,0	2,8	2,0	3,7	-3,3
Ausbaugewerbe	-1,4	0,1	0,1	-0,1	0,2
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe					
	Q2	**Q3**	**Sept.**	**Okt.**	**Nov.**
Insgesamt	0,2	-5,2	1,7	9,0	-1,0
Hochbau	6,1	-5,8	2,7	3,6	-0,1
Wohnungsbau*	-0,6	-0,8	14,1	-8,8	11,6
Gewerblicher*	15,9	-10,7	-8,7	16,8	-11,5
Öffentlicher*	-5,9	-1,8	7,7	5,9	4,4
Tiefbau	-6,3	-4,7	0,5	15,3	-1,9
Straßenbau*	-10,7	-0,6	2,5	5,5	12,2
Gewerblicher*	-0,9	-8,9	-0,2	19,8	0,2
Öffentlicher*	-6,5	-4,7	-1,9	23,4	-20,5
Öffentlicher Bau insg.	-8,4	-2,2	1,9	11,8	-1,7

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bewegen sich weiterhin auf sehr hohem Niveau. Sie sanken zwar im November leicht um 1,0 % gegenüber Oktober, allerdings waren die Auftragseingänge in den beiden Vormonaten auch sehr kräftig gestiegen. Gewerbliche und öffentliche Besteller vergaben zurückhaltender, während im Wohnungsbau (+11,6 %) nach einem schwachen Vormonat deutlich

mehr Aufträge eingingen. Im aussagefähigeren Dreimonatsvergleich nahmen die Aufträge um 4,3 % zu und dabei besonders kräftig im Tief- und im Wohnungsbau. Auch die Vorjahreswerte werden deutlich übertroffen.

Die Stimmung in der Baubranche bleibt im langjährigen Vergleich gut. Der ifo Geschäftsklimaindex hat im Januar zwar etwas eingebüßt, erreichte aber bei der Lagebeurteilung ein neues Allzeithoch. Insgesamt bleiben damit die konjunkturellen Perspektiven für die Bauwirtschaft ausgezeichnet.

3. Privater Konsum

Der private Konsum trug auch 2016 maßgeblich die deutsche Konjunktur.

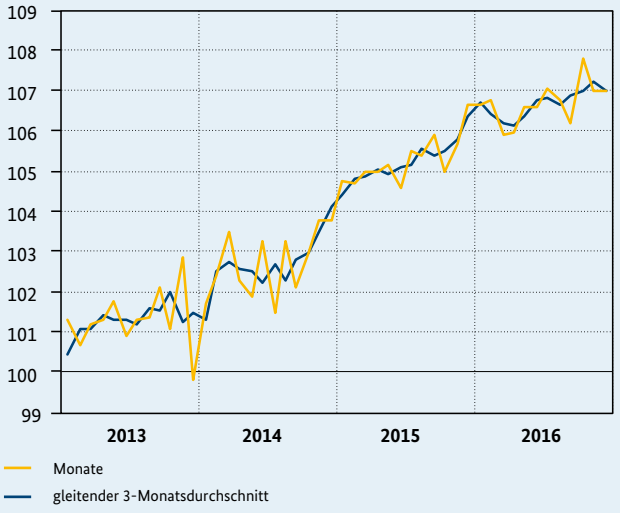
Seine Perspektiven bleiben gut.

Der private Konsum war auch im Jahr 2016 das tragende Fundament der deutschen Wirtschaft. Gegenüber dem Vorjahr legten die privaten Konsumausgaben preisbereinigt um 2,0 % zu und leisteten mit 1,1 Prozentpunkten wie im Vorjahr den größten Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Dahinter stehen vor allem eine gute Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie der bis zum November 2016 sehr moderate Anstieg der Verbraucherpreise.

In der zweiten Jahreshälfte haben sich die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) weiterhin positiv entwickelt. Nach einem kräftigen Wachstum von 1,5 % zu Beginn des vierten Quartals gingen die Umsätze im November wieder um 0,7 % zurück und blieben im Dezember unverändert. Im Vergleich zum Vorquartal ergab sich im vierten Quartal insgesamt aber eine Belebung.

Der Handel mit Kraftfahrzeugen, der allerdings auch gewerbliche Käufe einschließt, hatte sich in der zweiten Jahreshälfte nach einer vorübergehenden Seitwärtsbewegung wieder stark beschleunigt. Die Wachstumsdynamik der letzten zwei Jahre konnte so fortgesetzt werden. Im November zogen die Umsätze saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat um 1,3 % an. Zusammen mit der schwachen Entwicklung der privaten Neuzulassungen ist damit insgesamt mit einer eher moderaten Entwicklung des Kfz-Handels im vierten Quartal zu rechnen.

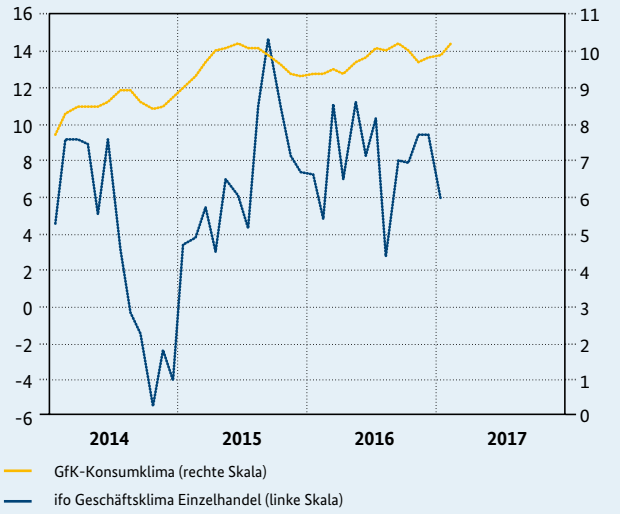
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich nach Aufhellung seit August im Januar wieder etwas eingetrübt. Dennoch befindet es sich weiterhin auf hohem Niveau und liegt über dem Durchschnittswert der letzten Jahre. Auf der Verbraucherseite stieg die Kauflaune weiter an. Das GfK-Konsumklima hatte sich seit seinem Höchststand im Herbst zwar etwas eingetrübt, stieg zuletzt aber wieder sehr deutlich an und bewegt sich ebenfalls auf hohem Niveau. Die Perspektiven für den privaten Konsum bleiben daher trotz des wieder etwas stärkeren Preisauftriebs günstig.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

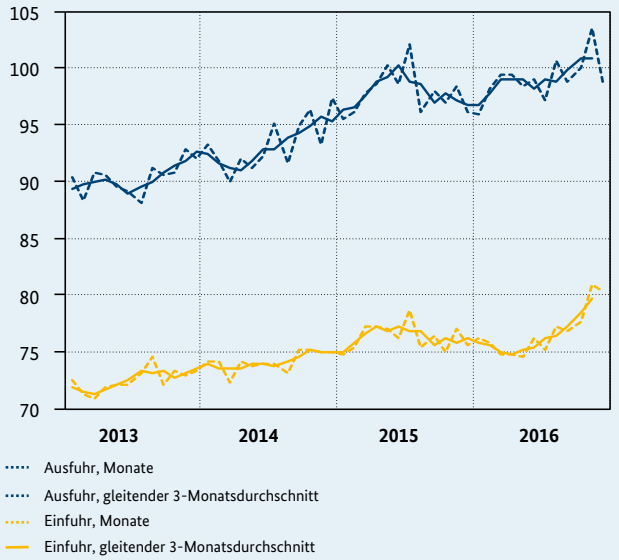
Die Ausfuhren waren zum Jahresabschluss schwach.

Insgesamt sind im vierten Quartal vom Außenhandel negative Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgegangen.

Nach den vorläufigen Ergebnissen aus der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank wurden im Jahr 2016 von Deutschland Waren und Dienstleistungen im neuen Rekordwert von 1.442,4 Mrd. Euro exportiert (+1,9 %). Dem standen Importe in Höhe von 1.199,2 Mrd. Euro (+1,0 %) gegenüber. Der Leistungsbilanzsaldo erhöhte sich um rund 13 Mrd. Euro auf 266 Mrd. Euro. Das entspricht etwa 8,5 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016.

Im Dezember 2016 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im Wert von 120,0 Mrd. Euro ausgeführt. Bei saisonbereinigter Betrachtung waren dies 5,8 % weniger als im Vormonat. Dennoch haben die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im vierten Quartal insgesamt um 1,9 % zugenommen.

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen sind dagegen im Dezember saisonbereinigt nur um 1,0 % zurückgegangen. Aufgrund steigender Ölpreise haben die Einfuhrpreise im Dezember deutlich angezogen. Im vierten Quartal insgesamt legten die Einfuhren mit +4,0 % deutlich stärker zu als die Ausfuhren. Damit sind im vierten Quartal auch bei realer Betrachtung vom Außenhandel negative Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgegangen.

Der saisonbereinigte Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im Dezember mit 14,7 Mrd. Euro unter dem Niveau vom November. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank für Dezember 2016 auf saisonbereinigt 17,0 Mrd. Euro und damit deutlich weniger als im November. Im Verlauf ging der Leistungsbilanzüberschuss bei saisonbereinigter Rechnung das dritte Quartal in Folge zurück.

Außenhandel*

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,1	1,9	1,9	3,2	-5,8
Einfuhr	1,4	4,0	1,6	3,1	-1,0
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	-0,6	2,4	-4,0	5,7	6,3
Eurozone	1,0	2,3	-4,0	5,2	6,6
EU Nicht-Eurozone	1,0	-0,1	-5,4	2,8	2,8
Drittländer	-2,7	3,9	-3,3	7,6	7,7
Einfuhr	-1,2	3,0	-2,3	4,4	7,4
Eurozone	-1,2	2,2	-2,8	2,8	7,1
EU Nicht-Eurozone	1,8	5,4	-0,6	8,6	8,6
Drittländer	-2,9	2,5	-2,7	3,8	7,1

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Insgesamt können die schwachen Ausfuhren im Dezember als Gegenreaktion auf den überraschend positiven November interpretiert werden. Die nationalen Konjunkturindikatoren für den Außenhandel deuten zusammen mit der Einschätzung der Weltkonjunktur auf eine weiterhin moderate Expansion der Exporte hin. Die Bestellungen für das Verarbeitende Gewerbe aus dem Ausland waren im vierten Quartal 2016 um 2,9 % höher als im Vorquartal. Die ifo

Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich in den letzten beiden Monaten deutlich verbessert. Die Risiken für die globale Wirtschaft bleiben allerdings beachtlich. Die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich nach der Brexit-Entscheidung stellen eine Herausforderung für die Europäische Union dar und die Ausrichtung der Politik in den Vereinigten Staaten scheint nach wie vor noch nicht festgelegt.

5. Arbeitsmarkt

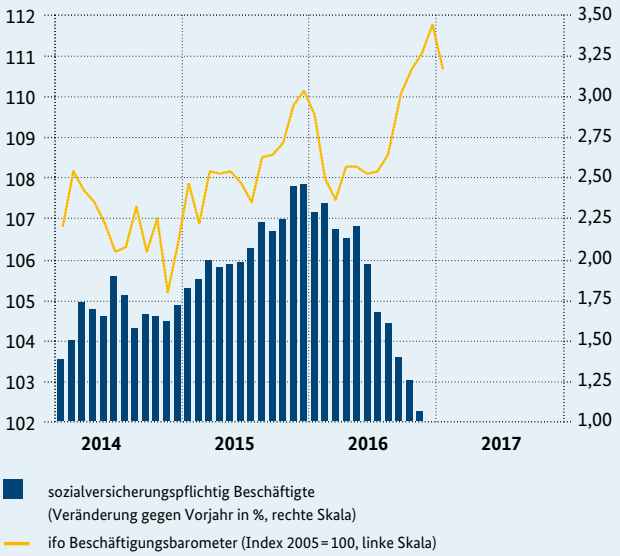
Der Beschäftigungsanstieg setzt sich 2017 mit abgeschwächter Dynamik fort.

Die Arbeitslosigkeit ist im Januar (saisonbereinigt) weiter zurückgegangen, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt halten an. Die Erwerbstätigkeit steigt weiter, wenn auch vor allem seit den Sommermonaten 2016 nicht mehr ganz so dynamisch. Dies gilt insbesondere für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, deren Entwicklung sich nach leichter Aufwärtsrevision aber nun wieder etwas positiver darstellt. Die Frühindikatoren deuten weiterhin auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Jedoch dauert es inzwischen länger, offene Stellen mit passenden Bewerbern zu besetzen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im Januar saisonbereinigt weiter leicht rückläufig. Der Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt mündet zwar zunächst meist in arbeitsmarkt- und integrationspolitischen Maßnahmen, wird aber auch in den Statistiken zur Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sichtbarer.

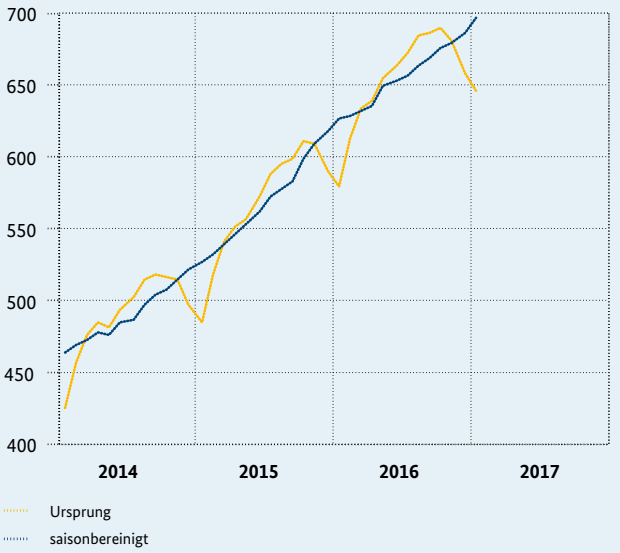
Die Frühindikatoren signalisieren im Januar weiter gute Aussichten für den Arbeitsmarkt. Das ifo Beschäftigungsbarometer (110,7 Punkte) ist vom Höchststand im Dezember etwas zurückgefallen. Die hohe Einstellungsbereitschaft der Bau- und Dienstleistungsbranchen hat etwas nachgelassen. Mitarbeiter suchen aber auch Industrie und Handel. Ähnliche Signale kommen vom Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dessen Teilindikator Arbeitslosigkeit verbesserte sich auf einen Stand, der seit Sommer 2011 nicht mehr erreicht wurde. Dies deutet einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit an. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – erreichte einen weiteren Rekordwert.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: BA, ifo Institut

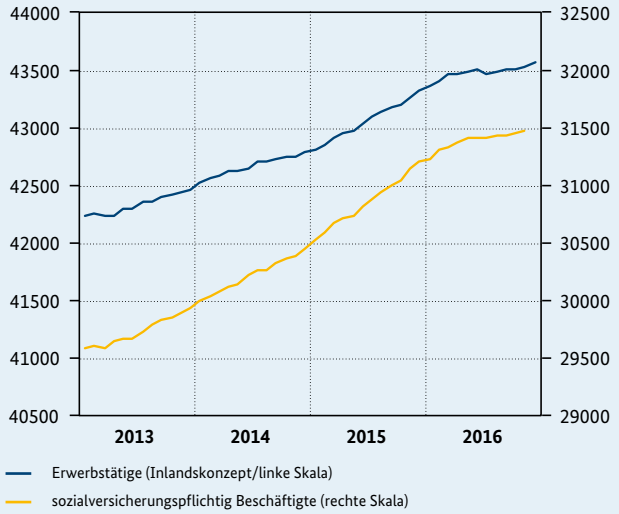
Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Quellen: BA, BBk

Die Erwerbstätigkeit im Inland ist im Jahr 2016 nahezu in jedem Monat gestiegen, wenn auch im Jahresverlauf immer weniger dynamisch. Ein Grund könnte der Rückgang des Arbeitskräfteangebots sein. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit basiert auf einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung von Ausländern, während bei den Deutschen der Vorjahresstand nur noch geringfügig überschritten wird. Im

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichti e Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)					
	Q3	**Q4**	**Nov.**	**Dez.**	**Jan.**
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,651	2,547	2,532	2,568	2,777
gg. Vorjahr in 1.000	-108	-108	-101	-113	-143
gg. Vorperiode in 1.000*	-23	-31	-8	-20	-26
Arbeitslosenquote	6,0	5,8	5,7	5,8	6,3
Erwerbstätige (Inland)					
	Q3	**Q4**	**Okt.**	**Nov.**	**Dez.**
in Mio.	43,6	43,7	43,8	43,8	43,6
gg. Vorjahr in 1.000	353	267	305	264	233
gg. Vorperiode in 1.000*	-6	51	7	26	24
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	Q2	**Q3**	**Sept.**	**Okt.**	**Nov.**
in Mio.	31,4	31,5	31,8	31,8	31,7
gg. Vorjahr in 1.000	283	147	436	393	332
gg. Vorperiode in 1.000*	103	27	-3	16	22

Quellen: BA, StBA, BBk

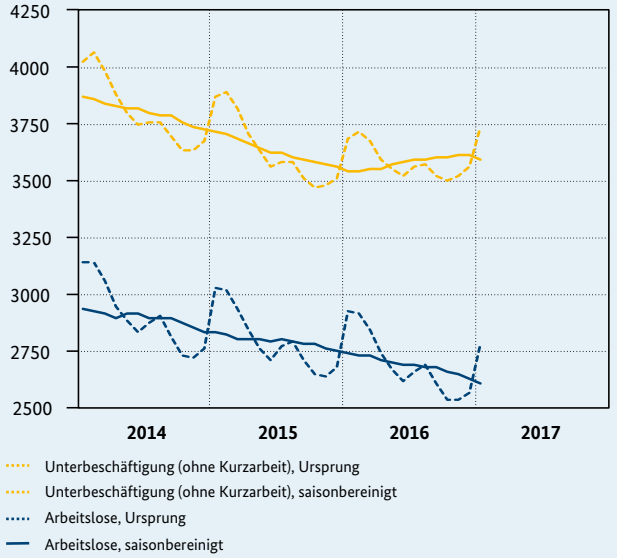
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Dezember erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 24.000 Personen. Jahreszeitlich bedingt sank die Zahl der Erwerbstätigen auf 43,59 Mio. Erwerbstätige. Der Zuwachs zum Vorjahr hat sich im Jahresverlauf zwar mehr als halbiert, bleibt mit 233.000 Personen aber noch beachtlich. Im Jahresdurchschnitt 2016 waren knapp 43,5 Mio. Personen (+1,0 % zum Vorjahr) erwerbstätig.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit basiert vor allem auf der tendenziell steigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Entwicklung seit Juni war jedoch unstetig und – auch nach leichter Aufwärtsrevision der Daten – gedämpft. Im November (+22.000 Personen) fiel der Zuwachs wieder etwas größer aus als der monatliche Zuwachs im dritten Vierteljahr. Nach den Ursprungszahlen lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im November bei 31,72 Mio. Personen. Auch hier halbierte sich der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr auf zuletzt 1,1 %.

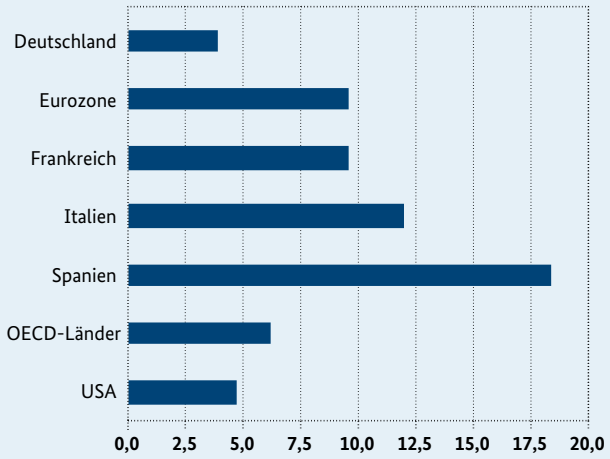
Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Januar 2017 saisonbereinigt um 26.000 Personen etwas stärker als im Dezember. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war weiter vom Anstieg entlastender arbeitsmarkpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Zugenommen haben im Vorjahresvergleich u. a. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie durch Dritte geförderte Maßnahmen. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit aus saisonalen Gründen auf 2,78 Mio. Personen. Der Vorjahresstand (-143.000 Personen) ist dabei betragsmäßig der Größte in den letzten fünf Jahren. Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Vorjahresvergleich um 215.000 (-9,4 %). Bei ausländischen Staatsbürgern hingegen stieg sie um 70.000 (+11,2 %) und insbesondere bei Personen aus den Asylzugangsländern. Die Arbeitslosenquote stieg auf 6,3 %. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen lag im Januar bei 0,953 Mio. Personen, rund 9 % weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Dezember 2016)



Quelle: Eurostat

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)

Quelle: Macrobond

Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) lag im Dezember weiter bei international sehr niedrigen 3,9 %.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Januar auf 3,73 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Unterbeschäftigung um 49.000 Personen an. Saisonbereinigt sank sie um 16.000 Personen gegenüber dem Vormonat.

6. Preise

Der Aufwärtstrend der Verbraucherpreise setzt sich im Januar fort. Die Jahresrate steigt auf ein 2½-Jahres-Hoch.

Der Rohölpreis stabilisiert sich bei ca. 55 US-Dollar je Barrel.

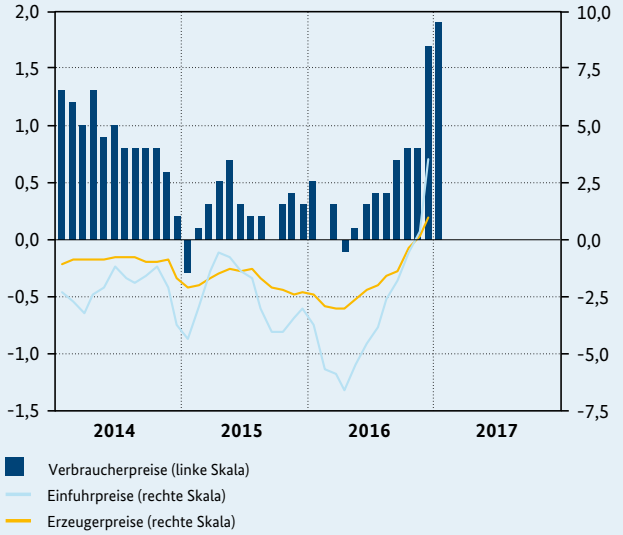
Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im Jahr 2016 in sehr ruhigen Bahnen. Die Einfuhrpreise gingen im Jahresdurchschnitt um 3,1 % zurück. Die Erzeugerpreise verringerten sich mit -1,7 % etwas weniger stark. Auf der Konsumentenstufe fiel der Preisanstieg im Jahr 2016 mit 0,5 % erneut sehr gering aus. Im laufenden Jahr dürften die Teuerungsraten allerdings im Zusammenhang mit der Erholung der Energiepreise deutlich höher ausfallen. Die Bundesregierung rechnet in ihrer aktuellen Projektion mit einem durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 1,8 % im Jahresdurchschnitt 2017.

Nach dem Beschluss der OPEC-Länder von Anfang Dezember zur Begrenzung der Fördermengen war der Rohölpreis deutlich um ca. 20 % gestiegen. Danach stabilisierte er sich auf erhöhtem Niveau und schwankte in den letzten Wochen in einer engen Spanne von 52 bis 56 US-Dollar je Barrel. Mitte Februar notierte der Rohölpreis mit ca. 55 US-Dollar in etwa auf seinem Vormonatsniveau.

Die Einfuhrpreise stiegen im Dezember gegenüber November kräftig um 1,9 % und ohne Energie betrachtet um 0,8 %. Einen höheren monatlichen Anstieg der Einfuhrpreise hatte es zuletzt im Mai 2008 gegeben. Importierte Energie verteuerte sich im Zuge der Rohölpreisentwicklung massiv (+11,3 %). Nachdem im November die Einfuhrpreise auf Jahresfrist erstmals seit vier Jahren wieder stiegen, hat sich der Preisauftrieb im Dezember deutlich beschleunigt (+3,5 %). Importierte Energie verteuerte sich um 23,1 %, auch für Erze war spürbar mehr zu zahlen. Bleibt die Energie bei der Betrachtung außen vor, stiegen die Preise importierter Güter binnen Jahresfrist um 1,4 %.

Im Auslandsabsatz konnten die deutschen Exporteure ihre Preise im Dezember im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % erhöhen. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit einer Rate von 1,1 % so kräftig zu wie zuletzt im Juli 2015. Die Preise für Investitionsgüter und für Vorleistungsgüter stiegen nur leicht, die für Energie und Konsumgüter nahmen stärker zu. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verschlechterte sich aus deutscher Sicht gegenüber dem Vorjahr erstmals seit September 2012 (-2,4 %). Ursäch-

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

lich hierfür sind in erster Linie die gestiegenen Ölpreise und die Abschwächung des Eurokurses.

Die Erzeugerpreise stiegen im Dezember um 0,4 % im Vergleich zum Vormonat. Etwas stärker verteuerten sich auf der Produzentenebene Energieprodukte und Konsumgüter. Auf Jahressicht stiegen die Preise für gewerbliche Produkte um 1,0 %, nachdem im Vormonat die seit Juni 2013 andauernde Zeit rückläufiger Preise beendet war. Die Preise für Konsumgüter stiegen im Vorjahresvergleich am stärksten.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Dez.	**Jan.**	**Dez.**	**Jan.**
Insgesamt	0,7	-0,6	1,7	1,9
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,6	-1,0	1,5	1,2
Nahrungsmittel	0,9	0,7	2,5	3,2
Pauschalreisen	20,9	-19,6	2,0	1,4
Energie	2,3	0,9	2,5	5,9
Heizöl	11,7	1,2	21,9	42,5
Kraftstoffe	3,6	2,2	6,0	12,8
Dienstleistungen	1,1	-1,1	1,5	1,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,5	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise entwickelten sich zum Jahresanfang saisontypisch. Nach den vorübergehenden Preiserhöhungen zur Weihnachtszeit gingen die Preise für die Konsumenten im Januar im Vormonatsvergleich wieder deutlich um 0,6 % zurück. Preisnachlässe gab es vor allem bei Pauschalreisen sowie bei Bekleidung und Schuhen im Rahmen von Schlussverkäufen. Darüber hinaus verringerten sich mit der Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II die Preise für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen spürbar (-9,1 % gegenüber dem Vormonat). Teurer wurden von Dezember auf Januar dagegen Nahrungsmittel und Kraftstoffe. Die Inflationsrate – der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist – erhöhte sich trotz des spürbaren Rückgangs im Januar auf 1,9 % und damit auf den stärksten Anstieg seit 2 ½ Jahren. Der Anstieg wurde durch einen Basiseffekt unterstützt, da die Energiepreise im Januar des Vorjahres deutlich zurückgegangen waren. Insgesamt geht etwa ein Drittel des Anstiegs der Verbraucherpreise auf steigende Energiepreise zurück. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und Mieten erklärt jeweils etwa ein weiteres Sechstel des Preisauftriebs.

7. Monetäre Entwicklung

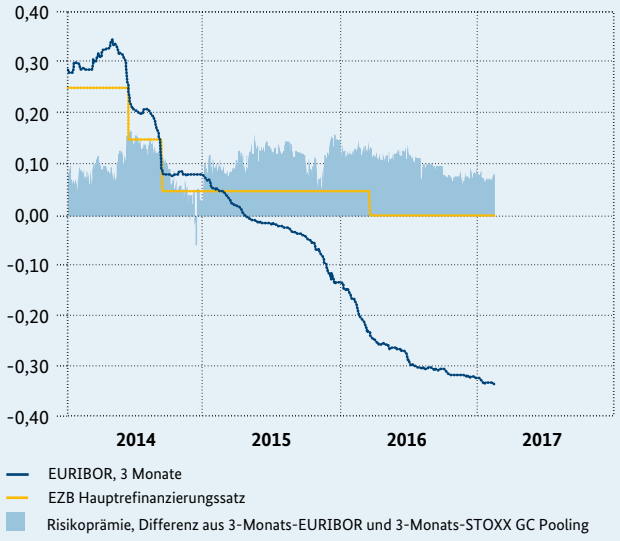
Die Geldpolitik der EZB bleibt sehr expansiv ausgerichtet.

Die Kreditentwicklung im Euroraum erholt sich weiter. In Deutschland nehmen insbesondere die Wohnungsbaukredite zu.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt nach wie vor eine sehr expansive Geldpolitik. Seit Mitte März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz unverändert bei 0,0 %. Für die Einlagefazilität fällt seitdem ein Negativzins in Höhe von -0,4 % an. Laut EZB wird das niedrige Zinsniveau für einen längeren Zeitraum bestehen bleiben, wahrscheinlich über den geplanten Zeitraum der Anleihenkäufe hinaus.

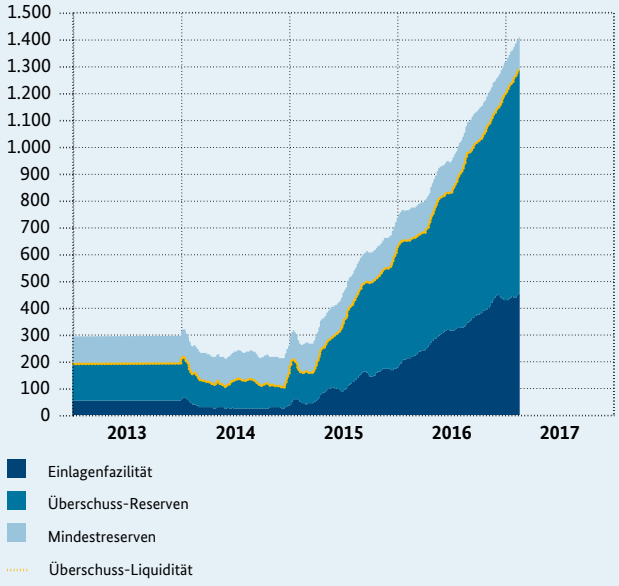
Der besicherte Interbankenzins liegt momentan bei -0,4 %, der unbesicherte bei -0,3 %. Die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) stellen zusätzliche Liquidität bereit. Das Programm soll bis mindestens Ende 2017 laufen. Es ist geplant, das monatliche Ankaufvolumen ab April 2017 von 80 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro zu reduzieren.

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



Quelle: Macrobond

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)

Quellen: EZB, Macrobond

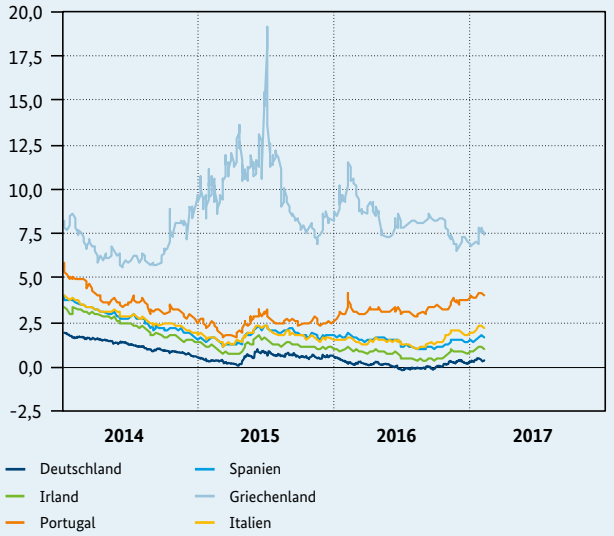
Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit 3,8 Billionen Euro nahezu verdoppelt. Das Ankaufprogramm der EZB lässt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter ansteigen. Im Mai 2016 lag die Überschussliquidität noch bei 795 Mrd. Euro, im Januar waren es bereits 1.233 Mrd. Euro.

Im Gegensatz dazu stehen die Zeichen in den Vereinigten Staaten weiter in Richtung Fortsetzung der Zinswende. Aufgrund der guten Arbeitsmarktergebnisse hat die amerikanische Notenbank den Leitzins im Dezember um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Er bewegt sich nun in einer Bandbreite von 0,5 bis 0,75 %. Schon als diese Entscheidung abzusehen war, sind die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen von 1,8 % auf 2,5 % gestiegen und liegen auch weiterhin bei etwa 2,5 %.

Die steigenden Zinsen beflügelten auch den Wert des US-Dollars. Allerdings wurde die anfänglich starke Wechselkursreaktion etwas korrigiert. Mitte Februar waren 1,06 Dollar für einen Euro fällig. Auch die deutliche Abwertung des Pfundes gegenüber dem Euro seit dem Brexit hat sich teilweise zurückgebildet. Aktuell notiert der Euro bei 0,85 Pfund. Der reale effektive Wechselkurs Deutschlands (Konsumentenpreise) gegenüber 56 Handelspartnern wertete im Januar um 0,1 Prozentpunkte leicht auf.

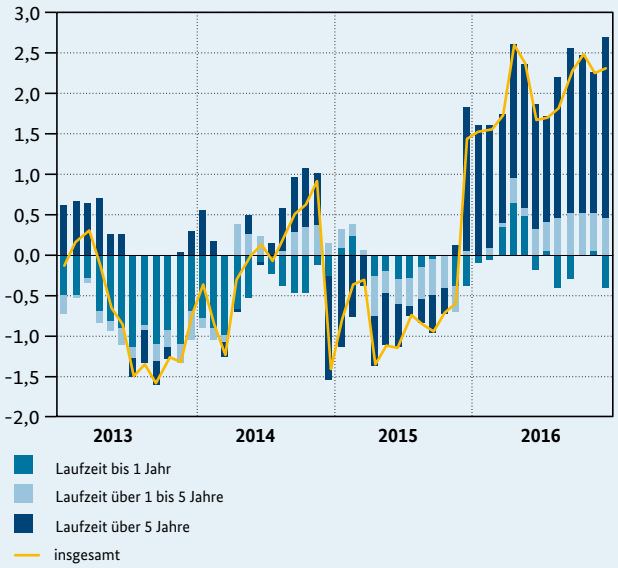
Bundesanleihen mit 10-jähriger Laufzeit werfen momentan wieder eine positive Rendite von 0,38 % ab. Im Euroraum herrschen weiterhin unterschiedliche Zinsniveaus. Für französische Staatsanleihen liegt der Zins nur bei 1,06 %. Die Rendite zehnjähriger portugiesischer Anleihen hingegen beläuft sich auf 4,1 %, die spanischer Anleihen auf 1,77 %. Die Verzinsung italienischer Staatsanleihen blieb trotz gescheiterter Verfassungsreform und Rücktritt

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Quelle: BBk

des Premierministers stabil bei 2,2 %. Auch die Zinsen für 5-jährige Unternehmensanleihen sind leicht gestiegen. Aktuell liegen die Unternehmensanleihen mit bester Bonität bei 0,27 %.

In der Regel folgen die Unternehmenskredite mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung der Konjunktur. Bis November 2015 war die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland im Vorjahresvergleich rückläufig. Seit Dezember 2015 haben die Bestände dann wieder zugenommen. Im Dezember 2016 lagen die Buchkredite 2,3 % höher als im Vorjahr.

Die moderate Steigerung der Buchkredite entspricht den Ergebnissen des Bank Lending Surveys der EZB von Januar 2017, die den Banken in Deutschland eine steigende Kreditnachfrage der Unternehmen attestieren sowie eine weitgehende Beibehaltung der Kreditstandards.

Die Kreditvergabe an private Haushalte war dynamischer und lag im Dezember um 2,9 % über Vorjahreswert. Der am stärksten wachsende Bestandteil der Kredite waren die Wohnungsbaukredite (+3,7 %), die durch die anhaltend extrem günstigen Finanzierungsbedingungen begünstigt werden.

Auch die Kreditvergabe im Euroraum erholt sich weiter. Im Dezember war das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften 2,3 % höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 2,0 %.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums geht weiter zurück. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland müssen durchschnittlich 1,0 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen (Stand: Dezember 2016). Anfang 2013 lag diese Differenz noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Dezember 2016 um 5,0 % zu. Wie schon in vorangegangenen Monaten war der Anstieg vor allem auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die auf Jahresfrist angesichts des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB um 8,8 % gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

III.
Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

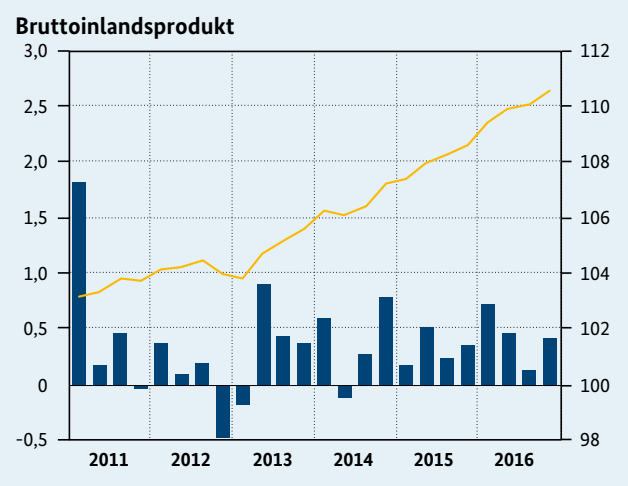
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung[1] *

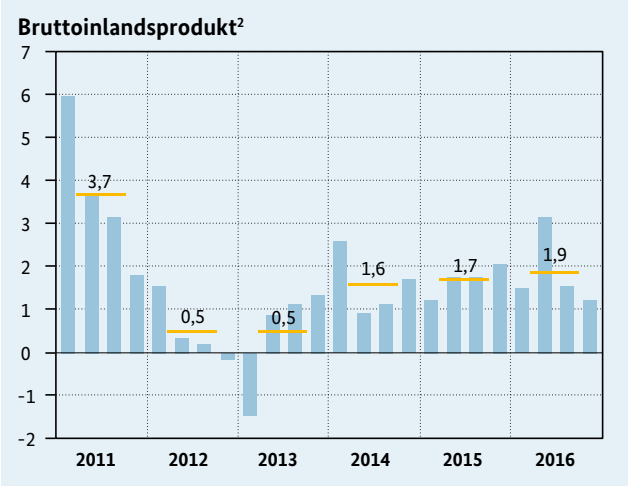
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[2]										
	2014			2015				2016			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4
Inländische Verwendung	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 0,3	0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,1	- 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,6	- 1,6	0,0	-
Ausrüstungen	+ 1,5	- 2,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,1	- 2,3	- 0,6	-
Bauten	- 3,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	+ 1,9	+ 2,3	- 1,9	+ 0,3	-
Sonstige Anlagen	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	-
Exporte	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,6	0,0	- 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 0,4	-
Importe	+ 1,6	+ 0,1	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,2	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten[4]											
Inländische Verwendung	+ 0,3	- 0,5	+ 0,9	+ 0,3	0,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	0,0	-
Ausrüstungen	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	-
Bauten	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung[5]	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	0,0	-
Außenbeitrag	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,6	0,0	+ 0,5	- 0,3	-

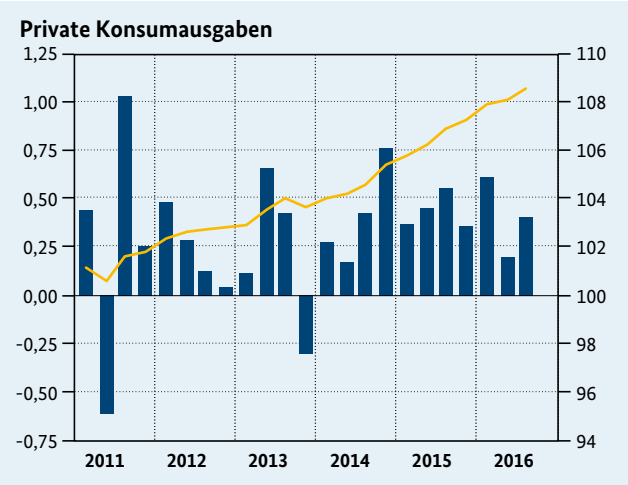
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[6]										
							2015	2016			
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,0	-
Private Konsumausgaben[3]	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,5	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 2,5	+ 4,1	+ 3,0	+ 4,4	+ 1,3	-
Ausrüstungen	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,7	+ 6,4	+ 3,9	+ 4,5	- 0,6	-
Bauten	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,8	+ 2,0	-
Sonstige Anlagen	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	-
Exporte	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5	+ 3,6	+ 1,3	+ 4,6	+ 1,2	-
Importe	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 3,4	+ 5,0	+ 3,3	+ 4,9	+ 2,2	-

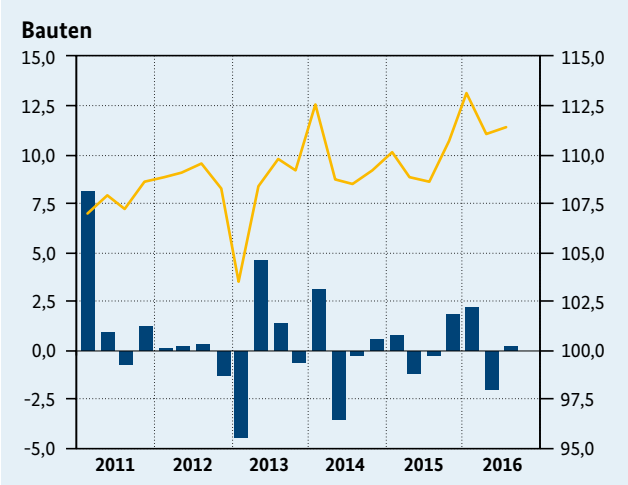
Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
* BIP Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Februar 2017; Komponenten Stand vor Schnellmeldung (Veröffentlichung nach Redaktionsschluss am 23. Februar 2017);
2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

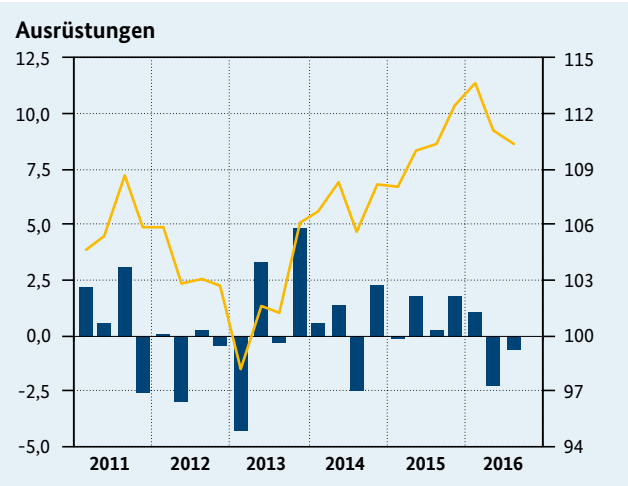
1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten[1]

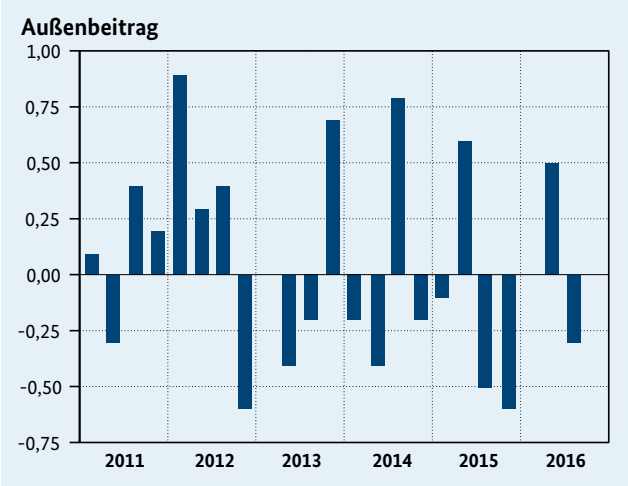












Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

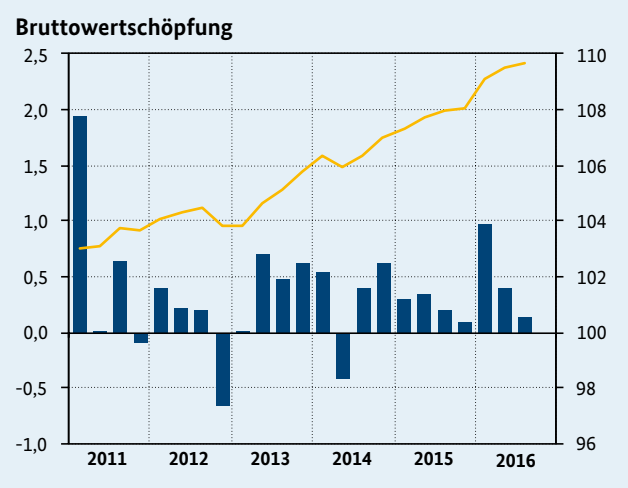
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % [1]										
	2014			2015				2016			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[2]											
Bruttowertschöpfung	- 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 0,3	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	0,0	+ 0,4	-
Baugewerbe	- 2,9	- 0,5	- 0,9	+ 2,1	- 1,5	- 0,5	+ 0,8	+ 2,7	- 0,7	+ 0,2	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,4	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 2,2	- 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	- 0,7	- 1,3	+ 3,8	- 0,9	+ 1,0	-
Unternehmensdienstleister	- 0,5	+ 1,4	- 0,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,5	- 0,3	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	-

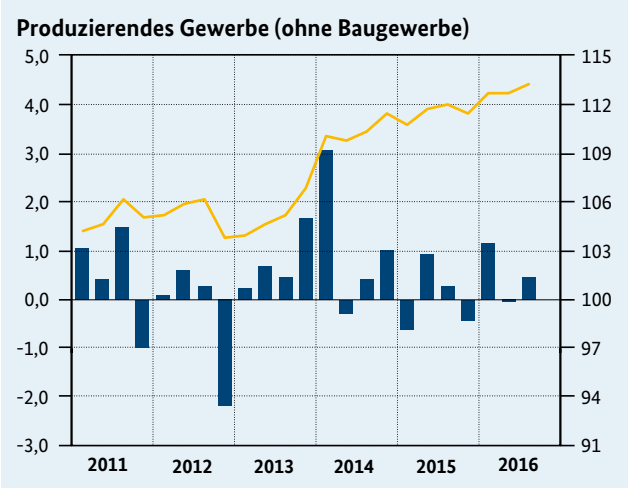
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % [9]										
							2015	2016			
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige[3]	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,6
Arbeitsvolumen[4]	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	- 0,1	+ 2,8	+ 0,5	-
Arbeitsproduktivität[5]	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 0,6	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer[6]	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,4	-
Lohnstückkosten[7]	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,0	+ 1,6	-
verfügbares Einkommen[8]	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,1	-
Terms of Trade	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,4	-

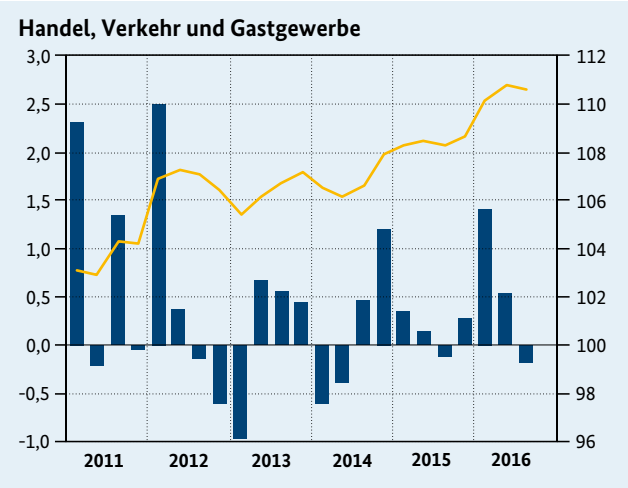
Prognose Bruttoinlandsprodukt[9]		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		**Stand**	**2017**	**2018**
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2017	+ 1,4	+ 1,6
EU	Europäische Kommission	01/2017	+ 1,6	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2017	(+ 1,5)[a]	(+ 1,5)[a]
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,2	+ 1,6
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	12/2016	+ 1,1	+ 1,6
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,5	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2016	+ 1,7	+ 2,0
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2016	+ 1,3	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,2	+ 1,6
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2016	+ 1,4	+ 1,7
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2016	+ 1,4	+ 1,6

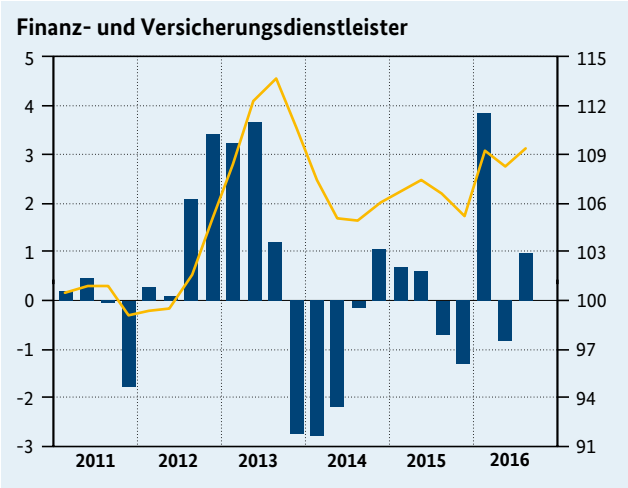
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;
3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;
6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
a Kalenderbereinigte Werte.

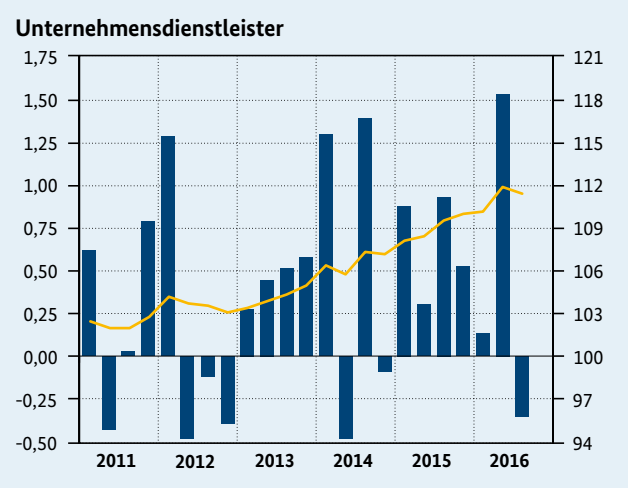
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

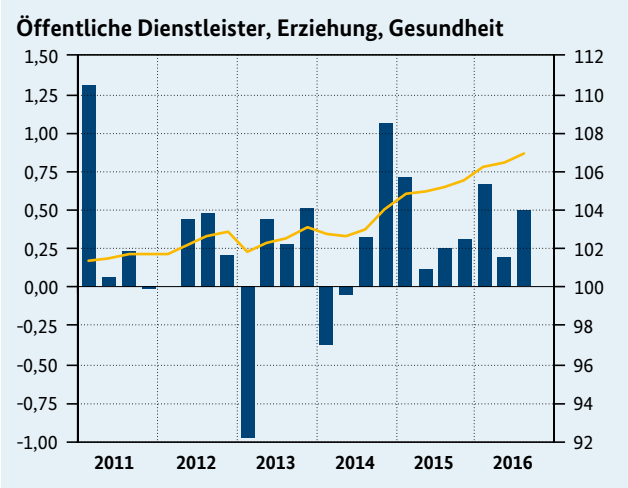










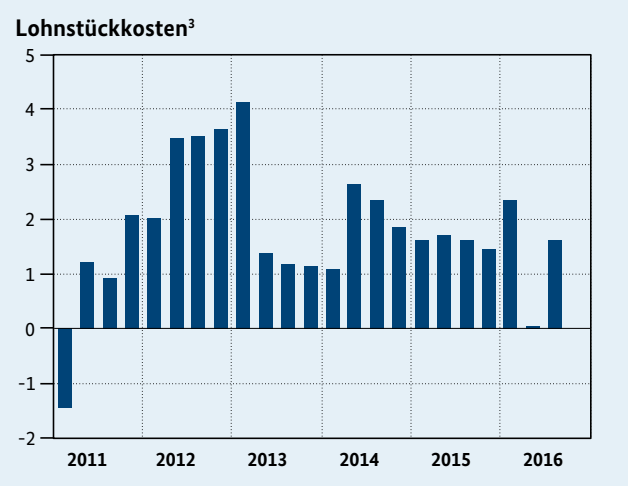


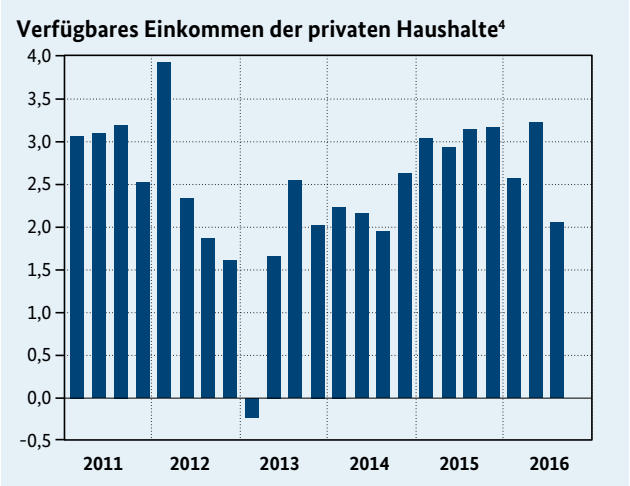
Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

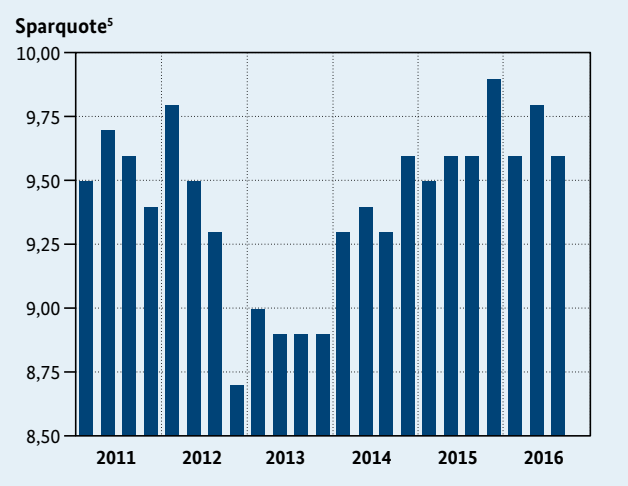
Quelle: Statistisches Bundesamt.

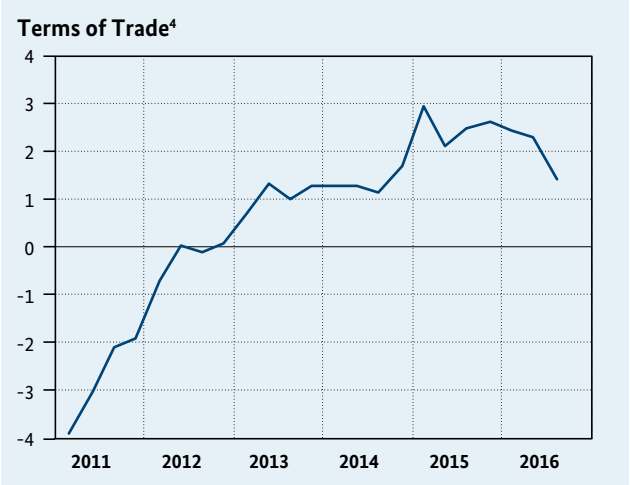
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

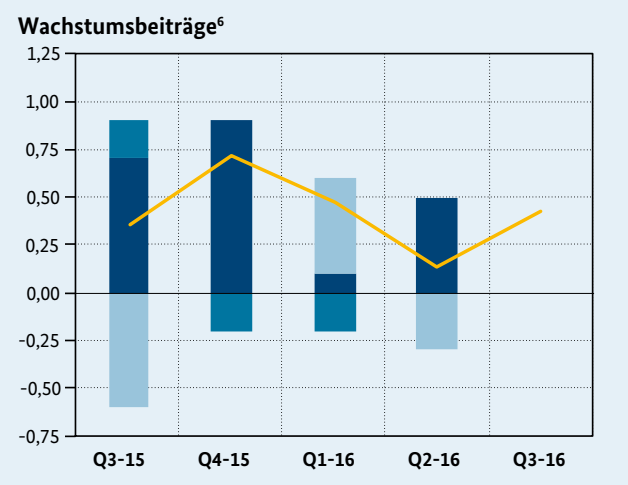
1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen[1]











Veränderung gegen Vorjahr in %

Außenbeitrag
Vorratsveränderungen
Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;
3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2014				2015				2016			
	2013	2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt [1]	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4
Eurozone (EZ 19)[2]	- 0,3	+ 1,2	+ 2,0	-	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,2	-	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
Japan	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	- 1,8	- 0,2	+ 0,6	+ 1,4	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
USA	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,6	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5
China	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP[4]															
Deutschland	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,4	+ 8,6	+ 7,1	+ 6,7	+ 7,9	+ 7,8	+ 8,2	+ 8,1	+ 9,0	+ 8,3	+ 9,7	+ 9,1	+ 8,2	+ 7,6
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1	-	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,3	-
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	-	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	-
Japan	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
USA	- 2,2	- 2,2	- 2,5	-	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,6	- 2,4	-
China	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2

				2016												2017
	2014	2015	2016	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Arbeitslosenquoten[5]	in %															
Deutschland	5,0	4,6	4,2	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,1	4,0	3,9	3,9	3,8	-
Eurozone (EZ 19)[2]	11,6	10,9	10,0	10,4	10,4	10,2	10,2	10,1	10,1	10,0	10,0	9,8	9,7	9,7	9,6	-
Europäische Union (EU 28)[3]	10,2	9,4	8,6	8,9	8,9	8,8	8,7	8,6	8,6	8,5	8,5	8,4	8,3	8,2	8,2	-
Japan	3,6	3,4	3,1	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1	-
USA	6,2	5,3	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,6	4,7	4,8
China	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,9
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,8
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 0,6	0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,2	-
Japan	+ 2,8	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	-
USA	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5
China	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

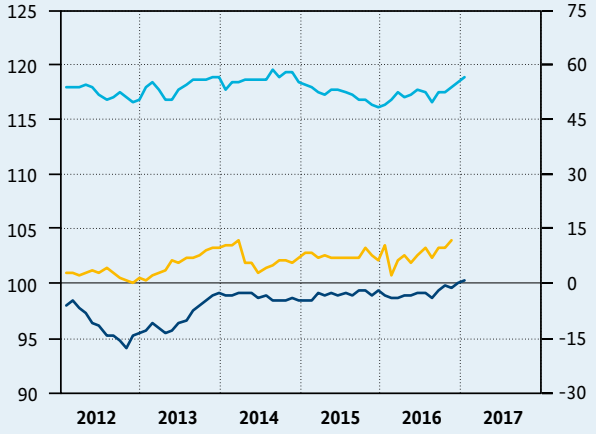
				2016				2016				2017	
	2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Welt													
OECD & major six CLI[1]	100,3	99,8	99,6	99,4	99,5	99,6	99,9	99,7	99,8	99,9	100,0	-	-
CPB Welt Industrieproduktion[2]	112,8	114,9	-	115,7	116,2	117,0	-	117,2	117,5	118,4	-	-	-
CPB Welthandel[2]	111,4	113,6	-	114,7	114,2	114,8	-	115,0	113,9	117,1	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4642	2852	2225	2037	2311	2235	2308	2286	2251	2308	2417	2383	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie[3]	- 3,8	- 3,1	- 2,7	- 3,8	- 3,4	- 2,9	- 0,6	- 1,8	- 0,7	- 1,1	0,0	0,8	-
Industrieproduktion[4]	101,4	103,5	104,9	104,6	104,4	104,9	105,7	105,0	105,2	106,8	105,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,0	1,2	0,9	1,0	0,9	0,6	0,9	0,6	0,7	1,0	1,0	1,1	-
Konsumentenvertrauen[5]	-10,2	- 6,2	- 7,7	- 8,3	- 7,8	- 8,2	- 6,4	- 8,2	- 8,0	- 6,2	- 5,1	- 4,9	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe[6]	55,6	51,4	51,5	50,0	51,5	51,1	53,3	51,7	52,0	53,5	54,5	56,0	-
Industrieproduktion[7]	104,9	105,2	104,2	104,1	103,9	104,4	104,5	104,1	104,4	104,2	104,8	104,6	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,5	2,1	1,8	1,9	1,8	1,6	2,1	1,6	1,8	2,2	2,5	2,4	-
Konsumentenvertrauen[8]	86,9	98,0	99,8	96,0	94,8	100,7	107,8	103,5	100,8	109,4	113,3	111,8	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index[9]	102,2	102,5	-	102,0	102,4	102,9	-	103,1	103,3	104,0	-	-	-
Industrieproduktion[10]	99,1	97,9	97,4	96,1	96,2	97,6	99,7	98,4	98,5	99,9	100,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,5	0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Konsumentenvertrauen[11]	39,3	41,3	41,7	41,4	41,2	42,1	42,1	43,0	42,3	40,9	43,1	43,2	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie[12]	50,7	49,9	50,3	49,5	50,1	50,2	51,4	50,4	51,2	51,7	51,4	51,3	-
Industrieproduktion[13]	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,2	3,4	2,9	2,8	2,9	2,8	2,9	2,7	2,7	3,0	3,0	3,3	-
Konsumentenvertrauen[14]	107,9	108,8	107,4	105,6	104,3	108,6	111,1	107,6	110,2	111,5	111,5	-	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

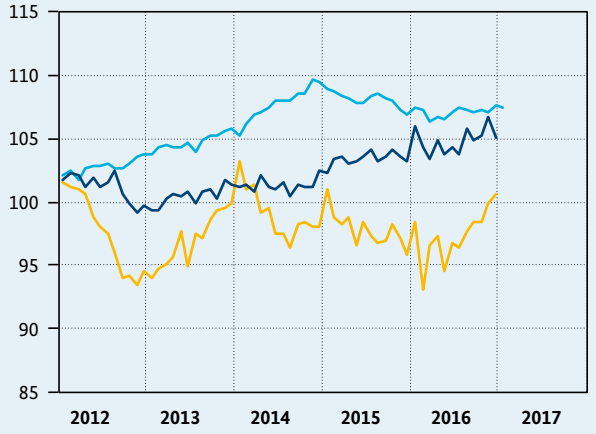
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren

Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe



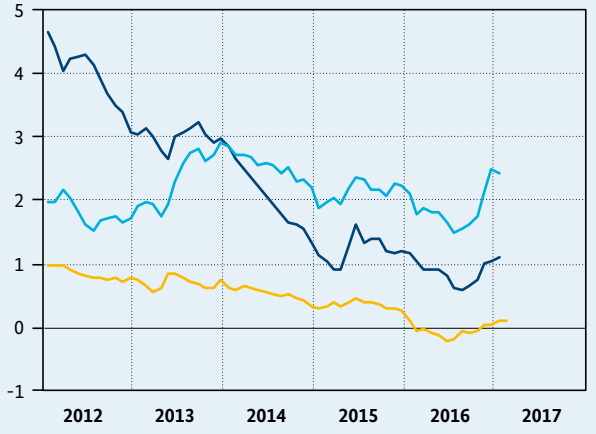
- USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)[1]
- Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)[2]
- Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)[3]

Industrieproduktion



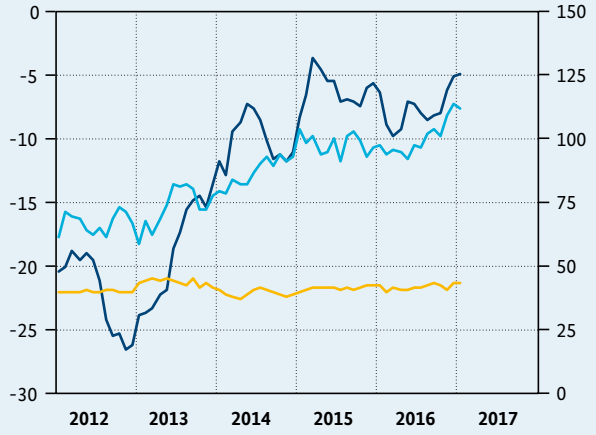
- Eurozone[6]
- USA[4]
- Japan[5]

Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen (in %)



- Eurozone
- USA
- Japan

Konsumklima



- Eurozone (linke Skala)[9]
- USA (rechte Skala)[7]
- Japan (rechte Skala)[8]

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

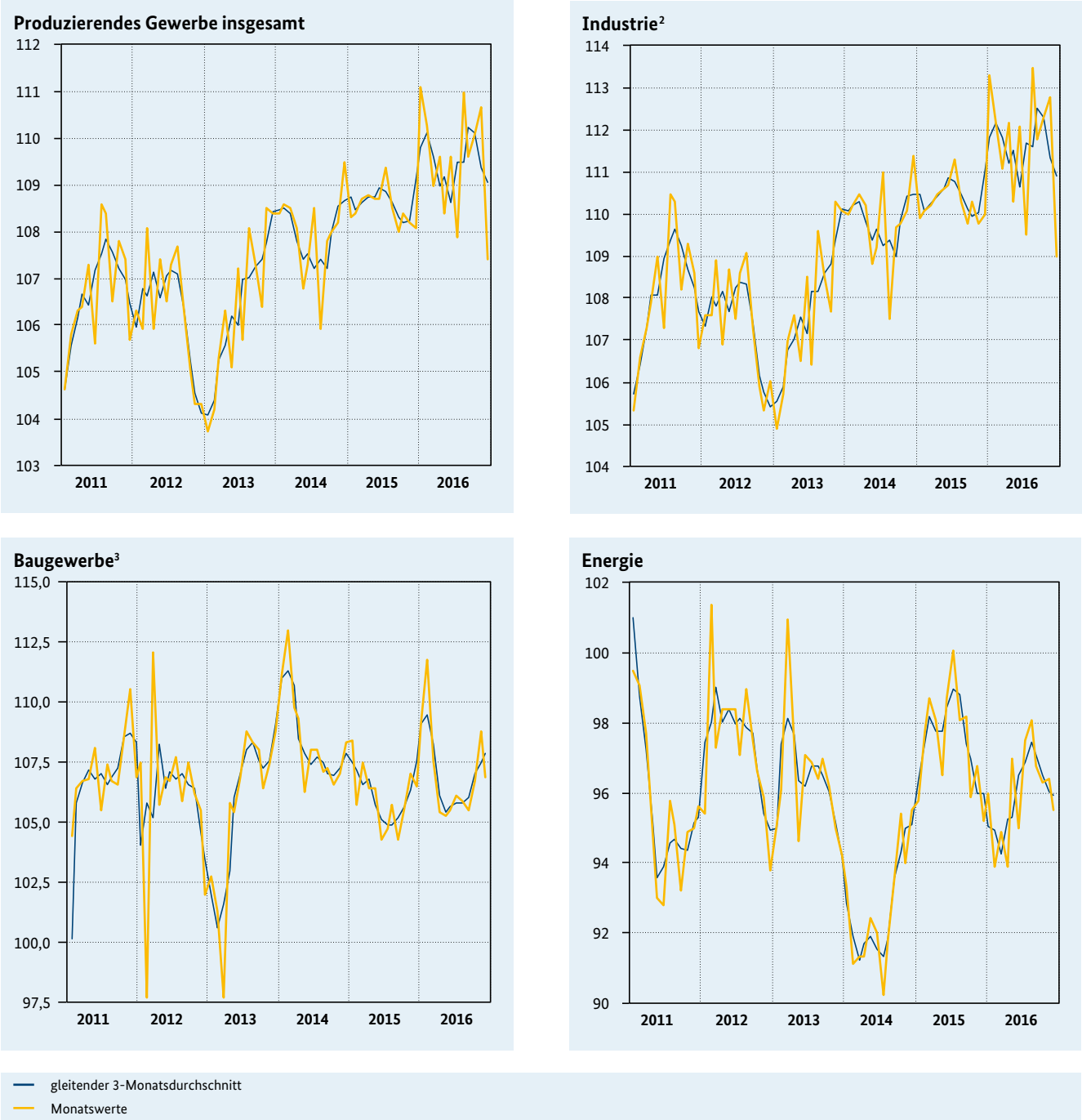
Bundesrepublik Deutschland

					2016				2016					
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produktion [1]														
Produzierendes Gewerbe	Index	108,0	108,5	109,6	110,1	109,2	109,5	109,4	107,9	111,0	109,6	110,1	110,7	107,4
	gg. Vp. in %	1,5	0,5	1,0	1,8	-0,8	0,3	-0,1	-1,6	2,9	-1,3	0,5	0,5	-3,0
	gg. Vj. in %	1,4	0,6	0,9	1,5	0,5	0,8	1,1	-1,3	2,3	1,5	1,6	2,3	-0,7
Industrie [2]	Index	109,9	110,3	111,7	112,2	111,5	111,6	111,4	109,5	113,5	111,8	112,3	112,8	109,0
	gg. Vp. in %	2,0	0,4	1,3	2,0	-0,6	0,1	-0,2	-2,3	3,7	-1,5	0,4	0,4	-3,4
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,3	1,8	0,9	1,0	1,3	-1,5	2,8	1,8	1,7	2,7	-1,0
Vorleistungsgüter	Index	106,3	106,2	107,3	107,6	106,9	106,9	107,7	105,5	107,7	107,5	107,4	108,4	107,2
	gg. Vp. in %	1,8	-0,1	1,0	1,4	-0,7	0,0	0,7	-0,7	2,1	-0,2	-0,1	0,9	-1,1
	gg. Vj. in %	1,8	-0,1	1,0	1,3	0,6	0,7	1,5	-0,5	1,6	1,2	1,9	2,2	0,3
Investitionsgüter	Index	116,6	117,7	119,4	120,2	119,2	119,5	118,5	116,3	122,7	119,5	120,7	120,7	114,2
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,4	2,3	-0,8	0,3	-0,8	-3,9	5,5	-2,6	1,0	0,0	-5,4
	gg. Vj. in %	2,3	0,9	1,4	2,5	1,3	1,1	0,9	-2,5	4,2	2,0	1,1	3,5	-2,1
Konsumgüter	Index	101,9	102,1	103,3	103,4	103,6	103,5	102,8	102,3	104,8	103,4	103,5	104,1	100,9
	gg. Vp. in %	1,4	0,2	1,2	2,2	0,2	-0,1	-0,7	-2,0	2,4	-1,3	0,1	0,6	-3,1
	gg. Vj. in %	1,3	0,1	1,4	1,6	0,8	1,0	1,7	-1,4	1,9	2,6	3,3	2,0	-0,4
Baugewerbe	Index	108,5	106,0	107,1	109,5	105,4	105,8	107,5	106,1	105,9	105,5	106,7	108,8	106,9
	gg. Vp. in %	2,7	-2,3	1,0	2,9	-3,7	0,4	1,6	0,6	-0,2	-0,4	1,1	2,0	-1,7
	gg. Vj. in %	2,7	-2,2	1,0	2,7	-0,2	0,9	1,0	1,4	0,3	1,0	0,8	1,7	0,4
Bauhauptgewerbe [3]	Index	119,8	119,0	120,0	122,9	116,4	118,7	122,0	118,4	119,6	118,0	120,4	124,9	120,8
	gg. Vp. in %	5,3	-0,7	0,8	1,4	-5,3	2,0	2,8	1,1	1,0	-1,3	2,0	3,7	-3,3
	gg. Vj. in %	5,3	-0,7	0,8	3,3	-1,0	1,2	0,7	1,4	2,1	0,2	0,2	2,6	-1,1
Ausbaugewerbe	Index	98,2	94,3	95,3	97,3	95,4	94,1	94,2	94,9	93,4	94,1	94,2	94,1	94,3
	gg. Vp. in %	0,0	-4,0	1,1	4,7	-2,0	-1,4	0,1	-0,1	-1,6	0,7	0,1	-0,1	0,2
	gg. Vj. in %	0,1	-4,0	1,1	2,1	0,8	0,4	1,1	1,2	-1,9	1,9	1,5	0,6	1,4
Energie [4]	Index	92,7	97,5	95,9	94,9	95,3	97,5	96,1	97,5	98,1	96,8	96,3	96,4	95,5
	gg. Vp. in %	-3,8	5,2	-1,6	-1,1	0,4	2,3	-1,4	2,6	0,6	-1,3	-0,5	0,1	-0,9
	gg. Vj. in %	-3,8	5,2	-1,6	-2,7	-2,4	-1,4	0,1	-2,7	-0,1	-1,5	0,5	-0,4	0,4
Umsätze in der Industrie [1]														
Industrie insgesamt	Index	108,6	110,3	110,9	111,4	110,8	110,6	111,0	108,0	112,6	111,3	111,5	112,4	109,0
	gg. Vp. in %	2,6	1,6	0,5	0,9	-0,5	-0,2	0,4	-1,6	4,3	-1,2	0,2	0,8	-3,0
	gg. Vj. in %	2,6	1,5	0,6	1,6	0,1	0,3	0,5	-2,8	2,2	1,5	0,3	2,9	-1,9
Inland	Index	104,5	105,0	105,2	106,5	105,1	104,4	105,1	102,3	105,8	105,0	105,0	105,8	104,4
	gg. Vp. in %	1,3	0,5	0,2	1,2	-1,3	-0,7	0,7	-2,4	3,4	-0,8	0,0	0,8	-1,3
	gg. Vj. in %	1,3	0,5	0,2	1,5	-0,2	-0,6	-0,2	-3,1	1,0	0,6	-1,2	1,4	-0,9
darunter:	Index	111,0	113,7	114,4	116,5	114,7	112,7	113,5	109,2	115,0	114,0	114,6	113,4	112,5
Investitionsgüter	gg. Vp. in %	3,2	2,4	0,6	1,4	-1,5	-1,7	0,7	-4,5	5,3	-0,9	0,5	-1,0	-0,8
	gg. Vj. in %	3,1	2,4	0,4	2,9	0,8	-0,5	-1,1	-4,7	1,9	1,6	-3,4	0,7	-0,8
Ausland	Index	113,0	115,8	117,1	116,7	116,9	117,3	117,3	114,0	119,9	118,1	118,4	119,5	113,9
	gg. Vp. in %	4,1	2,5	1,1	0,7	0,2	0,3	0,0	-1,0	5,2	-1,5	0,3	0,9	-4,7
	gg. Vj. in %	4,1	2,5	1,0	1,7	0,3	1,0	1,2	-2,6	3,4	2,3	1,7	4,4	-2,8
darunter: Eurozone	Index	102,0	106,4	109,9	109,1	109,3	110,8	110,5	108,0	112,5	111,9	111,1	112,7	107,8
	gg. Vp. in %	5,0	4,3	3,3	1,2	0,2	1,4	-0,3	-0,2	4,2	-0,5	-0,7	1,4	-4,3
	gg. Vj. in %	5,0	4,3	3,3	4,6	2,9	3,3	2,7	-0,2	6,5	4,0	4,6	4,6	-1,6

		2014				2015				2016				2017
Kapazitäts- und Geräteauslastung [5]		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	83,9	84,0	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,0	84,4	84,8	85,7	86,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion[1]



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2016				2016					
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Auftragseingang [1]														
Industrie insgesamt	Index	109,1	110,2	112,1	110,9	110,5	111,2	115,9	110,7	111,7	111,2	116,8	112,6	118,4
	gg. Vp. in %	2,9	1,0	1,7	0,8	-0,4	0,6	4,2	0,4	0,9	-0,4	5,0	-3,6	5,2
	gg. Vj. in %	2,8	1,0	1,7	1,2	-1,2	1,4	5,4	-0,6	2,0	2,9	6,3	2,0	8,1
Inland	Index	103,5	105,3	106,2	104,9	106,0	103,9	110,2	102,6	105,0	104,0	109,9	106,8	114,0
	gg. Vp. in %	1,7	1,7	0,9	-0,9	1,0	-2,0	6,1	-2,9	2,3	-1,0	5,7	-2,8	6,7
	gg. Vj. in %	1,6	1,8	0,9	-1,1	1,6	-1,2	4,1	-4,4	1,4	0,0	4,2	0,2	8,4
Ausland	Index	113,7	114,2	116,9	115,8	114,2	117,1	120,5	117,3	117,1	117,0	122,4	117,3	121,9
	gg. Vp. in %	3,8	0,4	2,4	2,1	-1,4	2,5	2,9	2,8	-0,2	-0,1	4,6	-4,2	3,9
	gg. Vj. in %	3,7	0,4	2,3	2,9	-3,1	3,4	6,4	2,3	2,6	5,1	7,9	3,5	7,8
Eurozone	Index	101,7	105,8	110,8	106,7	109,2	112,2	115,0	110,5	115,0	111,0	113,0	110,5	121,6
	gg. Vp. in %	2,8	4,0	4,7	0,9	2,3	2,7	2,5	5,8	4,1	-3,5	1,8	-2,2	10,0
	gg. Vj. in %	2,6	3,8	4,7	5,8	1,6	2,6	9,0	1,1	2,3	4,7	3,7	2,4	22,4
Nicht-Eurozone	Index	122,1	120,1	121,2	122,1	117,6	120,6	124,4	122,1	118,6	121,2	128,9	122,1	122,1
	gg. Vp. in %	4,4	-1,6	0,9	2,9	-3,7	2,6	3,2	1,0	-2,9	2,2	6,4	-5,3	0,0
	gg. Vj. in %	4,4	-1,6	0,8	1,3	-5,9	3,9	4,7	3,2	2,9	5,4	10,8	4,1	-0,5
Vorleistungsgüter	Index	102,1	101,5	103,1	100,9	102,5	102,8	106,1	101,5	103,1	103,7	105,7	106,6	106,0
	gg. Vp. in %	2,0	-0,6	1,6	-1,7	1,6	0,3	3,2	0,4	1,6	0,6	1,9	0,9	-0,6
	gg. Vj. in %	2,0	-0,5	1,5	-0,8	1,1	2,2	3,5	0,7	2,9	3,4	4,6	2,6	3,3
Inland	Index	99,8	99,1	99,3	97,9	99,5	98,2	101,6	98,1	98,5	98,0	102,7	101,8	100,4
	gg. Vp. in %	0,5	-0,7	0,2	-2,1	1,6	-1,3	3,5	0,4	0,4	-0,5	4,8	-0,9	-1,4
	gg. Vj. in %	0,5	-0,7	0,2	-1,3	0,7	-0,1	1,8	0,0	0,1	-0,4	4,3	-0,4	1,5
Ausland	Index	104,7	104,5	107,5	104,3	106,1	108,2	111,4	105,6	108,6	110,4	109,3	112,3	112,5
	gg. Vp. in %	3,7	-0,2	2,9	-1,2	1,7	2,0	3,0	0,5	2,8	1,7	-1,0	2,7	0,2
	gg. Vj. in %	3,8	-0,2	2,8	-0,6	1,6	5,0	5,4	1,4	6,2	7,8	4,9	6,2	5,2
Investitionsgüter	Index	114,3	116,4	118,6	117,6	116,1	117,5	123,3	117,8	118,1	116,7	125,2	116,7	128,0
	gg. Vp. in %	3,3	1,8	1,9	2,3	-1,3	1,2	4,9	0,8	0,3	-1,2	7,3	-6,8	9,7
	gg. Vj. in %	3,3	1,7	1,9	2,2	-2,7	1,0	7,2	-1,3	1,7	2,8	8,5	1,5	11,6
Inland	Index	107,8	112,1	114,1	112,4	112,9	110,8	120,4	108,3	112,8	111,2	118,9	112,9	129,5
	gg. Vp. in %	2,8	4,0	1,8	-0,1	0,4	-1,9	8,7	-5,6	4,2	-1,4	6,9	-5,0	14,7
	gg. Vj. in %	2,8	4,1	1,7	-0,9	2,4	-1,5	6,9	-7,7	3,5	0,8	5,1	0,9	15,0
Ausland	Index	118,4	119,0	121,4	120,8	118,0	121,7	125,1	123,6	121,4	120,1	129,1	119,0	127,1
	gg. Vp. in %	3,8	0,5	2,0	3,7	-2,3	3,1	2,8	4,6	-1,8	-1,1	7,5	-7,8	6,8
	gg. Vj. in %	3,6	0,5	2,0	4,2	-5,5	2,6	7,4	2,8	0,6	4,0	10,5	1,9	9,9
Konsumgüter	Index	107,3	109,7	111,3	113,3	110,9	108,4	112,5	106,3	109,2	109,7	111,7	114,0	111,9
	gg. Vp. in %	3,7	2,2	1,5	0,8	-2,1	-2,3	3,8	-3,7	2,7	0,5	1,8	2,1	-1,8
	gg. Vj. in %	3,7	2,1	1,5	4,5	0,3	0,7	0,2	-1,5	2,5	1,3	-1,0	3,3	-1,9
Inland	Index	99,4	101,5	100,6	101,6	103,3	96,7	100,8	95,1	97,6	97,4	99,1	100,8	102,5
	gg. Vp. in %	1,6	2,1	-0,9	0,0	1,7	-6,4	4,2	-5,0	2,6	-0,2	1,7	1,7	1,7
	gg. Vj. in %	1,5	2,1	-0,9	0,2	1,6	-4,3	-0,8	-6,2	-3,5	-3,1	-1,2	-0,7	-0,3
Ausland	Index	114,1	116,8	120,4	123,3	117,4	118,4	122,6	115,8	119,2	120,3	122,5	125,3	120,0
	gg. Vp. in %	5,3	2,4	3,1	1,5	-4,8	0,9	3,5	-2,9	2,9	0,9	1,8	2,3	-4,2
	gg. Vj. in %	5,3	2,3	3,3	7,9	-0,6	4,7	0,8	2,0	7,4	4,7	-0,7	6,4	-2,9
Industrie ohne Großaufträge [2]	Index	108,4	109,9	111,7	110,7	109,8	110,8	115,5	109,4	111,0	112,1	116,6	114,7	115,2
	gg. Vp. in %	3,2	1,4	1,6	0,5	-0,8	0,9	4,2	-1,2	1,5	1,0	4,0	-1,6	0,4
	gg. Vj. in %	3,2	1,4	1,5	1,1	-1,2	1,9	4,8	-0,6	2,6	3,6	6,0	4,0	4,3

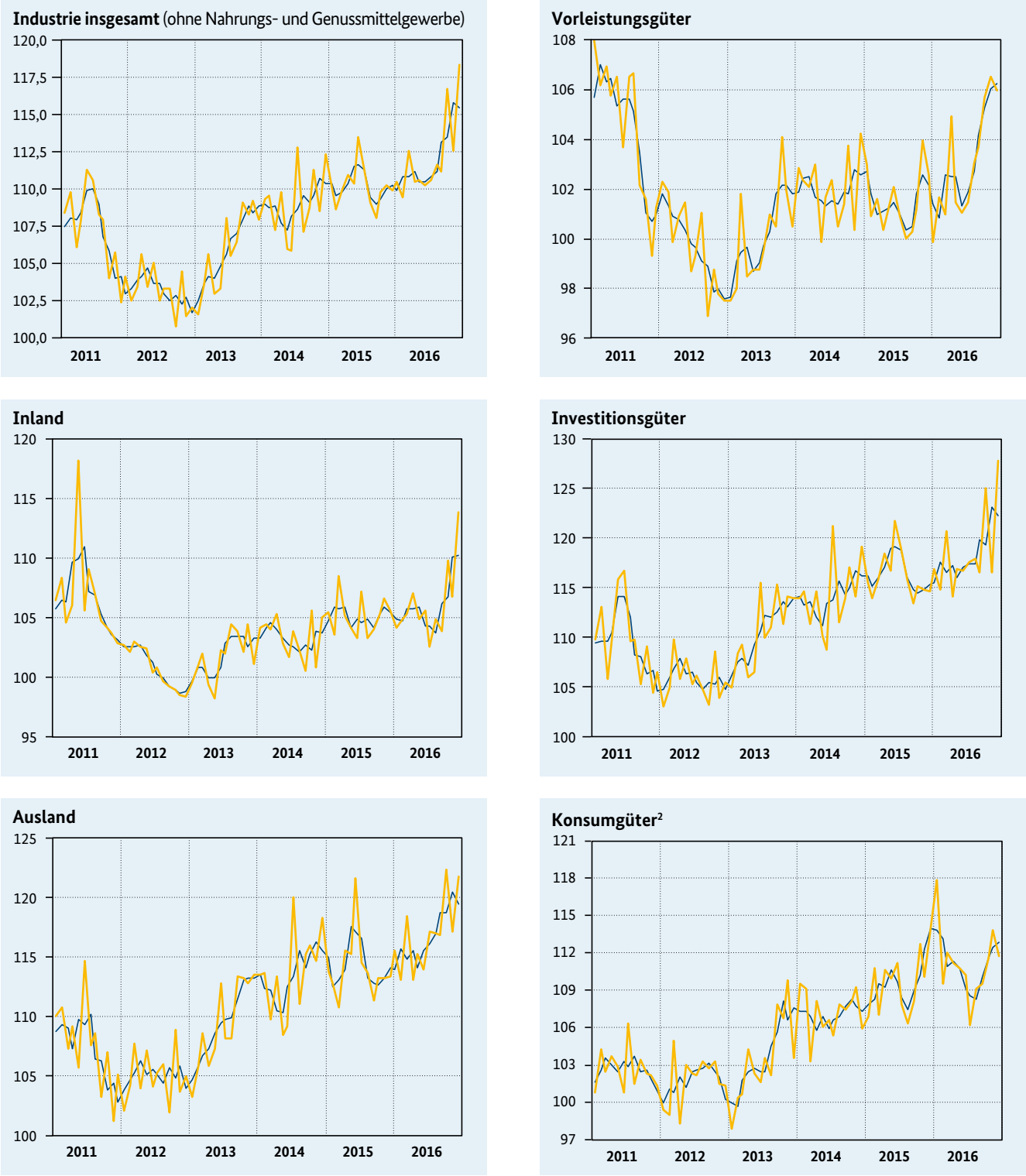
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X–12–ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Auftragseingang [1]														
Bauhauptgewerbe	Index	111,3	109,2	113,7	120,9	128,9	129,1	122,4	129,1	123,3	120,9	122,9	133,9	132,6
	gg. Vp. in %	2,2	-1,9	4,1	9,1	6,6	0,2	-5,2	-2,0	-4,5	-1,9	1,7	9,0	-1,0
	gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	13,2	14,0	17,8	10,1	18,3	14,1	10,4	5,8	21,6	4,9
Hochbau	Index	118,0	117,4	121,8	128,2	134,2	142,4	134,2	143,2	137,3	130,9	134,4	139,3	139,2
	gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	6,0	4,7	6,1	-5,8	-4,3	-4,1	-4,7	2,7	3,6	-0,1
	gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	8,6	11,6	21,1	10,6	22,3	15,5	12,0	4,7	20,4	-0,2
Wohnungsbau	Index	131,0	134,9	149,9	152,6	172,8	171,8	170,4	179,0	159,8	164,1	187,3	170,9	190,8
	gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	-2,2	13,2	-0,6	-0,8	1,2	-10,7	2,7	14,1	-8,8	11,6
	gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	7,9	17,1	20,2	8,9	25,4	3,7	14,5	9,3	20,3	21,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	Index	111,6	108,7	107,8	116,2	115,1	127,9	116,3	125,4	126,1	114,5	108,2	123,7	113,6
	gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	12,3	-0,9	11,1	-9,1	-8,0	0,6	-9,2	-5,5	14,3	-8,2
	gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	9,0	7,8	21,7	11,8	20,4	24,7	10,4	1,1	20,5	-13,0
Tiefbau	Index	104,6	101,1	105,6	113,5	123,7	115,9	110,5	115,1	109,3	110,9	111,4	128,4	126,0
	gg. Vp. in %	2,1	-3,3	4,5	12,7	9,0	-6,3	-4,7	1,2	-5,0	1,5	0,5	15,3	-1,9
	gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	19,6	16,6	14,1	9,5	13,8	12,8	8,6	7,2	23,0	11,9
Straßenbau	Index	103,3	98,8	100,9	99,5	127,6	114,0	113,3	115,3	115,5	110,8	113,6	119,9	134,5
	gg. Vp. in %	5,0	-4,4	2,1	-3,2	28,2	-10,7	-0,6	4,4	0,2	-4,1	2,5	5,5	12,2
	gg. Vj. in %	3,6	-3,5	1,4	7,0	22,6	14,8	10,3	16,0	20,9	2,6	7,4	26,9	47,3
Tiefbau ohne Straßenbau	Index	105,3	102,5	108,4	122,1	121,3	117,0	108,8	114,9	105,5	111,0	110,0	133,6	120,9
	gg. Vp. in %	0,4	-2,7	5,8	22,8	-0,7	-3,5	-7,0	-0,7	-8,2	5,2	-0,9	21,5	-9,5
	gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	25,6	13,6	13,7	9,1	12,3	7,2	13,1	7,1	20,9	-1,4
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	114,2	112,9	112,7	120,9	119,3	130,2	117,1	127,9	124,4	116,6	110,2	130,0	121,3
	gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	12,6	-1,3	9,1	-10,1	-5,8	-2,7	-6,3	-5,5	18,0	-6,7
	gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	10,2	6,8	18,2	8,6	18,6	17,9	9,2	-0,5	18,3	-13,0
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	100,4	95,3	100,1	108,1	121,1	110,9	108,5	110,2	107,4	108,0	110,0	123,0	120,9
	gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,0	12,4	12,0	-8,4	-2,2	0,7	-2,5	0,6	1,9	11,8	-1,7
	gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,0	21,2	20,4	15,9	12,5	14,0	17,0	9,6	10,8	26,5	23,8
Baugenehmigungen (Neubau) [2]														
Hochbau (veranschlagte Kosten)	Mio. €	76490	78378	83667	22875	22101	25466	24933	8878	7976	8345	8612	8094	8269
	gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	18,3	23,0	24,4	11,6	21,8	5,4	13,2	16,3	4,1	21,5
Wohngebäude	Mio. €	43680	46466	51206	14001	13636	15393	14854	5423	4996	4958	4899	4839	4825
	gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	22,4	27,4	21,5	7,4	20,5	3,8	9,8	8,9	-1,7	14,8
Nichtwohngebäude	Mio. €	32809	31913	32461	8874	8465	10073	10080	3456	2980	3387	3713	3255	3444
	gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,7	12,5	16,5	29,1	18,3	24,0	8,2	18,6	27,6	14,0	32,3
gewerbliche Auftraggeber	Mio. €	23624	24145	24355	6717	6321	7558	7368	2541	2086	2572	2710	2499	2679
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	14,5	24,3	25,0	13,3	20,6	-3,6	24,2	19,4	16,2	31,9
öffentliche Auftraggeber	Mio. €	9185	7768	8106	2157	2144	2515	2712	915	894	815	1003	757	765
	gg. Vj. in %	20,9	-15,4	4,3	6,9	-1,6	43,3	34,6	34,6	51,6	3,8	56,6	7,5	34,0
Wohngebäude (Rauminhalt) [3]	Mio. m³	137	141	150	40,1	39,7	44,3	41,8	15,4	13,9	14,0	13,8	13,6	13,6
	gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	17,6	24,6	17,7	3,0	15,3	-2,8	5,9	6,5	4,0	8,3
	gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	7,7	8,5	-6,0	-6,0	4,9	-9,6	0,9	6,6	3,3	5,5

					2016				2016					2017
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ifo Konjunkturtest [4]														
Kapazitäts- und Geräteauslastung	Salden	73,8	73,3	75,4	64,7	76,1	80,9	79,7	81,2	80,8	80,5	79,8	78,8	69,5
witterungsbedingte Baubehinderungen	Salden	8,6	13,8	15,0	35,0	14,0	5,0	6,0	5,0	3,0	2,0	4,0	12,0	29,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

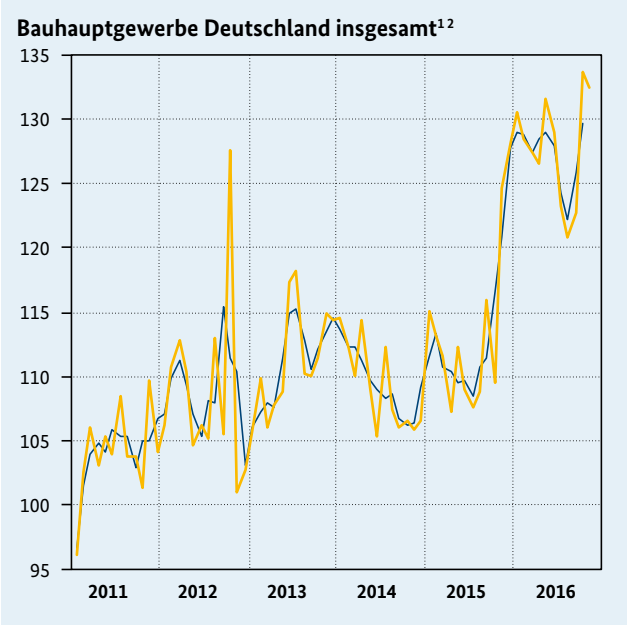
2 Ursprungszahlen;

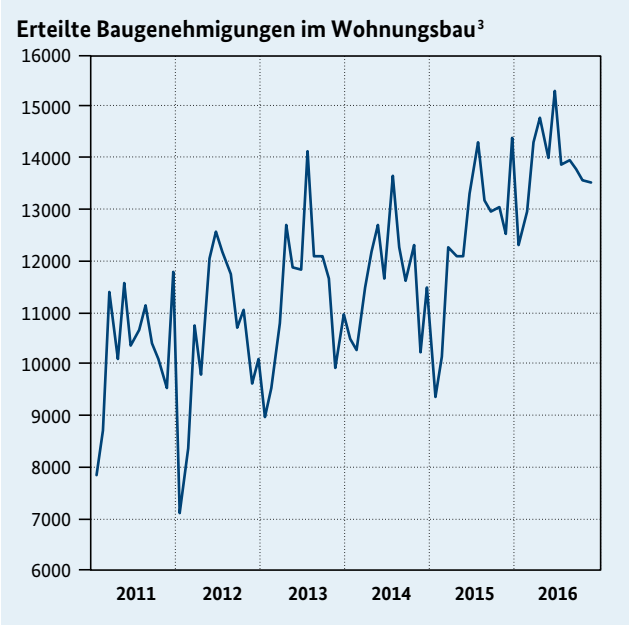
3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;

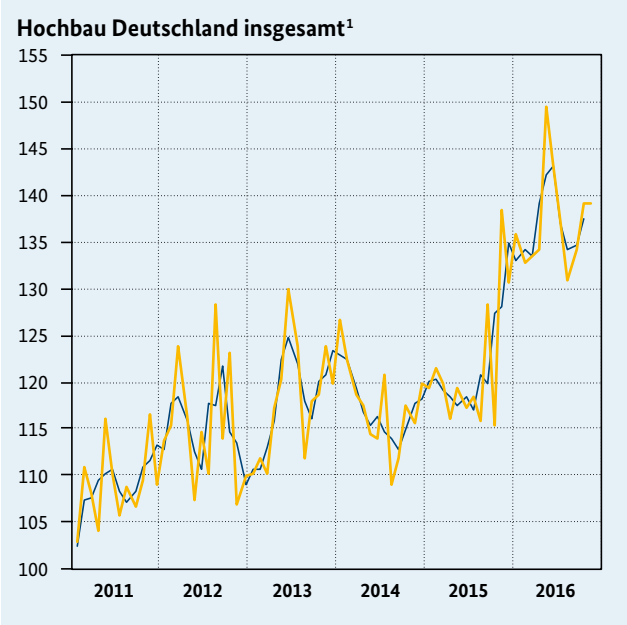
4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

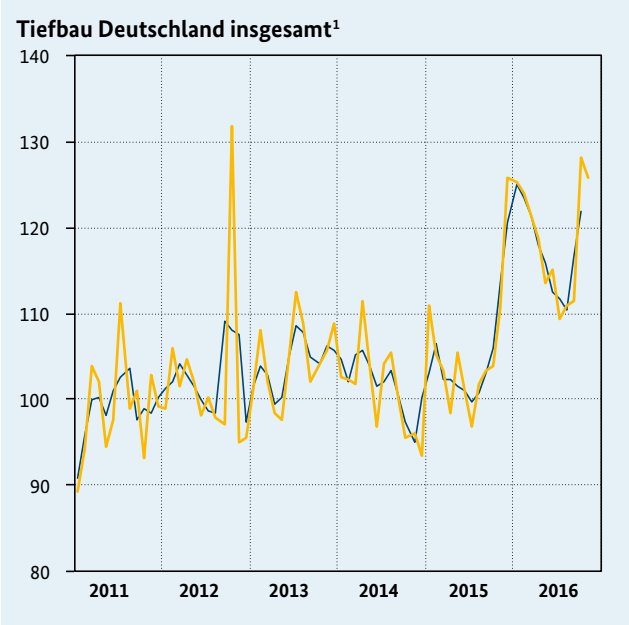
2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland









gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2016				2016				2017	
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
ifo Konjunkturtest [1]														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,1	9,2	9,6	6,6	8,7	9,1	14,1	11,9	13,8	13,7	14,7	12,5	-
Geschäftslage	Salden	13,3	15,5	17,5	15,3	17,2	17,2	20,2	18,3	18,9	19,9	21,8	22,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	3,2	2,1	-1,8	0,6	1,4	8,2	5,8	8,9	7,7	7,9	3,3	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	12,9	11,4	10,1	6,1	8,7	9,9	15,6	13,3	16,7	14,7	15,4	13,8	-
Geschäftslage	Salden	18,9	19,0	18,7	16,5	18,0	18,4	21,8	19,1	21,6	21,4	22,4	23,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	7,1	4,2	1,9	-3,7	-0,2	1,7	9,6	7,7	11,9	8,2	8,6	4,1	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	13,5	12,4	11,0	6,5	8,7	11,6	17,3	14,1	18,0	16,5	17,5	16,6	-
Geschäftslage	Salden	20,2	18,1	19,2	16,5	18,7	18,1	23,6	19,5	21,5	23,5	25,8	25,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	7,0	6,9	3,2	-3,0	-0,8	5,3	11,3	9,0	14,6	9,7	9,6	8,6	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	15,1	10,6	8,8	4,3	8,9	7,1	14,7	11,4	15,0	14,5	14,7	14,5	-
Geschäftslage	Salden	20,5	18,6	18,3	15,1	19,0	17,6	21,4	17,6	23,0	21,8	19,5	24,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,9	2,9	-0,3	-5,9	-0,8	-2,8	8,2	5,3	7,3	7,4	10,0	4,6	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	7,6	9,7	9,6	8,5	7,7	9,5	12,9	14,3	13,7	12,9	12,1	7,0	-
Geschäftslage	Salden	14,4	19,4	17,6	18,1	16,6	17,0	18,5	20,1	17,4	18,9	19,3	17,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,1	0,4	2,0	-0,7	-0,9	2,2	7,4	8,7	10,0	7,1	5,1	-2,7	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-3,1	-2,9	5,4	0,0	3,2	6,9	11,6	9,4	10,3	11,3	13,1	10,7	-
Geschäftslage	Salden	-3,3	-4,3	9,4	3,4	8,3	11,4	14,5	14,4	12,6	14,3	16,6	17,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,4	1,5	-3,3	-1,8	2,4	8,7	4,5	8,0	8,4	9,6	3,9	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	22,6	28,6	29,7	27,5	28,0	30,3	33,1	32,6	32,5	35,1	31,8	28,7	-
Geschäftslage	Salden	32,5	38,9	40,8	39,3	42,0	39,1	42,9	40,9	40,4	46,7	41,7	38,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	13,2	18,7	19,2	16,3	14,8	21,9	23,7	24,6	24,8	24,1	22,3	19,1	-
ZEW-Konjunkturerwartungen [2]														
konjunkturelle Lage	Salden	40,0	57,0	55,2	54,2	51,8	54,2	60,6	55,1	59,5	58,8	63,5	77,3	76,4
Konjunkturerwartungen	Salden	29,6	31,5	6,7	5,2	12,3	-1,9	11,3	0,5	6,2	13,8	13,8	16,6	10,4

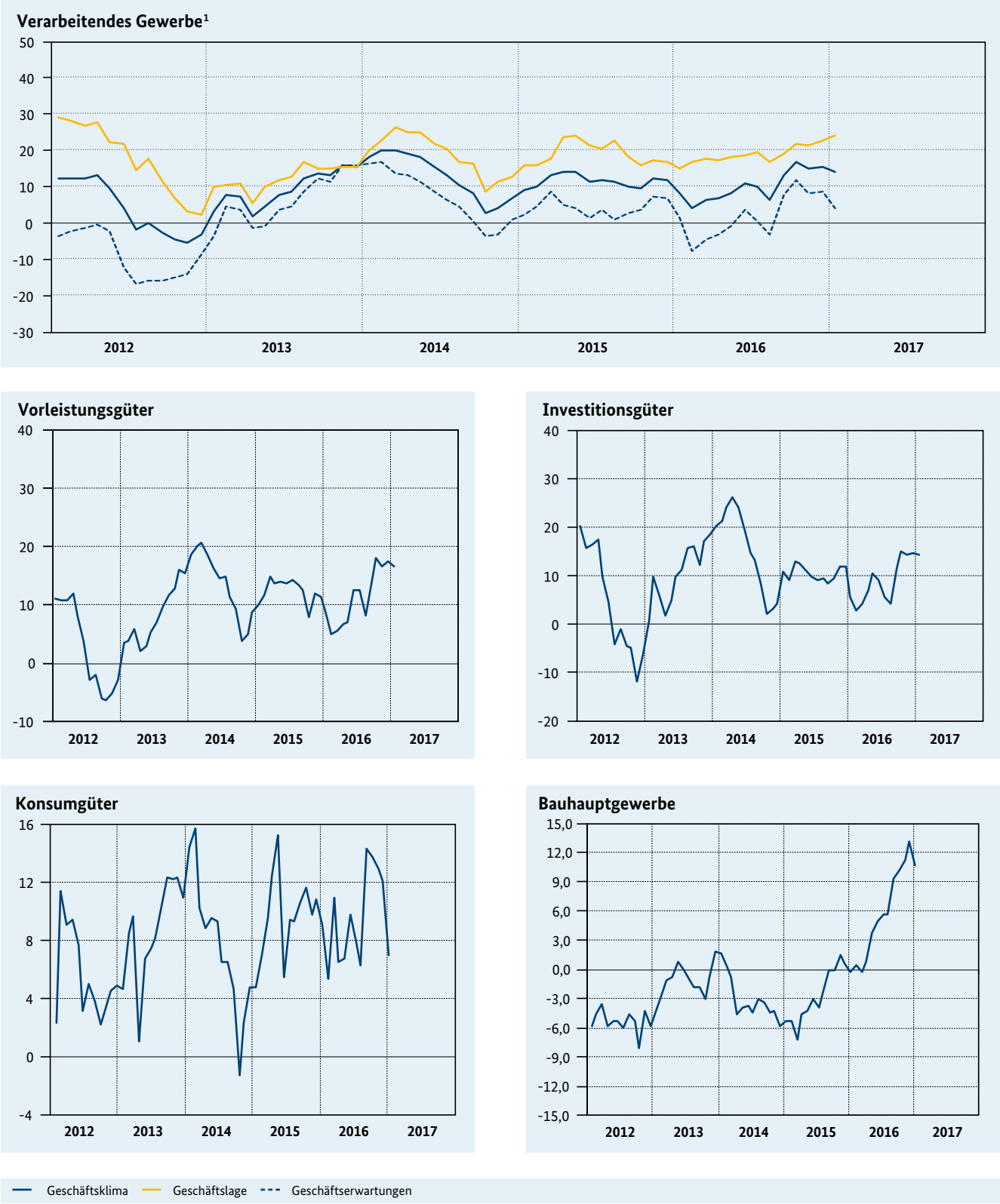
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

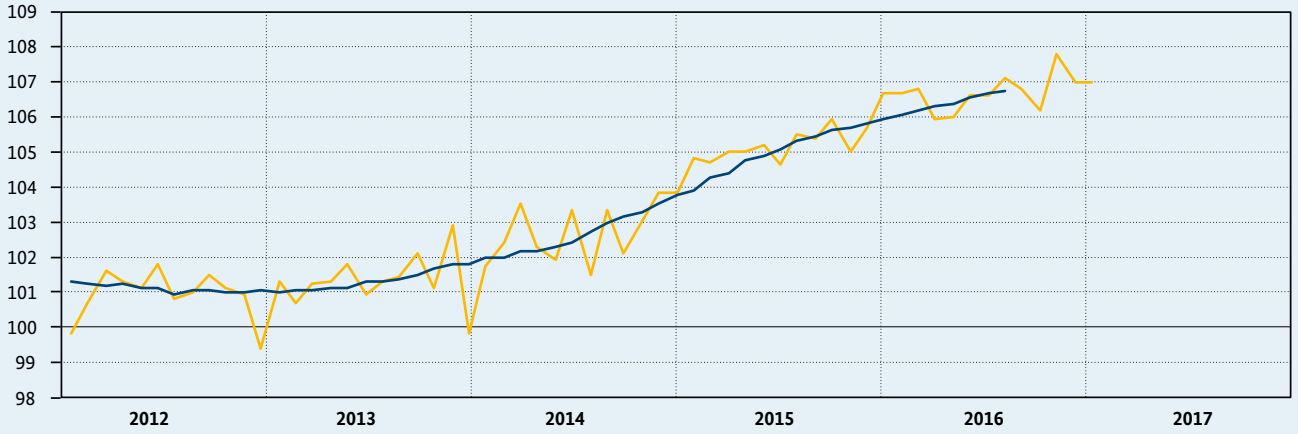
					2014			2015				2016		
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [1]														
Private Konsumausgaben [1]	Index	104,4	106,5	108,6	104,2	104,6	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	107,9	108,1	108,5
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,9	2,0	2,0	0,2	0,4	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,6	0,2	0,4
	gg. Vj. in %	0,9	2,0	2,0	0,7	0,6	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	2,0	2,7	1,5
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1710	1763	-	426	429	433	435	440	443	446	447	450	452
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	3,1	-	0,3	0,7	1,1	0,4	1,0	0,6	0,8	0,2	0,7	0,4
	gg. Vj. in %	2,3	3,1	-	2,2	2,0	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,6	3,2	2,1

					2016				2016				2017	
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Einzelhandelsumsätze [1]														
Einzelhandel	Index	102,7	105,3	106,7	106,5	106,4	106,7	107,3	106,2	107,8	107,0	107,0	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	1,4	2,5	1,3	0,7	-0,1	0,3	0,6	-0,6	1,5	-0,7	0,0	-	-
	gg. Vj. in %	1,4	2,5	1,3	1,6	1,3	1,1	1,4	0,1	2,7	1,2	0,4	-	-
Lebensmittel, Getränke,	Index	102,5	104,9	106,3	105,9	105,8	106,9	106,4	106,8	106,7	106,1	106,4	-	-
Tabakwaren	gg. Vp. In %	1,2	2,3	1,3	0,8	-0,1	1,0	-0,5	0,1	-0,1	-0,6	0,3	-	-
	gg. Vj. in %	1,4	2,3	1,2	2,1	0,8	1,1	1,1	1,3	2,2	0,8	0,4	-	-
Textilien, Bekleidung,	Index	99,8	99,1	99,2	97,7	100,3	97,2	101,4	90,5	104,3	100,4	99,5	-	-
Schuhe, Lederwaren	gg. Vp. In %	1,0	-0,7	0,1	-0,1	2,7	-3,1	4,3	-9,7	15,2	-3,7	-0,9	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	-0,4	0,0	-1,9	0,2	-2,0	3,6	-9,0	6,6	4,3	0,3	-	-
Geräte der Informations-	Index	121,7	126,7	126,5	126,2	126,0	125,0	128,9	122,7	129,1	126,9	130,7	-	-
und Kommunikationstechnik	gg. Vp. In %	3,6	4,1	-0,2	-0,2	-0,2	-0,8	3,1	-2,2	5,2	-1,7	3,0	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	3,9	0,0	-0,7	0,5	-2,7	2,3	-4,9	3,6	-0,6	3,7	-	-
Möbel, Raumausstattung,	Index	98,9	100,8	101,2	101,6	101,3	101,1	100,8	99,7	101,4	98,2	102,9	-	-
Haushaltsgeräte, Baubedarf	gg. Vp. In %	-0,8	1,9	0,4	-0,1	-0,3	-0,2	-0,3	-1,5	1,7	-3,2	4,8	-	-
	gg. Vj. in %	-0,7	2,0	0,3	1,2	0,5	0,6	-0,8	-1,7	1,2	-3,6	0,0	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	104,6	111,4	-	116,8	116,1	118,2	-	120,6	118,6	120,1	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	2,4	6,5	-	3,3	-0,6	1,8	-	1,2	-1,7	1,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	6,7	-	6,8	4,3	5,6	-	7,8	5,3	4,7	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe [1]														
Insgesamt	Index	101,7	102,3	-	102,7	103,0	103,8	-	105,8	101,7	102,6	-	-	-
	gg. Vp. In %	0,9	0,6	-	0,0	0,3	0,8	-	3,5	-3,9	0,9	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	0,7	-	2,2	0,7	1,0	-	4,7	-0,7	-0,6	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen [2]														
Insgesamt	in Tsd.	3037	3206	3352	791	942	822	796	298	263	277	257	241	-
	gg. Vj. in %	2,9	5,6	4,5	4,5	9,4	4,2	-0,3	9,4	-5,6	1,5	3,7	10,5	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1099	1098	1173	259	344	295	275	103	93	96	87	76	-
	gg. Vj. in %	-1,9	-0,1	6,8	1,4	10,4	11,0	3,6	21,6	-1,9	4,5	9,3	13,5	-
Verbraucherpreise [3]														
Insgesamt	Index	106,6	106,9	107,4	106,6	107,1	107,6	108,2	107,7	107,9	108,0	108,8	108,1	-
	gg. Vj. in %	0,9	0,2	0,5	0,3	0,1	0,5	1,1	0,7	0,8	0,8	1,7	1,9	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	1,0	0,8	0,8	1,0	0,2	0,8	1,2	0,4	0,0	1,2	2,5	3,2	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,5	1,2	1,2	1,1	1,1	1,2	1,4	1,3	1,4	1,4	1,5	1,6	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-0,9	-5,5	-4,5	-6,5	-5,6	-4,2	-1,5	-3,7	-2,3	-2,9	0,8	2,8	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,8	-2,6	-1,3	-2,3	-2,8	-1,6	1,5	-0,1	1,3	0,5	2,8	4,7	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel [4]	Salden	2,9	7,0	8,1	7,7	8,8	7,0	8,9	8,0	7,9	9,4	9,4	5,8	-
Geschäftslage	Salden	8,9	15,7	17,9	16,4	17,6	17,8	19,7	18,8	16,7	22,1	20,4	17,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,3	-1,3	-0,6	0,4	-3,3	-1,4	-2,2	-0,6	-2,6	-1,0	-4,8	-
GfK – Konsumklima [5]	Punkte	8,5	9,7	9,8	9,4	9,6	10,1	9,8	10,2	10,0	9,7	9,8	9,9	10,2
Anschaffungsneigung	Punkte	48,7	54,7	52,7	50,0	53,1	55,6	52,0	55,4	53,4	51,8	50,8	51,7	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

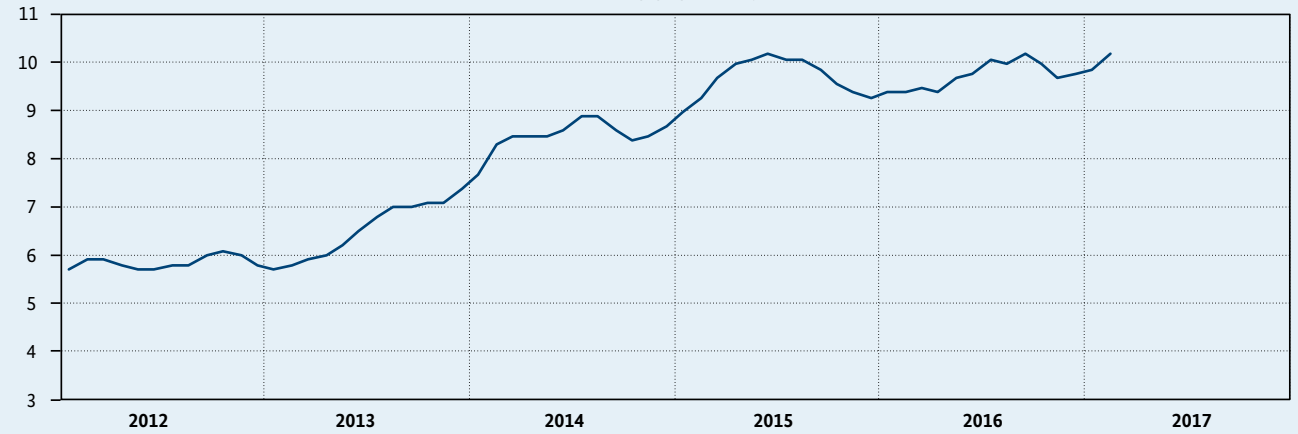
Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)[1]



gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)[2]

GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)[3]



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

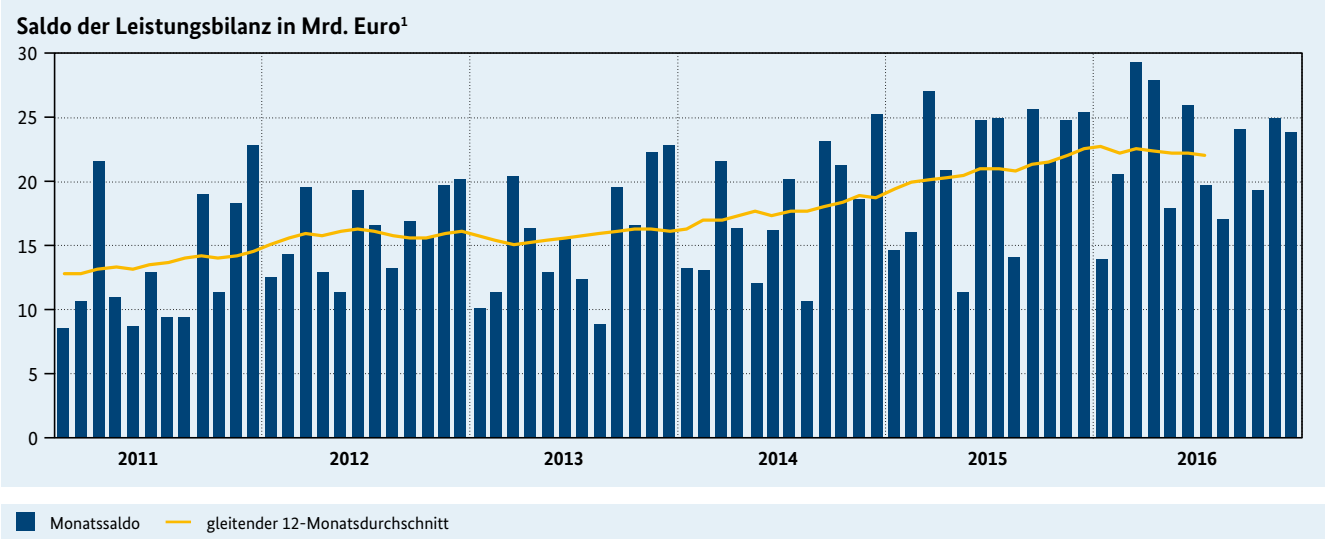
					2016				2016					
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)[1]														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	216	255	270	75	71	64	60	21,8	22,4	20,1	21,5	21,3	17,0
	gg. Vp. in %	12,4	18,0	6,0	18,5	-5,6	-9,3	-7,2	-3,0	3,0	-10,3	6,6	-0,8	-20,0
Warenhandel	in Mrd. €	228	258	268	67	71	67	63	22,0	23,3	22,0	22,4	22,5	18,2
	gg. Vp. in %	6,8	12,8	4,1	5,2	6,1	-5,2	-6,2	-3,0	6,0	-5,5	1,7	0,7	-19,2
Ausfuhr	in Mrd. €	1119	1174	1189	294	297	297	302	97,1	100,7	98,9	100,0	103,6	98,6
	gg. Vp. in %	3,1	4,9	1,3	0,8	1,1	-0,1	1,9	-1,9	3,7	-1,8	1,2	3,5	-4,8
Einfuhr	in Mrd. €	890	916	921	227	226	229	239	75,1	77,4	76,8	77,7	81,1	80,4
	gg. Vp. in %	2,3	2,9	0,5	-0,4	-0,4	1,6	4,3	-1,6	3,0	-0,7	1,1	4,4	-0,8
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-31	-28	-7	-7	-7	-8	-2,2	-1,8	-2,7	-2,4	-1,7	-3,5
	gg. Vp. in %	-17,3	-11,8	-11,4	-31,4	-2,1	-0,6	14,8	1,4	-19,2	49,7	-10,6	-29,1	110,7
Einnahmen	in Mrd. €	220	238	248	61	61	62	63	20,3	21,1	20,5	21,6	22,0	19,7
	gg. Vp. in %	7,4	8,2	4,0	2,8	0,0	1,1	2,0	-0,7	3,8	-2,8	5,1	1,9	-10,5
Ausgaben	in Mrd. €	255	269	275	68	68	69	71	22,5	22,9	23,2	23,9	23,6	23,2
	gg. Vp. in %	3,1	5,4	2,2	-2,1	-0,2	1,0	3,2	-0,5	1,6	1,3	3,3	-1,2	-1,9
Primäreinkommen	in Mrd. €	63	66	64	18	16	15	15	5,7	5,6	4,2	4,9	4,8	5,1
	gg. Vp. in %	-1,5	5,4	-3,4	1,7	-12,7	-1,3	-4,3	11,0	-1,4	-25,0	16,9	-1,6	5,0
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-40	-38	-34	-3	-9	-12	-11	-3,7	-4,7	-3,4	-3,5	-4,4	-2,7
	gg. Vp. in %	-6,7	-5,3	-8,9	-63,2	209,6	30,3	-10,3	16,5	27,2	-26,9	1,2	27,2	-38,4
Außenhandel nach Ländern[2]														
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1124	1194	1208	294	307	298	307	96,0	96,2	105,9	101,6	108,5	97,4
	gg. Vj. in %	3,3	6,2	1,2	0,6	2,2	-0,6	2,4	-10,0	9,7	0,4	-4,0	5,7	6,3
EU-Länder	in Mrd. €	649	693	708	176	181	173	177	56,1	54,2	63,1	59,7	63,3	54,1
	gg. Vj. in %	4,8	6,8	2,2	2,5	3,8	1,0	1,4	-7,0	10,0	1,7	-4,5	4,3	5,2
Eurozone[1]	in Mrd. €	411	434	442	110	113	107	111	35,5	32,6	39,2	37,5	39,7	34,3
	gg. Vj. in %	2,0	5,6	1,8	1,4	2,5	1,0	2,3	-5,9	9,0	1,7	-4,0	5,2	6,6
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	238	259	266	67	68	66	66	20,6	21,6	23,9	22,2	23,6	19,7
	gg. Vj. in %	10,1	8,9	2,8	4,3	6,0	1,0	-0,1	-9,0	11,6	1,8	-5,4	2,8	2,8
Drittländer	in Mrd. €	475	501	500	118	126	125	130	39,9	42,1	42,8	41,9	45,2	43,3
	gg. Vj. in %	1,2	5,4	-0,2	-2,1	0,0	-2,7	3,9	-13,9	9,3	-1,4	-3,3	7,6	7,7
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	910	949	955	236	237	235	247	76,9	76,6	81,9	82,2	85,8	78,7
	gg. Vj. in %	2,2	4,3	0,6	0,4	0,1	-1,2	3,0	-6,5	5,3	-1,6	-2,3	4,4	7,4
EU-Länder	in Mrd. €	595	622	633	156	159	155	163	51,3	48,6	55,0	54,2	56,9	51,7
	gg. Vj. in %	3,4	4,5	1,8	2,2	1,9	-0,3	3,2	-4,5	5,2	-0,7	-2,1	4,7	7,6
Eurozone	in Mrd. €	411	426	429	106	108	105	109	35,3	32,6	36,9	36,4	37,9	35,2
	gg. Vj. in %	2,3	3,7	0,7	1,1	0,6	-1,2	2,2	-4,5	4,1	-2,4	-2,8	2,8	7,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	184	196	204	50	51	50	53	16,0	16,0	18,1	17,8	19,0	16,4
	gg. Vj. in %	6,0	6,2	4,1	4,5	4,8	1,8	5,4	-4,6	7,6	3,0	-0,6	8,6	8,6
Drittländer	in Mrd. €	315	328	322	80	78	80	84	25,6	28,0	26,8	28,0	28,9	27,0
	gg. Vj. in %	0,0	3,9	-1,7	-2,9	-3,5	-2,9	2,5	-10,2	5,3	-3,3	-2,7	3,8	7,1

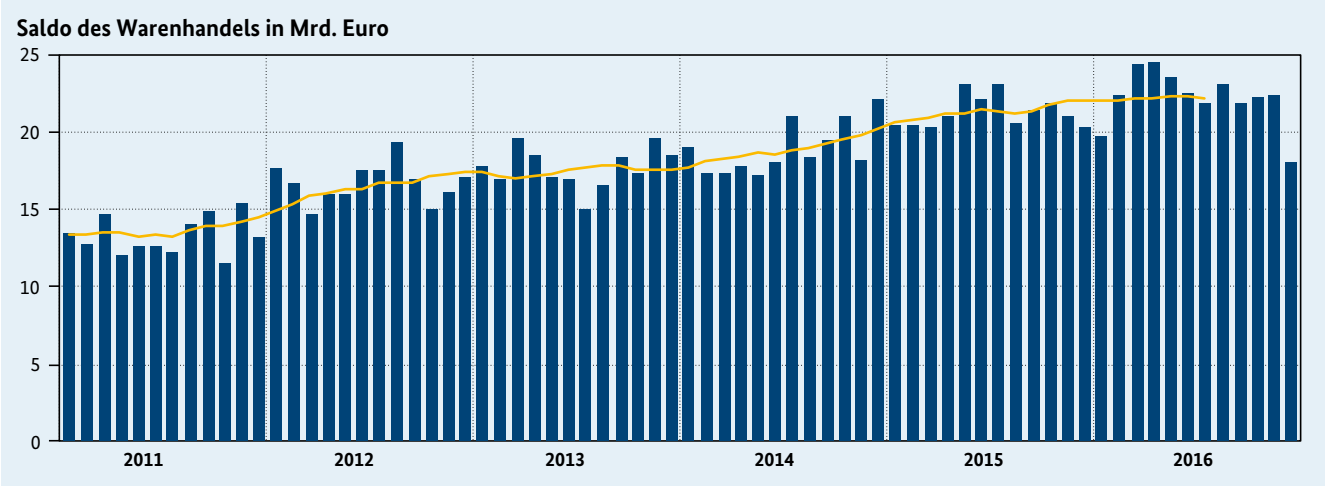
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

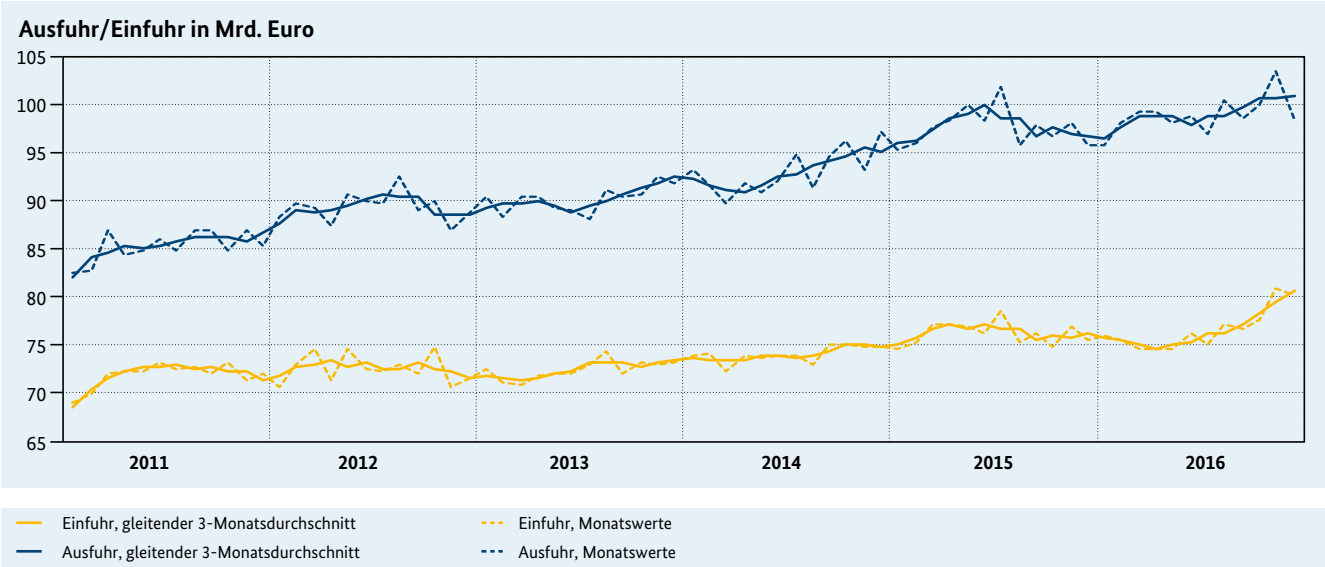
1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft







Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

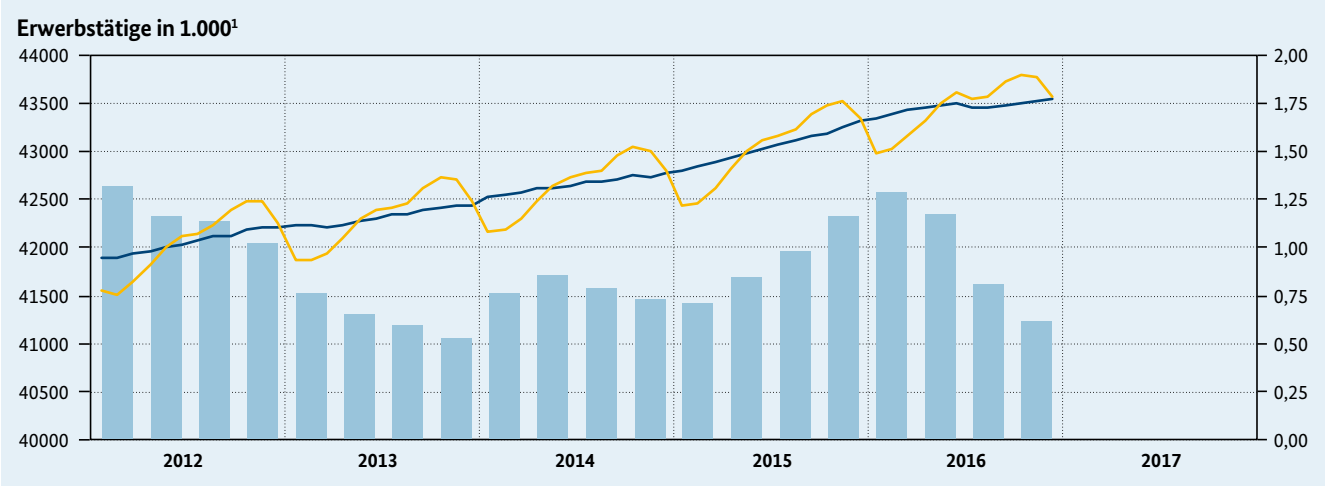
					2016				2016					2017
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige [1]	in Tsd.	42662	43057	43476	43061	43491	43625	43724	43578	43741	43797	43790	43586	-
	gg. Vj. in Tsd.	+335	+395	+419	+549	+506	+353	+267	+346	+333	+305	+264	+233	-
Sozialversicherungspflichtig	in Tsd.	30218	30853	-	31072	31356	31502	-	31482	31767	31757	31716	-	-
Beschäftigte	gg. Vj. in Tsd.	+490	+635	-	+690	+644	+482	-	+496	+436	+393	+332	-	-
Erwerbslose [2]	in Tsd.	2090	1950	1775	1915	1776	1752	1657	1787	1639	1722	1705	1544	-
	gg. Vj. in Tsd.	-92	-140	-175	-186	-177	-95	-241	-31	-169	-130	-234	-359	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,1	4,5	4,2	4,1	3,8	4,1	3,8	4,0	3,9	3,5	-
Arbeitslose insgesamt [3]	in Tsd.	2898	2795	2691	2892	2674	2651	2547	2684	2608	2540	2532	2568	2777
	gg. Vj. in Tsd.	-52	-104	-104	-101	-98	-108	-108	-111	-100	-109	-101	-113	-143
SGB II	in Tsd.	1965	1936	1869	1960	1892	1843	1781	1854	1820	1784	1776	1783	1767
	gg. Vj. in Tsd.	-16	-29	-67	-23	-58	-89	-99	-91	-89	-102	-93	-100	-192
SGB III	in Tsd.	933	859	822	932	782	808	766	830	787	756	756	785	1010
	gg. Vj. in Tsd.	-36	-75	-37	-78	-40	-19	-9	-21	-11	-7	-8	-13	+49
Westdeutschland	in Tsd.	2075	2021	1979	2095	1962	1970	1888	1998	1942	1888	1877	1897	2048
	gg. Vj. in Tsd.	-6	-54	-42	-42	-40	-43	-42	-44	-37	-41	-38	-46	-64
Ostdeutschland	in Tsd.	824	774	712	797	712	681	659	687	666	652	655	671	730
	gg. Vj. in Tsd.	-46	-50	-62	-59	-58	-65	-66	-67	-64	-68	-63	-67	-79
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,6	6,1	6,0	5,8	6,1	5,9	5,8	5,7	5,8	6,3
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,6	5,9	5,5	5,5	5,3	5,6	5,4	5,3	5,3	5,3	5,7
Ostdeutschland	in %	9,8	9,2	8,5	9,5	8,5	8,1	7,8	8,2	7,9	7,7	7,8	8,0	8,7
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	637	626	642	681	589	653	645	653	648	642	652	642	712
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	647	633	651	627	666	655	658	630	725	710	660	605	503
Kurzarbeit [4]	in Tsd.	49	44	-	50	47	35	-	38	36	36	38	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-27	-5	-	-1	0	+2	-	+12	-3	-11	-14	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3803	3631	3579	3687	3555	3550	3524	3567	3524	3495	3520	3557	3730
	gg. Vj. in Tsd.	-99	-171	-52	-167	-75	-6	+40	-10	+15	+23	+44	+51	+49
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	490	569	655	610	653	682	677	685	687	691	681	658	647
	gg. Vj. in Tsd.	+33	+78	+87	+94	+93	+87	+72	+89	+87	+79	+71	+68	+66
saisonbereinigte Angaben [5]														
Erwerbstätige [1]	gg. Vp. in Tsd.	+334	+394	+419	+142	+82	-6	+51	+9	+23	+7	+26	+24	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+489	+634	-	+163	+103	+27	-	+31	-3	+16	+21	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-82	-155	-150	-37	-35	-30	-78	-14	-22	-29	-31	-28	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,2	4,3	4,2	4,1	3,9	4,1	4,1	4,0	3,9	3,9	-
Arbeitslose insgesamt [3]	gg. Vp. in Tsd.	-53	-103	-104	-32	-29	-23	-31	-9	-2	-15	-8	-20	-26
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-16	-28	-69	-22	-27	-29	-26	-10	-2	-15	-3	-14	-79
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-37	-75	-35	-11	-1	+6	-6	+1	0	-1	-4	-7	+54
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-6	-54	-42	-12	-12	-8	-13	-2	+2	-7	-4	-12	-15
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-46	-50	-62	-20	-17	-15	-18	-7	-4	-8	-4	-8	-10
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,2	6,1	6,1	6,0	6,1	6,1	6,0	6,0	6,0	5,9
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,5	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,4
Ostdeutschland	in %	9,7	9,2	8,5	8,7	8,5	8,4	8,2	8,4	8,3	8,2	8,2	8,1	7,9
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-100	-171	-50	-29	+28	+26	+13	0	+10	+3	+8	-6	-16
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+33	+78	+87	+21	+16	+17	+18	+7	+6	+6	+4	+8	+9
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,8	108,4	109,2	108,4	108,2	109,0	111,2	108,6	110,1	110,7	111,1	111,8	110,7
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	102,7	103,1	103,0	103,0	102,7	103,3	103,2	103,4	103,4	103,3	103,2	103,1	103,2
BA-X Stellenindex	Index	168,8	192,4	216,6	209,7	213,7	218,7	224,3	218,0	221,0	223,0	223,0	227,0	228,0

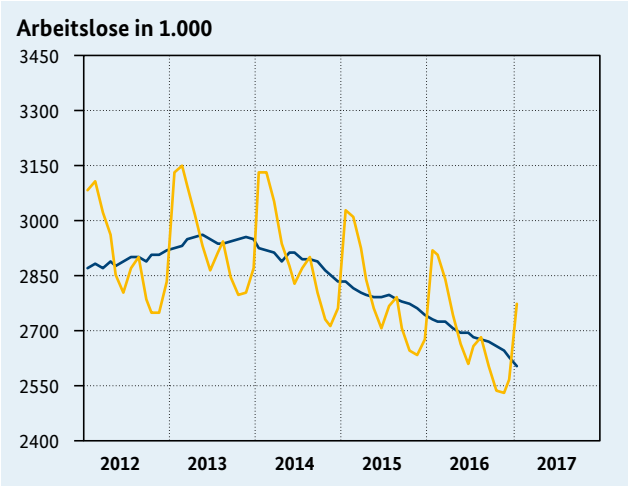
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

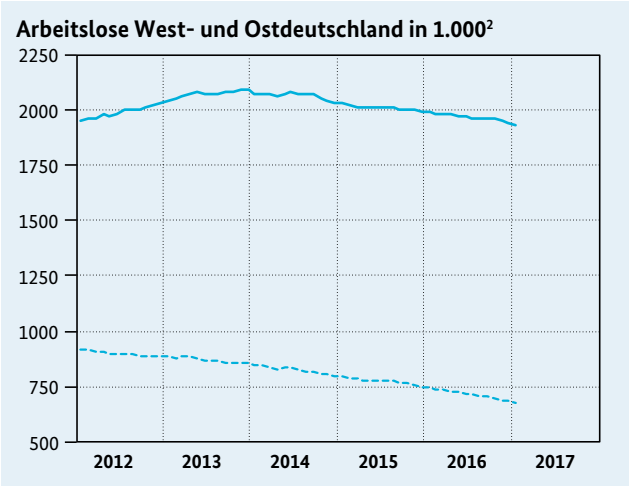
1 Inlandskonzept;
2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

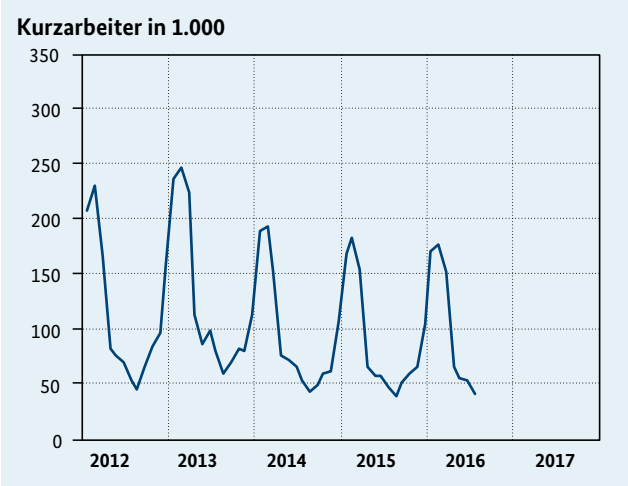
5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

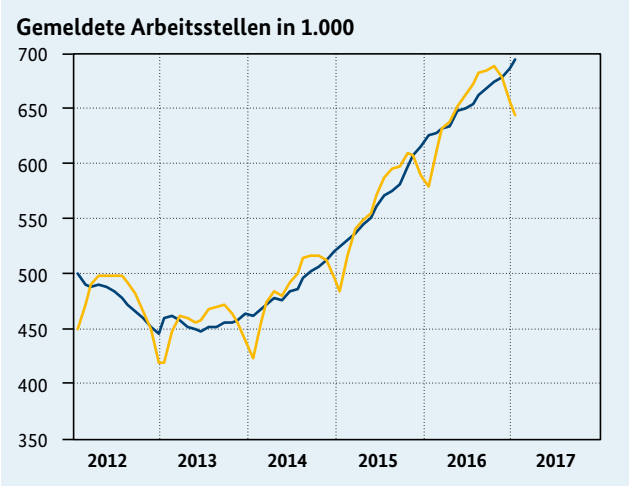
Bundesrepublik Deutschland











Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala) | Ursprungswerte | saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
Arbeitslose Westdeutschland | Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.
1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

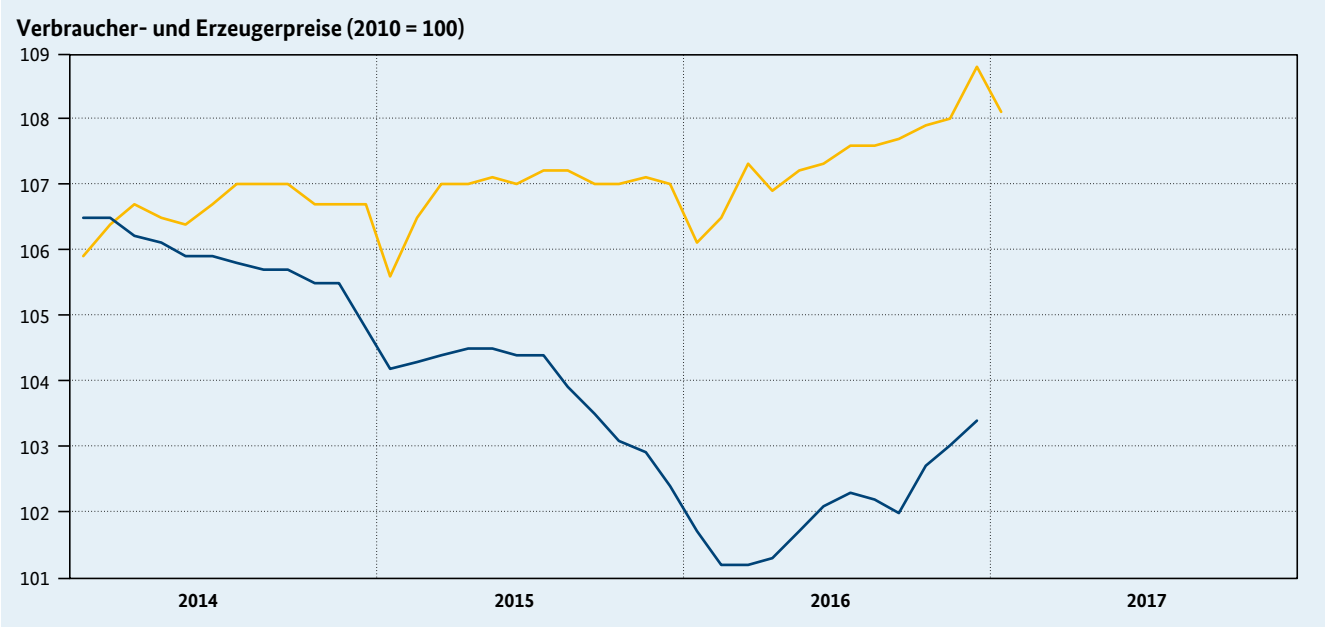
Bundesrepublik Deutschland

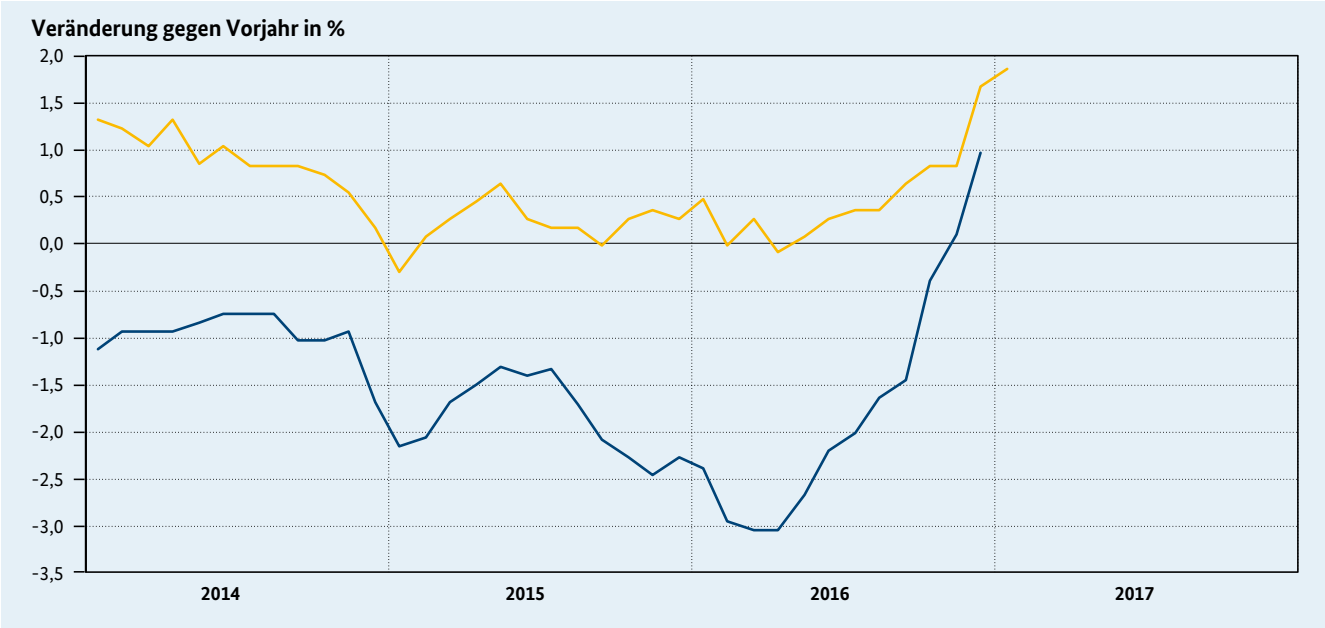
					2016				2016					2017
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Verbraucherpreise [1]														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,6	106,9	107,4	106,6	107,1	107,6	108,2	107,6	107,7	107,9	108,0	108,8	108,1
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+0,2	+0,1	+0,5	+1,1	+0,4	+0,7	+0,8	+0,8	+1,7	+1,9
Waren	Index	107,9	107,0	106,6	105,5	106,8	106,4	107,7	106,1	106,9	107,5	107,6	108,0	108,0
	gg. Vj. in %	+0,2	-0,8	-0,4	-0,8	-0,9	-0,5	+0,8	-0,6	-0,1	+0,4	+0,5	+1,8	+2,7
Verbrauchsgüter	Index	111,7	110,0	108,8	107,7	108,9	108,8	109,9	108,6	108,9	109,5	109,6	110,6	111,3
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,5	-1,1	-1,8	-2,0	-1,1	+0,8	-1,2	-0,5	+0,2	+0,2	+2,1	+3,5
darunter:	Index	111,5	112,4	113,3	113,1	113,2	112,7	114,0	112,5	112,6	112,7	114,2	115,2	116,0
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,8	+1,0	+0,2	+0,8	+1,2	+0,9	+0,4	0,0	+1,2	+2,5	+3,2
darunter:	Index	119,5	112,8	107,8	106,9	108,0	107,5	108,7	107,3	107,5	108,6	107,8	109,6	109,8
Haushaltsenergie [2]	gg. Vj. in %	-0,9	-5,6	-4,4	-6,6	-5,7	-4,2	-1,5	-4,2	-3,7	-2,3	-2,9	+0,8	+2,8
Gebrauchsgüter,	Index	104,8	105,5	106,3	104,8	106,8	105,2	108,3	104,3	107,6	108,8	108,6	107,5	104,7
mittlere Lebensdauer	gg. Vj. in %	+0,7	+0,7	+0,8	+0,6	+0,9	+0,4	+1,1	0,0	+0,4	+0,6	+1,1	+1,6	+1,1
Gebrauchsgüter,	Index	96,9	97,3	98,4	98,2	98,4	98,4	98,7	98,5	98,5	98,6	98,8	98,7	98,8
langlebig	gg. Vj. in %	-0,5	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,1	+0,9	+1,1	+1,1	+0,9	+1,0	+0,8	+0,8
Dienstleistungen	Index	105,5	106,8	108,2	107,6	107,5	108,8	108,7	109,0	108,4	108,3	108,3	109,5	108,3
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	+1,3	+1,1	+1,5	+1,2
darunter:	Index	105,4	106,7	108,0	107,4	107,7	108,1	108,6	108,1	108,3	108,5	108,6	108,7	109,0
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,5	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,4	+1,2	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	+1,6
Insgesamt ohne Energie	Index	105,6	106,8	108,1	107,5	107,8	108,3	108,8	108,3	108,4	108,5	108,6	109,3	108,5
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,3	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,6	+1,5
Energie	Index	115,5	107,4	101,6	99,2	102,0	101,7	103,4	101,2	101,9	103,4	102,2	104,5	105,4
	gg. Vj. in %	-2,1	-7,0	-5,4	-7,8	-7,6	-5,6	-0,6	-5,9	-3,6	-1,4	-2,7	+2,5	+5,9
Insgesamt (saisonbereinigt [3])	Index	106,6	106,9	107,4	106,6	107,3	107,6	108,2	107,5	107,7	108,0	108,0	108,5	108,6
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+0,2	+0,2	+0,6	+1,1	+0,5	+0,7	+0,9	+0,8	+1,6	+1,9
HVPI [4]	Index	99,9	100,0	100,4	99,6	100,1	100,6	101,1	100,6	100,6	100,8	100,8	101,8	101,0
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,1	+0,4	+0,1	0,0	+0,4	+1,0	+0,3	+0,5	+0,7	+0,7	+1,7	+1,9
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [5]														
Insgesamt	Index	105,8	103,9	102,1	101,4	101,7	102,2	103,0	102,2	102,0	102,7	103,0	103,4	-
	gg. Vj. in %	-1,0	-1,8	-1,7	-2,8	-2,7	-1,6	+0,2	-1,6	-1,4	-0,4	+0,1	+1,0	-
Vorleistungsgüter	Index	103,5	102,3	100,8	100,2	100,5	101,0	101,4	101,0	101,0	100,9	101,5	101,9	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,2	-1,5	-2,2	-2,3	-1,6	+0,2	-1,6	-1,2	-0,7	+0,4	+1,1	-
Investitionsgüter	Index	103,5	104,2	104,8	104,6	104,7	104,9	105,0	104,9	104,9	104,9	105,0	105,0	-
	gg. Vj. in %	+0,5	+0,7	+0,6	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	109,0	108,1	108,8	108,2	108,1	108,9	109,8	108,9	109,2	109,5	109,7	110,2	-
	gg. Vj. in %	+0,6	-0,8	+0,6	+0,3	-0,1	+0,6	+1,5	+0,7	+0,8	+1,1	+1,4	+1,9	-
Gebrauchsgüter	Index	105,7	107,1	108,4	108,1	108,4	108,6	108,6	108,6	108,6	108,6	108,6	108,7	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,3	+1,2	+1,4	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,0	+1,1	-
Verbrauchsgüter	Index	109,5	108,3	108,8	108,3	108,1	109,0	110,0	109,0	109,3	109,6	109,9	110,5	-
	gg. Vj. in %	+0,5	-1,1	+0,5	+0,2	-0,3	+0,6	+1,6	+0,7	+0,7	+1,1	+1,5	+2,1	-
Energie	Index	108,5	102,6	96,6	95,3	96,1	96,6	98,5	96,7	95,9	98,1	98,4	98,9	-
	gg. Vj. in %	-3,1	-5,4	-5,8	-8,6	-7,7	-5,6	-1,2	-5,5	-5,2	-2,2	-1,7	+0,2	-
Baupreise [6]														
Wohngebäude	Index	109,4	111,1	113,4	112,5	113,2	113,7	114,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,6	+2,1	+1,7	+2,1	+2,1	+2,2	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	110,3	111,4	112,4	111,7	112,1	112,7	113,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,0	+0,9	+0,5	+0,7	+1,2	+1,3	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise





Verbraucherpreise — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2016				2016					2017
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Weltmarktpreise für Rohstoffe [1]														
Insgesamt	Index	172,4	100,1	87,4	70,0	87,9	90,7	100,9	90,9	91,2	99,9	95,4	107,3	108,6
	gg. Vj. in %	-7,1	-41,9	-12,7	-32,8	-23,0	-6,7	+18,9	-2,5	-1,8	+7,9	+10,9	+41,6	+62,3
Nahrungs- und Genussmittel	Index	121,6	100,0	102,1	93,6	105,3	105,0	104,4	104,0	104,3	105,5	105,4	102,4	106,2
	gg. Vj. in %	-1,5	-17,7	+2,1	-11,4	+5,4	+6,8	+8,5	+6,8	+10,6	+8,1	+10,0	+7,5	+14,9
Industrie-Rohstoffe	Index	135,2	100,1	97,3	87,7	95,2	97,5	108,8	98,9	96,5	99,2	110,4	116,7	119,5
	gg. Vj. in %	-13,4	-26,0	-2,8	-19,9	-10,7	+1,0	+23,9	+3,5	+0,4	+6,1	+27,5	+40,1	+44,5
Energie-Rohstoffe	Index	179,2	100,1	85,5	66,8	86,1	89,2	99,8	89,2	89,9	99,5	93,3	106,7	107,7
(Rohöl und Kohle)	gg. Vj. in %	-6,8	-44,1	-14,6	-35,5	-25,7	-8,3	+19,2	-3,8	-2,8	+7,9	+9,4	+44,6	+69,1
Außenhandelspreise [2]														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	103,6	100,9	97,8	96,2	97,2	97,8	99,8	97,7	97,8	98,7	99,4	101,3	-
	gg. Vj. in %	-2,2	-2,6	-3,1	-5,2	-5,6	-2,8	+1,0	-2,6	-1,8	-0,6	+0,3	+3,5	-
Güter der	Index	111,9	112,7	112,4	110,8	111,3	112,4	114,9	112,4	112,8	113,7	114,5	116,5	-
Ernährungswirtschaft	gg. Vj. in %	-0,6	+0,7	-0,3	-2,4	-2,1	+0,7	+2,8	+1,1	+1,0	+1,4	+2,4	+4,5	-
Güter der gewerblichen	Index	102,8	99,7	96,3	94,8	95,7	96,3	98,3	96,2	96,2	97,2	97,9	99,7	-
Wirtschaft	gg. Vj. in %	-2,4	-3,0	-3,4	-5,4	-6,0	-3,2	+0,9	-3,0	-2,1	-0,8	+0,1	+3,3	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	109,0	88,3	77,1	70,4	75,7	77,7	84,5	77,7	77,7	81,4	83,0	89,2	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-19,0	-12,7	-23,0	-21,0	-10,1	+6,1	-8,7	-6,6	-1,5	+3,0	+17,5	-
Fertigwaren	Index	100,9	103,3	102,2	102,3	102,0	102,1	102,6	102,0	102,0	102,1	102,6	103,0	-
	gg. Vj. in %	-0,4	+2,4	-1,1	-0,6	-1,7	-1,4	-0,4	-1,4	-1,1	-0,6	-0,6	+0,1	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,0	104,9	104,0	103,6	103,7	104,0	104,8	104,0	104,0	104,3	104,8	105,2	-
	gg. Vj. in %	-0,3	+0,9	-0,9	-1,1	-1,6	-0,9	+0,4	-0,9	-0,6	-0,1	+0,3	+1,1	-
Terms of Trade	Verhältnis	100,4	103,9	106,4	107,7	106,7	106,3	105,0	106,4	106,3	105,7	105,4	103,8	-
	gg. Vj. in %	+1,9	+3,5	+2,4	+4,3	+4,2	+1,9	-0,6	+1,7	+1,2	+0,6	0,0	-2,4	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,11	1,11	1,10	1,13	1,12	1,08	1,12	1,12	1,10	1,08	1,05	1,06
	gg. Vj. in %	+0,1	-16,5	-0,3	-2,2	+2,2	+0,4	-1,5	+0,7	-0,1	-1,9	+0,6	-3,1	-2,3
in Yen	Kurs	140,4	134,3	120,3	127,0	122,0	114,3	117,9	113,5	114,2	114,5	116,9	122,4	122,1
	gg. Vj. in %	+8,3	-4,3	-10,4	-5,3	-9,1	-15,9	-11,3	-17,2	-15,3	-15,1	-11,1	-7,5	-4,8
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,73	0,82	0,77	0,79	0,85	0,87	0,86	0,85	0,89	0,87	0,84	0,86
	gg. Vj. in %	-5,0	-10,0	+12,8	+3,6	+9,1	+18,4	+20,4	+19,7	+16,5	+22,0	+23,0	+16,3	+14,1
Effektive Wechselkurse des Euro [3]														
nominal	Index	101,8	92,3	94,8	94,1	94,9	95,1	94,9	95,2	95,4	95,5	95,0	94,2	94,4
	gg. Vj. in %	+0,6	-9,3	+2,6	+1,2	+4,0	+2,6	+2,7	+2,3	+1,6	+2,0	+4,2	+1,8	+0,8
real, auf Basis von	Index	97,9	88,4	90,1	89,5	90,3	90,5	90,2	90,6	90,6	90,8	90,2	89,6	89,8
Verbraucherpreisen	gg. Vj. in %	-0,3	-9,7	+2,0	+0,4	+3,2	+2,1	+2,1	+1,9	+1,1	+1,4	+3,5	+1,5	+0,7
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft [4]														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,5	94,7	95,2	94,8	95,2	95,3	95,4	95,3	95,5	95,8	95,2	95,3	95,5
	gg. Vj. in %	+0,2	-3,9	+0,5	-0,2	+0,8	+0,6	+1,0	+0,4	+0,4	+0,7	+1,1	+1,1	+1,1
56 Länder	Index	91,0	86,3	87,4	87,4	87,7	87,4	87,2	87,4	87,6	87,5	87,1	87,1	87,2
	gg. Vj. in %	+0,8	-5,1	+1,3	+1,0	+2,7	+0,7	+0,7	+0,4	-0,2	+0,1	+1,5	+0,6	-0,1

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

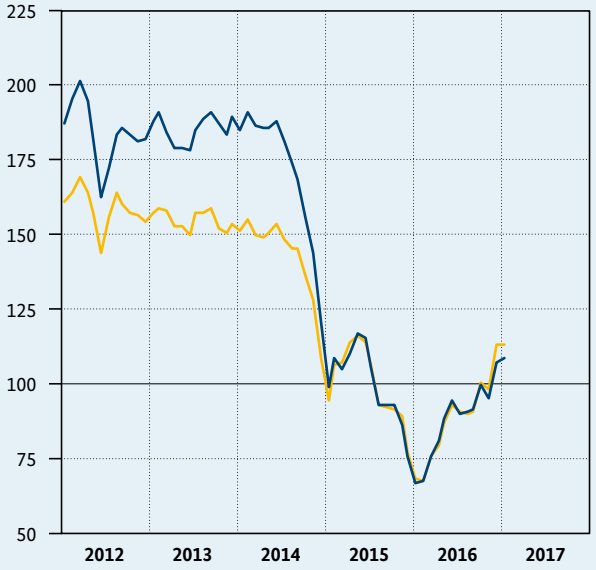
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

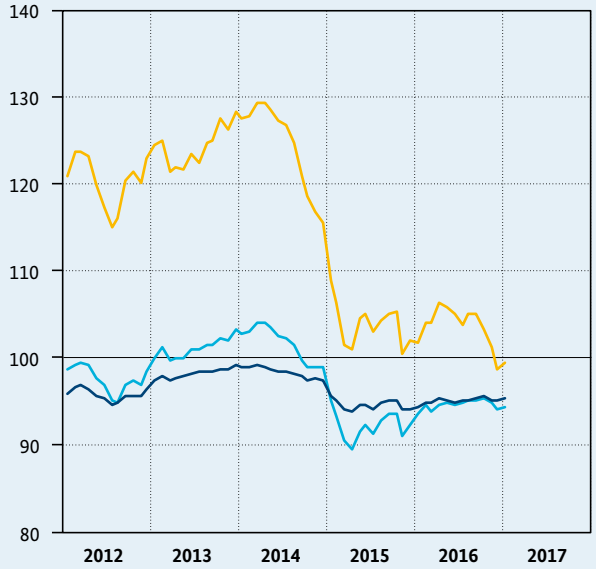
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

Index der Weltmarktrohstoffpreise (2015 = 100)



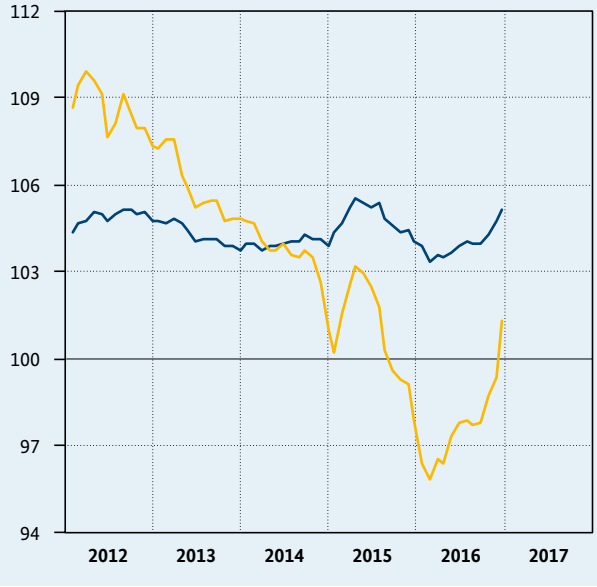
auf Euro-Basis
auf US-Dollar-Basis

Außenwert/Effektiver Wechselkurs des Euro



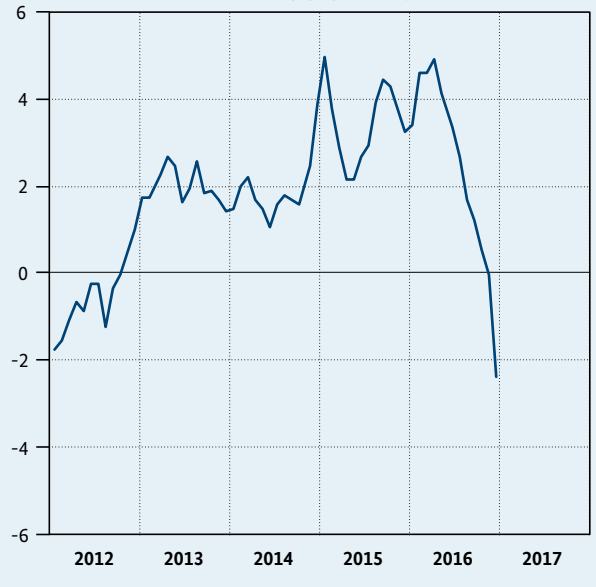
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro [1]; 1. Quartal 1999 = 100
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit [2]

Außenhandelspreise, Index 2010 = 100



Einfuhrpreise
Ausfuhrpreise

Terms of Trade, Veränderung gegen Vorjahr in %



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

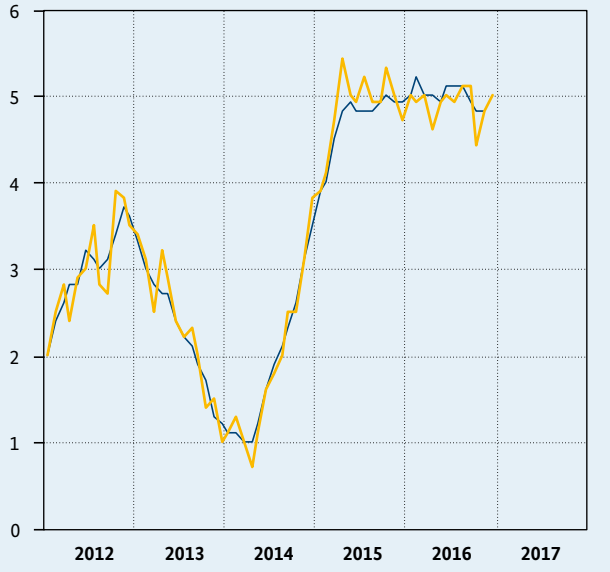
					2016				2016					2017
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz[1]	Zinssatz	0,12	-0,13	-0,37	-0,31	-0,38	-0,40	-0,39	-0,40	-0,40	-0,38	-0,39	-0,40	-0,40
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,21	-0,02	-0,26	-0,19	-0,26	-0,30	-0,31	-0,30	-0,30	-0,31	-0,31	-0,32	-0,33
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,31	0,05	-0,16	-0,10	-0,15	-0,19	-0,21	-0,19	-0,20	-0,21	-0,21	-0,22	-0,24
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,48	0,17	-0,04	0,01	-0,02	-0,06	-0,07	-0,05	-0,06	-0,07	-0,07	-0,08	-0,09
Differenz 3M-EURIBOR ./. 3M-Repo-Satz[1]	Zinssatz	0,09	0,11	0,11	0,13	0,12	0,10	0,08	0,10	0,09	0,08	0,07	0,08	0,07
Umlaufsrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,22	-0,12	-0,51	-0,36	-0,48	-0,62	-0,57	-0,61	-0,62	-0,58	-0,52	-0,60	-0,55
Umlaufsrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,64	0,13	-0,28	-0,12	-0,27	-0,45	-0,27	-0,45	-0,44	-0,37	-0,23	-0,22	-0,20
Umlaufsrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,16	0,50	0,09	0,26	0,08	-0,12	0,15	-0,13	-0,09	0,00	0,19	0,25	0,25
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1[2]	gg. Vj. in %	6,0	10,9	9,1	10,3	9,2	8,6	8,4	8,9	8,4	8,0	8,5	8,8	-
Wachstum der Geldmenge M2[2]	gg. Vj. in %	2,6	5,0	5,1	5,4	5,0	5,0	4,8	5,2	5,0	4,6	4,9	4,8	-
Wachstum der Geldmenge M3[2]	gg. Vj. in %	1,9	4,8	4,9	5,0	4,8	5,0	4,7	5,1	5,1	4,4	4,8	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt[2]	gg. Vj. in %	1,9	4,7	-	5,1	5,0	5,0	-	5,1	4,9	4,8	4,8	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum[3]	gg. Vj. in %	-2,0	+0,4	+1,6	+1,1	+1,4	+1,6	+2,3	+1,6	+1,9	+2,2	+2,2	+2,4	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,6	+0,6	+1,4	+1,1	+1,2	+1,5	+1,9	+1,5	+1,7	+1,9	+1,8	+2,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland[2]	gg. Vj. in %	+1,0	+2,5	+2,8	+2,4	+2,9	+2,6	+3,3	+2,6	+2,9	+3,3	+3,3	+3,3	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,8	+2,1	+3,0	+2,6	+3,1	+3,2	+3,3	+3,1	+3,3	+3,3	+3,4	+3,3	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D.[3]	gg. Vj. in %	-0,2	-0,6	+2,1	+1,6	+2,2	+2,0	+2,4	+1,8	+2,3	+2,5	+2,3	+2,3	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-2,9	-0,8	+0,1	+0,5	+2,0	-1,3	-0,7	-2,4	-1,8	+0,1	+0,4	-2,6	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,1	-1,5	+2,3	+0,4	+1,8	+3,4	+3,6	+3,5	+4,0	+3,8	+3,4	+3,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	-0,4	+2,5	+2,2	+2,4	+2,4	+2,8	+2,5	+2,9	+2,8	+2,5	+3,2	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland[3]	gg. Vj. in %	+1,2	+2,1	+2,9	+2,8	+2,9	+3,0	+2,9	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+3,7	+3,5	+3,7	+3,7	+3,7	+3,7	+3,8	+3,7	+3,7	+3,7	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30)[4]	Index	9537	10969	10196	9674	9963	10332	10813	10530	10504	10619	10596	11226	11620
	gg. Vp. in %	+14,8	+15,0	-7,1	-9,0	+3,0	+3,7	+4,7	+5,7	-0,2	+1,1	-0,2	+5,9	+3,5
Dow Jones Euro Stoxx (50)[5]	Index	3145	3445	3005	2977	2975	2975	3093	2993	3012	3042	3026	3210	3299
	gg. Vp. in %	+12,6	+9,5	-12,8	-10,7	-0,1	0,0	+4,0	+2,5	+0,6	+1,0	-0,5	+6,1	+2,8
Standard & Poor's 500[5]	Index	1931	2061	2093	1949	2076	2161	2186	2177	2159	2143	2167	2247	2273
	gg. Vp. in %	+17,6	+6,7	+1,5	-5,1	+6,5	+4,1	+1,1	+1,4	-0,9	-0,7	+1,1	+3,7	+1,2
Nikkei 225[5]	Index	15475	19166	16924	16870	16389	16502	17935	16593	16730	17036	17686	19082	19199
	gg. Vp. in %	+14,3	+23,8	-11,7	-11,4	-2,9	+0,7	+8,7	+2,5	+0,8	+1,8	+3,8	+7,9	+0,6

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Ursprungszahlen;
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
5 Kurs- bzw. Preisindex.

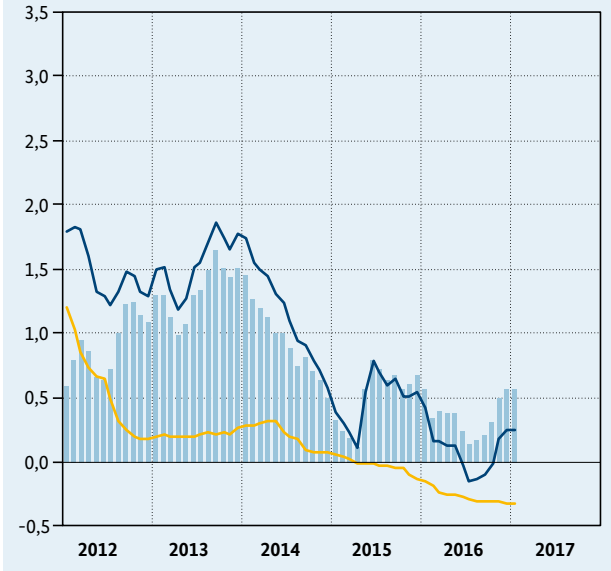
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



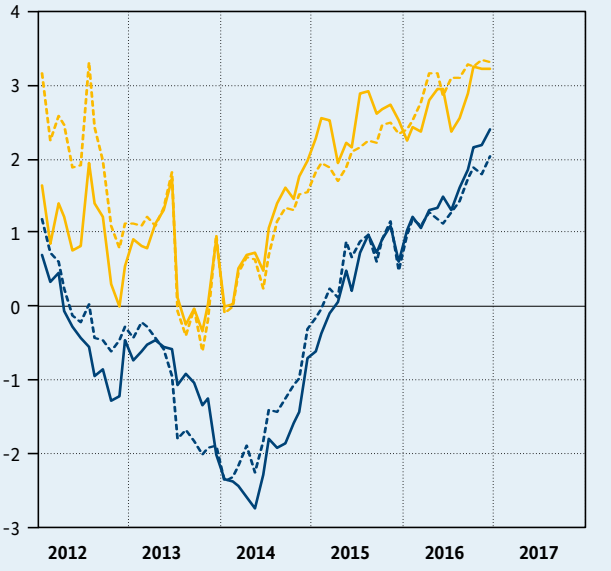
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in % [1]
- monatlich
- gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufsrendite, EURIBOR, in % p.a.



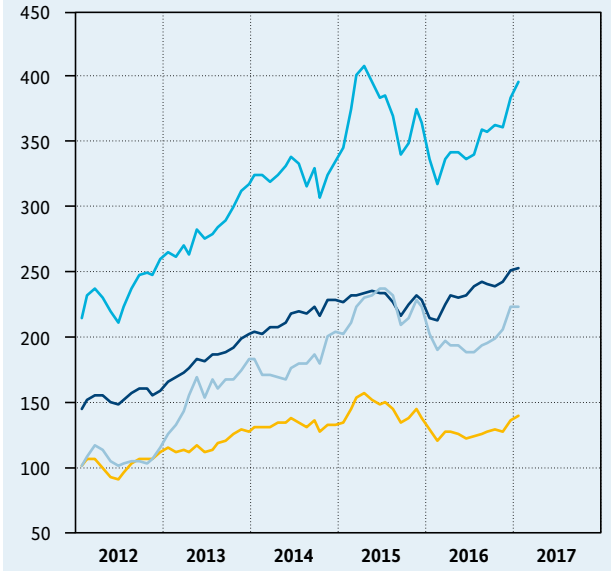
- EURIBOR 3-Monatsgeld [2]
- Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit [2]
- Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
- Deutschland
- EWU
- Buchkredite Deutschland
- Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
- DAX 30 [3]
- Dow Jones Euro Stoxx (50) [4]
- Standard & Poor's 500 [4]
- Nikkei 225 [4]

Quelle: Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
2 Monatsdurchschnitte;
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Cindy Lauke
(Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland)

Dr. Johannes Vatter
(Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO_2-Mindestpreis zum Ziel haben)

Olga Milanin und Jens Pohlmann
(Stärkere Fokussierung beim Ökodesign)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
März 2016	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS
April 2016	Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen
Mai 2016	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020
Oktober 2016	Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch Von Bitcoin zum Smart Contract Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“
November 2016	Bundesregierung nimmt neu Maß Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Ausgabe	Fachartikel
Dezember 2016	10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize
Januar 2017	Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990 Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte
Februar 2017	Der Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa Energiewende – Fortschritte und Herausforderungen Das EEG wird europäischer

Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html

www.bmwi.de